



Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich

Indikatoren für das Monitoring des nationalen Strategieplans 2008-11

Wien, Oktober 2009

Für den Inhalt verantwortlich:			
Statistik Austria (Projektleitung)	Matthias	Till	
Statistik Austria	Franz F.	Eiffe	
Weitere AutorInnen:			
Statistik Austria	Georg	Datler	
Statistik Austria	Justus	Henke	
Statistik Austria	Karin	Schrittwieser	
Statistik Austria / Universität Wien, Institut für Soziologie	Ursula	Till-Tentschert	
Synthesis Forschung	Michael	Wagner-Pinter	
Unter Mitarbeit von:			
Statistik Austria	Martin	Bauer	
Statistik Austria	Kathrin	Gärtner	
Statistik Austria	Petra	Ihle	
Statistik Austria	Elisabeth	Kafka	
Statistik Austria	Johannes	Klotz	
Statistik Austria	Käthe	Knittler	
Statistik Austria	Nadja	Lamei	
Synthesis Forschung	Ursula	Lehner	
Statistik Austria	Margareta	Mahidi	
Statistik Austria	Wolfgang	Pauli	
Statistik Austria	Regina	Radinger	
Statistik Austria	Brigitte	Salfinger	
Universität Wien, Institut für Soziologie	Hildegard	Weiss	
Mitglieder des Projektbeirats:			
Universität Linz, Abt. f. Politik- u. Entwicklungsforschung	Johann	Bacher	
WIFO	Gudrun	Biffl	
BMWA	Andreas	Buzek	
Institut für Sozialpolitik WU-Wien	Franz	Eiffe	
Land Niederösterreich	Gudrun	Gamsjäger	
Magistratsabteilung 24 der Stadt Wien	Ursula	Ganal	
Caritas-Wien	Martina	Kargl	
Magistratsabteilung 24 der Stadt Wien	Robert	Klaps	
BMASK	Helmut	Lang	
Diakonie Österreich	Michaela	Moser	
BMUKK	Mark	Német	
SORA	Günther	Ogris	
Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend	Maria	Orthofer	
BMASK	Andreas	Schaller	
Diakonie Österreich	Martin	Schenk	
BMASK	Brigitte	Schwarz	
SORA	Steve	Schwarzer	
Landesregierung NÖ/Abteilung Sozialhilfe	Franz	Spazierer	
Wirtschaftskammer Österreich	Gabriele	Strassegger	
Wirtschaftskammer Österreich	Regina	Tüchler	
Arbeiterkammer-Wien	Norman	Wagner	
Industriellenvereinigung	Clemens	Wallner	
Moderation			
Krischanitz + Nöbauer OG	Stefan	Nöbauer	
Auftraggeber			
BMASK	Hans	Steiner	

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG.....	5
1. EINLEITUNG.....	11
1.1. SOZIALE EINGLIEDERUNG ALS HERAUSFORDERUNG	12
1.2. INDIKATOREN FÜR GEMEINSAME ZIELE.....	13
2. SYMPTOME MANGELNDER SOZIALER EINGLIEDERUNG.....	18
2.1. EIN MEHRDIMENSIONALER BEGRIFF VON ARMUT.....	18
2.2. FINANZIELLE ARMUTSGEFÄHRDUNG	18
2.3. DEPRIVATION UND MINDESTLEBENSSTANDARD	19
2.4. AKTIVIERUNGSRESSOURCEN.....	20
3. WIRKUNGSZUSAMMENHÄNGE BEI DER ENTSTEHUNG VON ARMUTSLAGEN	22
3.1. DAS WIRKUNGSGEFÜGE VON PRIMÄR- UND SEKUNDÄRKONTEXTEN	22
3.2. ÜBERSCHNEIDUNGEN VERSCHIEDENER ASPEKTE DER ARMUT.....	23
3.3. VERÄNDERUNGEN IM ZEITVERLAUF	25
3.4. EINGLIEDERUNGSBILANZEN UND KONTEXTVERÄNDERUNGEN.....	26
4. WAS WÄRE WENN? – MODELLRECHNUNGEN UND SIMULATIONEN.....	31
4.1. RISIKOMULTIPLIKATOREN DER ARMUTSGEFÄHRDUNG.....	31
4.2. MULTIVARIATE ANALYSE VON ÜBERTRITTEN UND KONTEXTVERÄNDERUNGEN.....	33
4.3. SENSITIVITÄTSRECHNUNGEN ZUR WIRKUNG GENERELLER TRENDS	35
4.4. EFFEKTE WOHLFAHRTSSTAATLICHER LEISTUNGEN.....	36
5. NATIONALE INDIKATOREN FÜR ÖSTERREICH	40
5.1. GRUNDLAGEN DER INDIKATORENENTWICKLUNG	40
5.2. DARSTELLUNG DER AUSGEWÄHLTEN INDIKATOREN.....	44
5.3. NATIONALE INDIKATOREN ZUR WOHNRAUMVERSORGUNG IN ÖSTERREICH	49
5.4. NATIONALE INDIKATOREN ZUR TEILNAHME AM ERWERBSLEBEN.....	53
5.5. NATIONALE INDIKATOREN ZU DEN BILDUNGSCHANCEN IN ÖSTERREICH.....	57
5.6. NATIONALE INDIKATOREN ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG IN ÖSTERREICH.....	60
6. LITERATURVERZEICHNIS	62
7. TABELLENANHANG.....	64

ÜBERSICHTSTABELLEN

Übersicht 1: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich	8
Übersicht 2a: Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich soziale Eingliederung (Übersicht)	15
Übersicht 2b: Gemeinsame EU-Indikatoren – Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung	16
Übersicht 2c: Gemeinsame EU-Indikatoren – Relevante Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt	17
Übersicht 3: Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006	25
Übersicht 4: Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)	26
Übersicht 5: Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006	27
Übersicht 6: Übertritte der Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006	28
Übersicht 7: Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungsauf- oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006	29
Übersicht 8: Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006	30
Übersicht 9: Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006	32
Übersicht 10: Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020	36
Übersicht 11: Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006	36

GRAFIKEN

Grafik 1: Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union	12
Grafik 2: Schalenmodell der sozialen Eingliederung	23
Grafik 3: Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung	23
Grafik 4: Armutsgefährdung	24
Grafik 5: Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte (Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder = 1)	31
Grafik 6: Odds-Ratios der Zugangswahrscheinlichkeit aus der Armutsgefährdung	34
Grafik 7: Odds-Ratios der Abgangswahrscheinlichkeit aus der Armutsgefährdung	34
Grafik 8: Bilanzierung für das Bezugsjahr 2005	36
Grafik 9: Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen, Trend 1995-2007	44
Grafik 10: Deprivationsquote, Trend 1995-2007	45
Grafik 11: Veränderungsrate des standardisierten Medianeinkommens, Trend 1996-2007	46
Grafik 12: Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007	47
Grafik 13: Einkommenslücke, Trend 1995-2007	48
Grafik 14: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 200-2007	49
Grafik 15: Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007	50
Grafik 16: Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007	51
Grafik 17: Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007	52
Grafik 18: Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2004-2008	53
Grafik 19: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007	54
Grafik 20: Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007	55
Grafik 21: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008	56
Grafik 22: Bildungsaktivität, Trend 2005-2007	57
Grafik 23: Vorschulbildungschancen, Trend 2005-2007	58
Grafik 24: Bildungsferne Jugendliche im Alter von 19 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008	59
Grafik 25: Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007	60
Grafik 26: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2	61

Zusammenfassung

Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich und der Europäischen Union

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben gemeinsame sozialpolitische Ziele. Damit die Verwirklichung dieser Ziele objektiv messbar ist, haben die europäischen Institutionen die regelmäßige Beobachtung anhand von statistischen Indikatoren beschlossen. Für spezifische nationale Strategien sind die gemeinsamen EU-Indikatoren jedoch nur eingeschränkt anwendbar. In der offenen Methode der Koordinierung (OMK) werden deshalb auch nationale Indikatoren für soziale Eingliederung berücksichtigt. Das Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz (BMASK) hat Statistik Austria beauftragt, Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich zu entwickeln. Dabei wurden in Zusammenarbeit mit einem Beirat aus Fachleuten, Interessensvertretungen und der Armutskonferenz insgesamt 18 Indikatoren ausgewählt. Eine repräsentativen Telefonumfrage sowie einer begleitenden qualitativen Studie des Instituts für Soziologie der Universität Wien gewährleistete die Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten sowie Personen die selbst von Armut betroffen sind. Der nun verfügbare Indikatorenkatalog bezieht sich daher auf Problemlagen, die für die Bevölkerung in Österreich von besonderer Relevanz sind.

Soziale Eingliederung bedeutet Schutz vor Armut

Der Begriff „Soziale Eingliederung“ bezeichnet den Prozess, in dem Menschen die Mittel und Chancen erhalten, sich wirtschaftlich, sozial und kulturell in einer Gesellschaft zu integrieren. Strategien für soziale Eingliederung zielen auf die Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der Armutsbegriff enthält dabei eine Aufforderung zur Unterstützung: wer als arm gilt, soll unterstützt werden. Das Verfahren der Indikatorenentwicklung war daher besonders auf Lebensbereiche ausgerichtet in denen Menschen durch staatliche Interventionen unterstützt werden sollen. Die ausgewählten Indikatoren orientieren sich daher an den Bereichen Einkommens- und Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung.

Armut hat mehrere Gesichter

Armut zeigt sich an einem Mangel an Ressourcen. Wenn zum Beispiel viele Menschen ein geringes, armutsgefährdendes Einkommen haben kann dies ein Anzeichen für soziale Spaltung sein. Armutsgefährdung deutet auf Lücken in der durch Arbeitsmarkt, Familie und Sozialstaat gewährleisteten finanziellen Absicherung. Aber nicht alle Menschen die ein laufendes Einkommen beziehen, können auch an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben. Die Benachteiligung gegenüber der in einer Gesellschaft als selbstverständlich angenommenen Lebensführung wird in der Armutsforschung als Deprivation bezeichnet. Wer wenig Geld hat, muss sich insbesondere beim materiellen Lebensstandard einschränken. Entscheidend ist dabei, ob finanzielle Engpässe vorübergehend oder dauerhaft sind. Wer jung, gesund und erwerbstätig oder in Ausbildung ist, hat in der Regel bessere Zukunftsperspektiven als etwa erwerbsunfähige Personen. Gleichzeitig ergeben sich je nach den persönlichen Voraussetzungen unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten. Gesundheit, Bildung oder die Teilnahme am Erwerbsleben sind daher Aktivierungsressourcen, also nicht-monetäre Mittel. Sie bilden die Voraussetzung, die es Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen ermöglicht, aus eigener Kraft eine normale Lebensführung zu erreichen. Darüber hinaus sind Gesundheit, Arbeit und Bildung selbstverständlich auch unmittelbar relevante Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe.

Effekte wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Staatliche Transferleistungen sind in Österreich überwiegend Versicherungsleistungen, die durch Beitragszahlungen begründet sind. Andere Sozialleistungen stehen universell zur Verfügung.

gung, um Gruppen mit erhöhten Lebenskosten zu unterstützen (z.B. Pflegegeld oder Familienbeihilfen). Das eigentliche Ziel der Armutsreduktion ist vorwiegend bei den Leistungen der Bundesländer wie der Sozialhilfe oder der Wohnbeihilfe erkennbar. Obwohl soziale Unterstützungen breit gestreut sind, stellen sie vor allem für gefährdete Personen die wichtigste Existenzgrundlage dar. Werden weder Pensionen noch Sozialleistungen eingerechnet, dann haben in Österreich insgesamt 3,5 Millionen Menschen ein Einkommen, das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Der Bevölkerungsanteil unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 25% wenn soziale Transferleistungen nicht berücksichtigt werden und ist damit fast doppelt so hoch, wie die aktuelle Armutsgefährdungsquote. Ohne Berücksichtigung von Pensionen fallen sogar 43% der Bevölkerung unter die Gefährdungsschwelle.

Staatliche Eingriffe, die durch den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastrukturen erfolgen, sind hier noch nicht einbezogen. Denn öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit; Verkehr oder sozialen Wohnbau können die Lebenskosten entscheidend reduzieren, tragen aber nicht unmittelbar zum Einkommen der privaten Haushalte bei.

Aktivierung durch Arbeit

Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit spielt eine wichtige Rolle in allen „Aktivierungsansätzen“, um die Haushalte zu unterstützen, aus eigener Kraft die Armutsgefährdungsschwelle mit Hilfe zusätzlicher Erwerbseinkommen zu überschreiten. Haushalte mit Kleinkindern sind sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch hinsichtlich der Lebenskosten (z.B. für Wohnen) stark gefährdet und daher besonders auf sozialpolitische Interventionen angewiesen. Allerdings können die bestehenden Transferleistungen die durch Frauenerwerbstätigkeit gewährleistete finanzielle Absicherung nicht ersetzen. Der Schutz der Familien vor finanzieller Armutsgefährdung ist deshalb auch stark von einer geeigneten Infrastruktur für Kinderbetreuung abhängig. Die Zahl der Personen, die sich aufgrund von Betreuungspflichten (vor allem für Kinder) nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben beteiligen können wird auf etwa 79.000 geschätzt. Erwerbsbeteiligung, und vor allem jene der Mütter ist dabei auch ein entscheidender Faktor für die finanzielle Armutsgefährdung.

Gefährdet trotz Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit ist zwar ein notwendiger, aber noch kein hinreichender Faktor zur Vermeidung von Armutsgefährdung. Ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze in österreichischen Betrieben bietet kein Beschäftigungseinkommen, das ein Leben jenseits der Armutsgefährdungsschwelle garantiert. Das gilt besonders für Alleinverdienerhaushalte, in denen mehrere Personen auf ein einziges Erwerbseinkommen angewiesen sind.

Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (sowohl für Frauen als auch für Männer) ermöglichen, tragen daher auch dazu bei, den Kreis der Armutsgefährdung nachhaltig zu verringern.

Schlüsselement Bildung

Die Steigerung der Bildungsbeteiligung ist einer der wesentlichsten Faktoren dafür, dass die Armutsgefährdungsquote in den letzten Jahrzehnten kaum zugenommen hat. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungskarriere mit Erfüllung der Schulpflicht beendet wurde. Fehlt es an Bildung, dann nimmt die Armutsgefährdung aufgrund vielfältiger Wirkungszusammenhänge zu. Wem es an weiterführender Bildung mangelt, muss mit einem geringeren Lohn und häufiger Arbeitslosigkeit rechnen und kann in Folge nur niedrige Transfereinkommen aus jenen Leistungen beziehen, die an das Erwerbseinkommen gekoppelt sind (wie etwa das Arbeitslosengeld oder die Alterspension).

Soziale Sicherung für Kinder

Kinder repräsentieren die Zukunft jeder Gesellschaft. Die Lasten dieser Zukunftssicherung wer-

den allerdings in erheblichem Ausmaß individualisiert. Ein „Leben mit Kindern“ für die Kinder und ihre Eltern ist mit erhöhter Armutsgefährdung verbunden. Eine von vier armutsgefährdeten Personen ist noch nicht volljährig. Nahezu die Hälfte der Armutsgefährdeten lebt in einer Familie. Instrumente mit denen die soziale Sicherung für armutsgefährdete Kinder verbessert wird, haben daher besondere Breitenwirkung. Dies beschränkt sich nicht allein auf die in Österreich bestehenden Instrumente wie Familienbeihilfe und Lohnsteuer.

Migrationsbedingte Armutslagen lassen sich überwinden

Zugewanderte sind keine gleichförmige soziale Gruppe, selbst dann wenn sie aus demselben Herkunftsland stammen. Bereits aus der demographischen Struktur von zugewanderten Personen ergibt sich auch eine überdurchschnittliche Dynamik sozialer Lagen. Im Durchschnitt ist das Gefährdungsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund etwa doppelt so hoch, wie bei den in Österreich geborenen Personen. Aber etwa jede zweite Person schafft den Aufstieg über die Armutsgefährdungsschwelle (von einem auf das andere Jahr). Mit längerer Aufenthaltsdauer gelingt es demnach einem erheblichen Teil der MigrantInnen, aus eigener Kraft aus der Armutsgefährdung herauszugelangen.

Die Wirkung genereller Trends

Die hier vorgelegten Befunde bieten keinen Hinweis, dass Armut in Privathaushalten zwischen dem EU-Beitritt 1995 und dem Jahr 2007, also bis vor dem Beginn der Wirtschaftskrise, zugenommen hat. Eine erstmalig durchgeführte Analyse von Veränderungen der individuellen Armutspositionen zeigt, dass in den letzten Jahren mehr Personen eine Gefährdungslage überwinden konnten, als in eine solche hineingeraten sind. Die meisten dieser Übertritte stehen in Zusammenhang mit einer Verbesserung von Aktivierungsressourcen, insbesondere Beschäftigungsaufnahmen. Ein besonders starker Effekt konnte für die Erwerbstätigkeit von Frauen nachgewiesen werden.

Rein quantitativ bleiben Transferleistungen, staatliche Sozialleistungen und Pensionen die wichtigste Bestimmungsgröße für den Kreis der armutsgefährdeten Haushalte und Personen. In den letzten 10 Jahren hatten sozioökonomische Entwicklungen im Vergleich zur (politisch bestimmten) Größe und Zusammensetzung der Sozialausgaben eine recht überschaubare Wirkung.

Als einflussreichster Struktureffekt erweist sich die Erhöhung der Zahl der Personen mit weiterführender Schulbildung sowie eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Während der letzten 10 Jahre wurde eine gedämpfte Steigerung der mittleren Einkommen beobachtet. Dadurch hat sich tendenziell der Abstand zwischen den mittleren und den niedrigeren Einkommen verringert. Gleichzeitig kam es zu einer wachsenden Polarisierung zwischen den mittleren und den höchsten Einkommenspositionen. Die Annäherung von Mittelstand und benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann folglich auch zu einer subjektiven Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten beitragen.

Statistische Indikatoren für zukünftige Herausforderungen

Die prognostizierte Entwicklung der zentralen Kontextfaktoren wie Erwerbsquoten, Bildungsbeteiligung und Zuwanderung macht mittelfristig eine Vergrößerung des Kreises der armutsgefährdeten Personen wahrscheinlich. Welche Auswirkungen die gravierende Zunahme der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschaftskrise hat, ist noch nicht absehbar.

Übersicht 1 zeigt die 18 im Rahmen dieses Projektes ausgewählten nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung. Dieser Katalog ergänzt die gemeinsamen europäischen Indikatoren und bietet erstmalig ein breit abgestimmtes Instrument für die kontinuierliche Berichterstattung in Österreich. Darin sind auch wichtige Leitindikatoren für den nationalen Strategieplan 2008 bis 2011 enthalten.

Übersicht 1: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich

		Indikator	Datenbasis	Referenzjahr	Absolut (gerundet)	in %
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	1	L1 DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-Jahre) (in % der Armutsgefährdeten)	SILC	2007	535.000	54
	2	L2 DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	SILC	2007	1.234.000	15
	3	L3 STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (Median, Änderungsrate pro Jahr)	SILC	2007	18.200 Euro pro Jahr	2,2
	4	L4 EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	SILC	2007	1,90 Mrd. Eur	0,71
Wohnraum	5	W1 ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	SILC	2007	606.000	9
	6	W2 UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	SILC	2007	1.432.000	17
	7	W3 PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	SILC	2007	223.000	3
	8	W4 BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	SILC	2007	752.000	9
Erwerbsleben	9	E1 ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter, ohne Personen in Ausbildung/Pension)	Mikrozensus	2008	537.000	12,4
	10	E2 HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE	SILC	2007	1.333.000	19
	11	E3 NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	SILC	2007	120.000	4
	12	E4 ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000)	Mikrozensus	2008	79.000	-
Bildungschancen	13	B1 BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	Mikrozensus	2008	1.269.000	18,2
	14	B2 VORSCHULBILDUNGSCHANCEN (in % der 3-5 Jährigen)	Kinder- tagesheimstatis- tik	2008	205.000	84,6
	15	B3 BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 24-Jährigen)	Mikrozensus	2008	99.000	10,8
Gesundheit	16	G1 GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	SILC	2008	596.000	9
	17	G2 SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN	VZ/ Standesfälle	2008	M: 6,2 Jahre W: 2,8 Jahre	-

Lesehilfe zu den Indikatoren

Haushaltseinkommen und Lebensstandard

Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre): Rund 535.000 Personen bzw. 54 Prozent der armutsgefährdeten Personen leben in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens, d.h. rund 910 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt zuzüglich 450 Euro für jeden weiteren Erwachsenen bzw. rund 270 Euro für jedes weitere Kind).

Deprivationsquote: Rund 1,2 Millionen Menschen bzw. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge nicht leistbar sind: neue Kleidung zu kaufen; die Wohnung warm zu halten; Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen; alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen; unerwartete Ausgaben zu bezahlen; einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Personen im Haushalt).

Standardisiertes Medianeinkommen: Der mittlere (nominale) Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard wird von einem Einpersonenhaushalt erreicht, bei dem das insgesamt verfügbare Nettoeinkommen pro Jahr rund 18.200 Euro beträgt.

Einkommenslücke: Rund 1,9 Milliarden Euro bzw. 0,71 Prozent des BIP wären erforderlich, um allen armutsgefährdeten Haushalten eine Aufstockung ihres Einkommens auf die Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen.

Wohnraum

Überbelag: Rund 606.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten leben in einer überbelegten Wohnung. Die Zahl der Wohnräume bei Überbelag ist bei 2 Personen weniger als 2; bei 3 bis 4 Personen weniger als 3; 5 bis 6 Personen weniger als 4; bei 7 bis 8 Personen weniger als 5; bei 9 oder mehr Personen weniger als 6. Als Überbelag gilt auch, wenn die Wohnung insgesamt weniger als 16 m² hat oder die Wohnräume durchschnittlich kleiner als 8 m² sind.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand: Rund 1,4 Millionen Menschen – 17 Prozent der Gesamtbevölkerung – müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten aufwenden (einschließlich Betriebskosten, Energie- und Instandhaltungskosten sowie Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum).

Prekäre Wohnqualität: Rund 223.000 Menschen bzw. 3 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einer Wohnung, die kein WC oder Badezimmer hat, feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 4 Merkmale zutreffen).

Belastung durch Wohnungsbau: Rund 752.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Gesamtbevölkerung sind durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 3 Merkmale zutreffen).

Erwerbsleben

Arbeitsmarktfernenquote: Rund 537.000 Menschen bzw. 12 Prozent der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) sind weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (ausgenommen Personen in Ausbildung oder Pension).

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle: Rund 1,33 Millionen Menschen bzw. 19 Prozent der Personen in Erwerbstätigenhaushalten erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle.

Niedrigstundenlohnquote: Rund 120.000 Menschen bzw. 4 Prozent der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Bruttostundenverdienst von weniger als 5,77 € haben, bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 Euro pro Monat.

Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten: Rund 79.000 Menschen sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

Bildungschancen

Bildungsaktivität: Rund 1,27 Millionen Menschen bzw. 18 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren absolvieren gegenwärtig eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

Vorschulbildungschancen: Rund 205.000 Kinder bzw. 85 Prozent der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

Bildungsferne Jugendliche: Rund 99.000 Jugendliche bzw. 11 Prozent der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) und haben keiner diese Ausbildungen bereits abgeschlossen.

Gesundheit

Gesundheitsprobleme: rund 596.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand subjektiv als sehr schlecht ein, bezeichnen sich als chronisch krank oder wegen gesundheitlicher Problemen oder einer Behinderung stark eingeschränkt in der alltäglichen Lebensführung. (zwei von drei Problemen)

Soziale Differenzen in der Lebenserwartung: Die fernere Lebenserwartung von Männern mit Hochschulabschluss im Alter von 35 Jahren ist im Durchschnitt um 6,2 Jahre bzw. jene der Frauen mit Hochschulabschluss um 2,8 Jahre höher als für Männer und Frauen mit Pflichtschulabschluss.

1. Einleitung

Das erklärte gemeinsame Ziel der Regierungen aller EU-Mitgliedsstaaten ist die Reduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) dazu verpflichtet, nationale Strategien zu entwickeln. Vorgesehen ist ein kontinuierliches Monitoring dieser Strategien anhand von gemeinsamen Indikatoren. Um den Bedarf und die Wirkung spezifischer nationaler Strategien im Bereich der sozialen Eingliederung berücksichtigen zu können sind zusätzlich auch nationale Indikatoren vorgesehen. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz beauftragte die Statistik Austria daher mit der Entwicklung von Eingliederungsindikatoren für Österreich.

Die Bestimmung von Armutslagen ist nicht allein durch Merkmalsauszählungen der amtlichen Statistik zu erreichen. Ihre Definition setzt Normen der sozialen Unterstützung voraus. Diese werden in politischen Prozessen geformt und in der öffentlichen Wahrnehmung und alltäglichen Praxis sichtbar. Allgemeine Unterstützungsnormen können spezifische juristischen Kategorien begründen (z.B. im Sozialhilfewesen, bei Arbeitslosenunterstützungen oder Pensionsleistungen). Eine handlungsleitende Definition von Armut orientiert sich jedoch nicht nur am geleisteten Input, sondern an den Lebensbedingungen, auf die sozialpolitische Eingriffe gemäß allgemeiner Unterstützungsnormen prinzipiell gerichtet werden müssten.

Statistische Indikatoren werden aus empirischen Beobachtungen der Lebensverhältnisse und allgemeinen Normen abgeleitet. Im Gegensatz zur amtlichen Prüfung von Leistungsvoraussetzungen, sind jedoch in der Regel keine expliziten Normen anwendbar und es stehen meist nur freiwillig gegebene Antworten auf standardisierte Fragen zur Verfügung.

Um die normative Relevanz der Indikatoren zu prüfen, wurde eine möglichst große Zahl unterschiedlicher Akteure und Akteurinnen in eine offene und kritische Diskussion zwischen Auftraggeber, Fachleuten der Universität Wien, Synthesis Forschung sowie dem Projektteam der Statistik Austria eingebunden. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Um widersprüchliche Positionen sichtbar zu machen und interessenspolitischen Schwerpunktsetzungen Raum zu geben, wurden insgesamt fünf Sitzungen eines unabhängigen Projektbeirates abgehalten. Zudem wurden Befragungen und Diskussionen mit Fachleuten und Selbsthilfegruppen durchgeführt. Mittels einer Telefonbefragung wurde erstmals erhoben, welche der international üblichen Erhebungsmerkmale nach allgemeiner Auffassung als absolut notwendiger Mindestlebensstandard anzusehen sind. Was sich demnach jeder Mensch in Österreich leisten können soll, ist: nahrhaftes Essen, neue Kleidung, eine warme Wohnung, notwendige Arztbesuche, Freunde einzuladen, sowie regelmäßige Zahlungen und unerwartete Ausgaben tätigen zu können.

Im Rahmen des Projekts wurden vier Arbeitspapiere (Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008; Henke et al. 2008; Till/Henke/Schritt Wieser. 2008) und ein Endbericht (Till, Wagner et al. 2008) mit Protokollen der Arbeitsgruppen erstellt. Die vorliegende Publikation fasst die wichtigsten Kernergebnisse zusammen. Eine Übersicht, welche statistischen Merkmale bei der Untersuchung von sozialer Eingliederung anhand einer Haushaltsbefragung wie EU-SILC berücksichtigt werden können, findet sich in Kapitel 2. Welche Faktoren für die Entwicklung der finanziellen Armutgefährdung bedeutend sind, wird in den Kapiteln 3 und 4 untersucht. Das 5. Kapitel beschreibt, wie die ergänzenden nationalen Indikatoren ausgewählt wurden und präsentiert aktualisierte Ergebnisse. Detailliertere Ergebnisse finden sich in einem ausführlichen Tabellenteil mit Zeitreihen mit den zwischen 1995 und 2008 verfügbaren Ergebnissen für die nationalen Indikatoren.

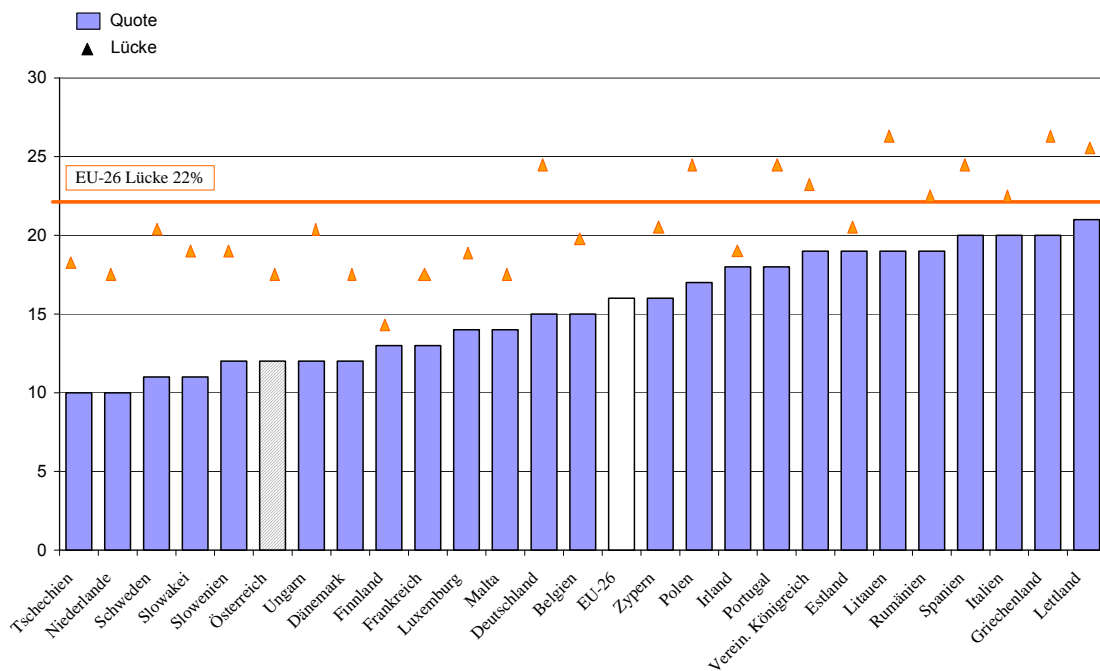
Die hier vorgelegten Indikatoren haben ihre unmittelbare Relevanz für das Monitoring des Strategieplanes 2008-2011. Eine regelmäßige Aktualisierung der Indikatoren durch die Statistik Austria ist beabsichtigt. Darüber hinaus soll der Indikatorenkatalog aber auch Ausgangspunkt

für die weiterführende Armutsforschung und Indikatorenentwicklung sein. Da letztlich auf vorhandene Datenquellen zurückgegriffen werden musste, ist der Informationsstand nicht für alle Bevölkerungsgruppen zufriedenstellend. Dies gilt generell für Minderheitengruppen, die weniger als 50.000 Personen umfassen, bzw. nicht in Privathaushalten anzutreffen sind (z.B. in Altenwohnheimen wohnen). Im Verlauf des Projektes mussten auch einige besonders wichtige Indikatoren aus dem Indikatorenkatalog ausgeschieden werden. Aufgrund von Qualitätsmängeln bzw. der Verfügbarkeit von Daten war es beispielsweise im Rahmen dieses Projektes nicht möglich, einen verlässlichen Indikator zur Wohnungslosigkeit zu entwickeln.¹ Die Situation der Kinder und Jugendlichen wird in allen Indikatoren über die Altersgliederung der Tabellen mitberücksichtigt. Indikatoren, die auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppe abgestimmt sind, liegen jedoch leider derzeit nicht vor.

1.1. Soziale Eingliederung als Herausforderung

In den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union leben etwa 78 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das entspricht rund 16% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union. Die Armutsgefährdungsschwellen werden für jedes EU-Land separat bemessen und variieren nach den unterschiedlichen Lebensstandardniveaus. Unter Berücksichtigung der Schwankungsbreite liegt die Armutsgefährdung in Österreich zwischen 11% und 13%. Sie ist damit signifikant niedriger als der EU-Schnitt (siehe Abbildung 1).

Grafik 1: Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union



Q.: EU-SILC 2007

Aussagen über die Intensität der Armutsgefährdung lassen sich auf europäischer Ebene auch im Vergleich der Armutsgefährdungslücken treffen. Diese zeigt, dass EU-weit das Median-Einkommen der Armutsgefährdeten um 22% niedriger ist, als die Armutsgefährdungsschwelle im jeweiligen Land. Mit einer Armutsgefährdungslücke von 17% ist die Intensität in Österreich sogar wesentlich geringer, als in Ländern mit niedrigeren Gefährdungsquoten. Nur in Finnland

¹ Als mögliche Grundlagen wurden die Anzahl der Delogierungen aus Privatwohnungen; die Anzahl der Wohnungslosenmeldungen im Melderegister, sowie die Anzahl der Personen in Einrichtungen für Wohnungslose überprüft.

ist der Abstand des mittleren Einkommens der Betroffenen zur Schwelle geringer.

1.2. Indikatoren für gemeinsame Ziele

Der Schutz vor sozialer Ausgrenzung ist seit dem Vertrag von Amsterdam (1997) zentraler Bestandteil einer gemeinsamen Sozialpolitik der Europäischen Union. Sozialschutz wird auch im EU-Reformvertrag (Lissabon) unter Artikel 151 ausdrücklich zum Ziel erklärt:

„Die Union und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung tragen.

Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Binnenmarkts als auch aus den in den Verträgen vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.“ (Artikel 151 des EU-Vertrages)

Politische Basis für eine deutlich verstärkte Auseinandersetzung mit der Armutsproblematik innerhalb der Europäischen Union ist das im Jahr 2000 in Lissabon gesetzte Bekenntnis des Europäischen Rates, die Beseitigung der Armut sowie der sozialen Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 entscheidend voranzubringen. Ein erstes Bündel gemeinsamer Zielvereinbarungen wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza im Dezember 2000 gebilligt und im Dezember 2002 überarbeitet. In der politischen Praxis wurden sozialpolitische Ziele eng an den Lissabon-Prozess gekoppelt.

Im Jahr 2001 wurde deshalb im Zuge der Tagung des Europäischen Rates in Laeken ein Bericht vorgelegt, in dem man sich auf ein gemeinsames Indikatorensystem zur Messung von sozialer Eingliederung, einigte. Das ursprüngliche System bestand aus 18 Einzelindikatoren und bezog sich auf die Bereiche Einkommen, Arbeit, Bildung und Gesundheit. Es wurde vor allem zur Vertiefung und Ergänzung der Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt geschaffen und integriert diese Kennzahlen für den Lissabon Prozess (vgl. Atkinson et al., 2004). Die Indikatoren wurden inzwischen neu strukturiert, und bestehen neben einem übergreifenden Set an Leitindikatoren (overarching portfolio) auch aus drei thematischen Schwerpunktindikatoren zur sozialen Eingliederung, Pensionssicherung und Gesundheit. Wie bei den ursprünglichen Laeken-Indikatoren werden primäre und ergänzende sekundäre Indikatoren unterschieden. Um die Situation zwischen Ländern in ihrer zeitlichen Entwicklung einordnen zu können, werden die Indikatoren durch Kontextinformationen ergänzt. Die übergreifenden Indikatoren und jene für den Bereich sozialer Eingliederung im engeren Sinne, sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet.

Zum Schlüsselinstrument der europäischen Eingliederungsstrategie wurde im Rahmen des Lissabon-Prozesses die sogenannte offene Methode der Koordinierung (OMK). Ziel dieses Instruments ist es, durch politischen Erfahrungsaustausch, nationale Vorgehensweisen zu adaptieren: Die OMK zeichnet sich dadurch aus, dass an die Stelle zentralistischer Interventionen gemeinsame Zielsetzungen und nationale Umsetzungsstrategien treten. Statistische Indikatoren und Berichte, mit denen die Entwicklung der Mitgliedsstaaten beobachtet und kommentiert werden, spielen darin eine entscheidende Rolle. Empirische Befunde und Strategiepläne sollen die Grundlage dafür schaffen, die für ein Mitgliedsland geeigneten Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Dieser Logik folgend, ist das gemeinsame Monitoring auch durch nationale Indikatoren zur Eingliederung zu ergänzen. Auf diese Weise sollen spezifische nationale Problemlagen erkannt und politische Schwerpunkte formuliert und evaluiert werden. Statistik Austria hat nun erstmals einen Katalog ebensolcher Tertiärindikatoren vorgelegt. Sie sollen als Leitlinien für eine Politik der sozialen Eingliederung in Österreich dienen. In Tabelle 2 findet sich eine Übersicht der im Bereich der sozialen Eingliederung bereits vorhandenen gemeinsamen Indikatoren der EU-Mitgliedsstaaten. Allgemeine Leitlinien für die Lissabon Strategie sind sogenannte Strukturindikatoren². Nachstehend werden spezielle³ Indikatoren für Eingliederung und übergreifende Indikatoren sowie relevante Strukturindikatoren aufgelistet. Indikatoren die in mehreren Sets vorkommen, werden nur einmal aufgelistet.

² Für eine Übersicht der Strukturindikatoren siehe:
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/introduction

³ Im Jahr 2006 wurden drei Koordinierungsverfahren zusammengefasst. Neben den speziellen Eingliederungsindikatoren gibt es auch Indikatorensets für Gesundheit und Langzeitpflege sowie Renten. Unterschieden werden jeweils Primär- und ergänzende Sekundärindikatoren. Weiters sind sogenannte Kontextindikatoren vorgesehen. Für die Definition und Rolle der Eingliederungsindikatoren im Koordinierungsverfahren siehe:
http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/the_process_de.htm

Übersicht 2a: Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich soziale Eingliederung (Übersicht)

Bereich	Indikator	Definition	Set		
			EI	ÜI	SI
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	At-risk-of-poverty rate* + Illustrative threshold value (Armutgefährdungsquote und -schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Schwelle wird jährlich neu berechnet und entspricht 60% vom Medianäquivalenzeinkommen (Haushaltseinkommen dividiert durch die bedarfsgewichtete Haushaltsgröße nach EU-Skala, 1-,5-,3). Gliederungen: Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Haupttätigkeit, Beschäftigungsintensität im Haushalt und Rechtsverhältnis an der Wohnung.	x	x	x
	Persistent at-risk of poverty rate* (Dauerarmutsgefährdungsquote)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle im Berichtsjahr und mindestens zwei der drei vorangehenden Jahre. (noch nicht verfügbar)	x		x
	Relative median poverty risk gap* (Armutgefährdungslücke)	Differenz zwischen dem Medianeinkommen der armutsgefährdeten Personen und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent des Schwellenwertes	x	x	x
	Dispersion around the at-risk-of-poverty threshold (Streuung um Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter einer Schwelle von 40%, 50% and 70% des Äquivalenzeinkommens.	x		
	Child well-being*	in Vorbereitung	x		
	Material deprivation*	Anteil der Personen mit 3 von 9 Benachteiligungen (unerwartete Ausgaben, Urlaub, Zahlungsrückstände, Ernährung, Heizen, Waschmaschine, Fernsehgerät, Telefon, PKW)	x		
Wohnen	Housing*	Wohnkosten (über 40% des Einkommens) Überbelag (1 Zimmer pro Person bzw. Paar, 1 Zimmer für je 2 Kinder, nach Alter und Geschlecht differenziert)	x		
Erwerbsleben	People in jobless households* (Pers. in Haushalten o. Beschäftigte)	Anteil der Personen die in Haushalten leben, wo keine Person beschäftigt ist.	x	x	x
	Employment gap of immigrants* (Beschäftigungslücke der Zugewanderten)	Differenz der Beschäftigungsquoten von im Ausland geborenen Personen zu den im Inland geborenen Personen	x		
	Long term unemployment rate* (Langzeitarbeitslosenquote)	Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen (?12 Monate nach ILO Definition) in Proportion zur gesamten aktiven Bevölkerung ab 15 Jahren.	x		x
Bildungschancen	Early school leavers * (Frühe SchulabgängerInnen)	Personen (18 - 24), die nicht in Ausbildung sind und höchstens Pflichtschulabschluß haben (ISCED 0-2).	x	x	x
	Persons with low educational attainment (Niedriger Bildungsstand)	Anteil der Erwachsenen (ab 25 Jahren) mit maximal Pflichtschulabschluß (ISCED 0-2).	x		
	Low reading literacy performance of pupils (Leseschwäche)	Anteil der 15 jährigen SchülerInnen mit PISA-Lesekompetenzstufe 1 oder darunter.	x		
Gesundheit	Self reported unmet need for medical care*/ Care utilisation (Medizinische Unterversorgung)	Unterversorgung bei Arztbesuchen aus finanziellen Gründen, wegen langer Wartezeiten oder weiter Anreise. Anzahl der Arztbesuche in 12 Monaten.	x	x	

EI: Eingliederungsindikatoren ÜI: Übergreifende Indikatoren SI: Strukturindikatoren. * Primärindikatoren.

Übersicht 2b: Gemeinsame EU-Indikatoren – Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung

Bereich	Indikator	Definition	Set		
			EI	UI	SI
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	S80/S20 (Verteilungsquintil)	Anteil der 20% höchsten Äquivalenzeinkommen in Proportion zum Anteil der 20% geringsten Äquivalenzeinkommen.		x	x
	At-risk-of-poverty rate anchored at a fixed moment in time (2004) (Armutgefährdung mit fixer Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der inflationsbereinigten Armutsgefährdungsschwelle des ersten verfügbaren Einkommensreferenzjahres (2004).		x	
	Median relative income of elderly people / Aggregate replacement ratio (Einkommenslücke der Älteren/ Einkommensersatzrate)	Medianeinkommen der Personen über 64 Jahren in Proportion zum Einkommen der 0-64 jährigen. Median der individuellen Pensionseinkommen der 65-74 jährigen in Proportion zum Median der individuellen Löhne der 50-59 jährigen ohne Berücksichtigung sonstiger Sozialleistungen		x	
Erwerbsleben	Employment rate of older workers (Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen)	Beschäftigte Personen bei den 55 - 59 und 60 – 64 jährigen in Proportion zur Gesamtbevölkerung in diesen Altersgruppen		x	x
	In-work poverty risk (Armutgefährdete Erwerbstätige)	Personen die unselbständig oder selbständig beschäftigt und armutsgefährdet sind.		x	
	Activity rate (Erwerbsquote)	Anteil der Beschäftigten und Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung der 15-64 jährigen.		x	
	Regional disparities – coefficient of variation of employment rates (Variationskoeffizient der regionalen Arbeitslosenquoten)	Standardabweichung der regionalen Beschäftigungsquoten der 15-64 jährigen dividiert durch den gewichteten nationalen Durchschnitt (NUTS II = Bundesländer)		x	x
Gesundheit	Healthy life expectancy (Gesunde Lebenserwartung)	Anzahl der erwarteten Lebensjahre in guter Gesundheitsverfassung (ohne gesundheitliche Einschränkungen) für eine Person bei Geburt sowie im Alter von 45 bzw. 65 Jahren		x	
	Projected total public social expenditures (Sozialausgaben)	Sozialausgaben (z.B. Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege, Bildung und Transferleistungen für Arbeitslose) in % des BIP, einschließlich Prognosen (2010-20-30-40-50).		x	
	Total health expenditure per capita (Gesundheitsausgaben pro Kopf)	Gesamte Gesundheitsausgaben pro Kopf in Kaufkraftparitäten		x	

Übersicht 2c: Gemeinsame EU-Indikatoren – Relevante Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt

Bereich	Indikator	Definition	Set		
			EI	ÜI	SI
Haushaltseink./ Lebensstandard	At-risk-of-poverty-rate before social transfers (Armutgefährdung vor Sozialleistungen)	Anzahl der Personen mit Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle wenn Sozialleistungen und Pensionen nicht berücksichtigt werden.			x
Erwerbsleben	Tax wedge on labour cost (Steuerquote auf Arbeitskosten)	Simulierte Steuerquote bei Beschäftigungsaufnahme bzw. Intensivierung			x
	Marginal effective tax rates (Niedriglohnfälle)	Simulierte Steuerquote bei Beschäftigungsaufnahme bzw. Intensivierung			x
	Average exit age from the labour force (durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter)	nach ILO Definition			x
	Gender pay gap in unadjusted form (Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede)	Differenz der Stundenlöhne von Frauen und Männern in % des Lohnes von Männern			x
	Employment rate (Beschäftigungsquote)	Anteil der Beschäftigten unter den 15-64 Jährigen.			x
	Fatal accidents at work (Arbeitsunfälle)	Index der Arbeitsunfälle pro 100.000 Beschäftigten			x
	Unemployment rate (Arbeitslosenquote)	Anteil der Arbeitslosen unter den 15-74 Jährigen.			x
Bildung	Life-long learning (Lebenslanges Lernen)	Anteil der 25-64 Jährigen in Ausbildung			x
	Youth education attainment level (Bildungsstand der Jugendlichen)	Anteil der 20 bis 24-jährigen, die mindestens über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen.			x

EI: Eingliederungsindikatoren ÜI: Übergreifende Indikatoren SI: Strukturindikatoren. * Primärindikatoren.

2. Symptome mangelnder sozialer Eingliederung

2.1. Ein mehrdimensionaler Begriff von Armut

Soziale Eingliederung bezeichnet den Prozess, den Kreis der in Armut lebenden Menschen zu verkleinern und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Während die meisten Menschen in Österreich ihre Lebensweise als unverzichtbare Selbstverständlichkeit ansehen, muss Armut als eine erzwungene Einschränkung dieser scheinbaren Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens begriffen werden. In diesem Sinne geht von Armut eine „ausschließende“ Wirkung aus. Die von ihr betroffenen Menschen erweisen sich als unzureichend in das soziale Gefüge eingebunden.

Wie können Größe, Zusammensetzung und Veränderung des Kreises der in Armut lebenden Menschen erfasst werden? Die einschlägige Haushaltserhebung der Statistik Austria (unter dem technischen Titel „EU-SILC“) bietet im Wesentlichen drei Zugänge: Finanzielle Armutsgefährdung, Mindestlebensstandard und Mangel an Aktivierungsressourcen. Keiner der drei Ansätze kann die Vielschichtigkeit eines Lebens in Armut mit seinen Konsequenzen für das individuelle und gesellschaftliche Leben voll erfassen; jeder der drei Ansätze wirft aber ein erhellendes Licht auf Umfang und Zusammensetzung des Kreises der in Österreich in Armut lebenden oder von ihr gefährdeten Menschen (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008).

2.2. Finanzielle Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote ist einer der wichtigsten Leitindikatoren für soziale Eingliederung. Sie wird allgemein als Mangel an Ressourcen definiert. Gemessen wird der Bevölkerungsanteil mit einem – im Vergleich zum mittleren Lebensstandard – geringen Haushaltseinkommen. Als Einkommen werden alle Nettobezüge und Transferleistungen aller Haushaltsmitglieder die im Laufe eines Kalenderjahres bezogen wurden berücksichtigt, abzüglich geleisteter Transferleistungen (z.B. Alimente) und Steuern. Die individuelle Armutslage von Personen bemisst sich daher an der Einkommenssituation des Haushaltes. Für alle Personen (Frauen, Männer, Kinder), die zusammen in einer Wohnung bzw. einem Haus leben, wird derselbe Lebensstandard angenommen (Pool-Annahme⁴). Um den Lebensstandard von Haushalten mit unterschiedlicher Größe und Struktur annähernd vergleichbar zu machen, werden Einkommensbeträge durch sogenannte Äquivalenzskalen standardisiert. Jeder Haushalt benötigt je nach Größe und Zusammensetzung eine unterschiedliche Menge an Einkommen (Äquivalenzeinkommen bzw. standardisiertes Einkommen).⁵

Als armutsgefährdet gilt eine Person „wenn der Wert eines Ressourcenindikators unter oder auf der Armutsgrenze (G) liegt“ (Leu et al 1997, ebd.). Ein Problem des Ressourcenansatzes liegt Leu zufolge vor allem darin, dass eine genaue Definition der Armutsgrenze, die als Referenzgröße benötigt wird, nur durch Werturteile möglich ist (Leu 1999). Die Festlegung dieser Grenze schwankt zwischen 40 und 60% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens⁶.

Im Bereich der einkommensbasierten Daten, die auf Haushaltsebene erhoben werden, ergeben sich eine Vielzahl von Problemen: (i) Kann Haushaltseinkommen direkt gemessen werden? (ii) Ist die Information, die wir über den Haushalt haben, korrekt? (iii) Spiegelt die Äquivalenzskala die tatsächlichen Kosten für jedes Haushaltsmitglied wider und kann ein gegebenes Einkommen immer in dieselbe Konsummenge transformiert werden? Kosten variieren zwischen Individuen

⁴ Die Pool-Annahme ist immer wieder stark kritisiert worden, weil sie die effektive Verteilung der Einkommen innerhalb des Haushalts nicht berücksichtigt (etwa Atkinson 1989, Haddad und Kanbur 1990, Piachaud 1992)

⁵ Dabei kommt die sogenannte EU-Skala mit den Gewichten 1-0,5-0,3 zur Anwendung. Diese eher willkürliche Konvention der internationalen Berichterstattung stimmt für Österreich vergleichsweise gut mit den subjektiven Einkommensbedarfen in der Bevölkerung (vgl. Till & Till-Tentschert 2007)

⁶ Im Einkommens-/Konsumansatz bzw. im Ressourcenansatz spiegelt sich der in der theoretischen Debatte bedeutende Utilitarismus wider (Shaffer 2002); siehe zum Verhältnis von Ressourcen-Ansatz und Nutzentheorie auch Deaton (1980), Grootaert (1985); Ravallion (1994)

und Haushalten beträchtlich, ebenso, wie die Fähigkeit mit einer gegebenen Geldsumme über die Runden zu kommen. Einkommen selbständiger Personen sind wesentlich schwieriger zu erfassen, als die von Angestellten. Auch die Problematik der Verteilung zwischen Männern und Frauen, die gemeinsam in Haushalten leben, wird hier nicht berücksichtigt. Der Zugang zu nicht-monetären ökonomischen Ressourcen wird hier völlig ausgeblendet, ebenso wie Verdienste am Schwarzmarkt (vgl. Halleröd et al 2006, 332).

Nach der gemeinsamen EU-Definition wird die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des mittleren Lebensstandards in jedem Mitgliedsland festgemacht. In Österreich gilt demnach derzeit ein Einpersonenhaushalt, der mit weniger als 912 Euro pro Monat auskommen muss, als armutsgefährdet. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 456 Euro, für jedes Kind um 274 Euro. Ein Lebensstandard (das sogenannte „standardisierte Haushaltseinkommen“) unter diesem Niveau ist meist unzureichend, um eine umfassende soziale Einbindung der im Haushalt lebenden Menschen zu garantieren. Die jährliche Berichterstattung zeigt, dass zwölf bis dreizehn von hundert Personen in Österreich finanziell gefährdet sind.

2.3. Deprivation und Mindestlebensstandard

Finanzielle Armutsgefährdung und damit verbundene Einkommensindikatoren werden Armutslagen nur bedingt gerecht. Einerseits stellt das laufende Einkommen oft nur einen Teil der verfügbaren finanziellen Mittel dar (Vermögensbestände werden nicht erfasst). Andererseits sind bestimmte Einkommen wie z.B. bei selbständiger Tätigkeit nur sehr schwer empirisch zu erfassen. Unterschiedliche Lebenshaltungskosten bleiben unberücksichtigt bzw. werden durch sogenannte Äquivalenzskalen eher willkürlich pauschal einbezogen. Die Einkommensverteilung im Vergleich von 27 EU-Ländern sagt wenig über die Zugänglichkeit zu nicht-monetären Leistungen, vor allem bei Gesundheit und Bildung aus. Es ist daher notwendig, direkte Information zur Lebensführung bzw. dem Lebensstandard einzubeziehen, anstatt nur indirekt die Verfügbarkeit von Einkommen zu berücksichtigen. Aus diesen Gründen sollten die einkommensbasierten Maßzahlen der EU-Armutserichterstattung durch zusätzliche Indikatoren ergänzt und das Verständnis von Armut somit vertieft werden. Die alternative Sicht stützt sich auf materielle Deprivation, die als erzwungener Mangel einer Kombination von Merkmalen verstanden wird. Inkludiert sind in dieser Definition materielle Lebensbedingungen, wie Wohnbedingungen, der Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern und die Fähigkeit, bestimmte Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Die vorgeschlagenen Indizes sollen mehrdimensionale Aspekte der materiellen Lebensbedingungen abbilden.

Eine „deprivierte Lebensführung“ drückt sich in einem eingeschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und damit verbundenen Gütern aus. Solche Armut bedeutet eine erzwungene Einschränkung gegenüber jener Lebensweise, die für die meisten Menschen einer Gesellschaft selbstverständlich ist.

Für den vorliegenden Bericht wurde in Zusammenarbeit von Statistik Austria und dem Institut für Soziologie der Universität Wien eine Studie durchgeführt (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008), die zum Ziel hatte, den gesellschaftlichen Konsens über die Definition spezifischer Armutslagen in Österreich auszuloten. Auf dieser Basis sollte ein Bild direkt beobachtbarer Armutslagen rekonstruiert werden. Die Auswahl von Merkmalen für finanzielle Deprivation folgte drei Kriterien. 1) Es wurden nur Merkmale verwendet, die auch regelmäßig in EU-SILC erhoben werden. 2) Diese Merkmale müssen von Armutsbetroffenen und der Mehrheitsbevölkerung überwiegend als absolut notwendig für den Mindestlebensstandard in Österreich bezeichnet werden. 3) Es werden nur Merkmale berücksichtigt, die explizit auf die Leistbarkeit abzielen. Beispielsweise geht es im Falle von Einschränkungen bei der Ernährung nicht um freiwilligen Verzicht, sondern darum, ob die finanziellen Mittel grundsätzlich ausreichen, um Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Bei Interviews mit Fachleuten zeigte sich eine Tendenz, den Armutsbegriff in zwei Stufen zu unterteilen: Einerseits wurde häufig zwischen der Notwendigkeit, Grundbedürfnisse zu decken, gesprochen, wie „am Ende des Monats noch etwas zum Essen für die Kinder kaufen zu können“. Zum zweiten standen jene Lebensbedingungen im Fokus, die man für die Ermöglichung sozialer Teilhabe als notwendig erachtete. Selbst nach Befriedigung der Grundbedürfnisse kann daher von Armut gesprochen werden. Auf dieser zweiten Stufe hängt die Armutslage stärker von Wahrnehmung, aktuellen Bedürfnissen und dem sozialen Bezugsrahmen ab (relativ-subjektive Komponente).

Die „immaterielle“ Dimension ist in einer standardisierten Erhebung allerdings nur schwer operationalisierbar. Besonders die Wahrung der Würde der Betroffenen wurde von allen ExpertInnen aber als äußerst wichtig eingestuft⁷. In einer telefonischen Befragung⁸ gelang es jedoch relativen Konsens hinsichtlich eines „Mindestlebensstandards“ herzustellen. Arm ist, wer erzwungenen Mangel oder erzwungene Exklusion erleidet und von der Gesellschaft ausgegrenzt wird, oder sich als ausgegrenzt wahrnimmt. Es wurde zwischen Mängeln wie „kein ausreichendes Einkommen zu haben, um sich am Ende des Monats noch Essen leisten zu können“ oder „den kaputten Kühlschrank zu ersetzen“, und von Mängeln, die durch die Gesellschaft initiiert sind, unterschieden. Einerseits wurden Merkmale eines Mindestlebensstandard in Österreich erfragt, andererseits sollten die Befragten angeben, welchen Lebensstandard sie sich selbst leisten könnten. Die Items wurden nach Lebensbereichen gruppiert und umfassten allgemeinen/grundlegenden Lebensstandard, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Bildung, Mobilität und Kinder.

Insgesamt wurde hier eine Auswahl von 7 relevanten Merkmalen getroffen. Eine deprivierte Lebensführung wurde durch das Auftreten von mindestens 2 dieser Merkmale identifiziert. Für die Berichterstattung steht nun erstmals eine weitgehend konsensuell abgeleitete, trennscharfe Definition der finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung. Demnach sollten sich in Österreich alle Menschen leisten können:

- Regelmäßige Zahlungen (insb. Miete und Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
- Die Wohnung angemessen warm zu halten
- Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- Freunde oder Verwandte regelmäßig zum Essen einzuladen
- Notwendige Arzt- und Zahnarztbesuche.

Diese Auswahl ist nicht umfassend und endgültig, sie verdeutlicht vielmehr einen spezifischen Aspekt deprivierter Lebensführung aus heutiger Sicht. Zukünftige Konsumstandards oder soziale Entwicklungen können die notwendigen Elemente des Mindestlebensstandards freilich verändern. Ebenso kann mit verbesserter Datenlage und Grundlagenforschung künftig ein adäquateres Bild deprivierter Lebensverhältnissen gezeichnet werden.

2.4. Aktivierungsressourcen

Der dritte Zugang zur Armut setzt bei der Frage an: Verfügt der Haushalt über jene Ressourcen, die im Regelfall notwendig sind, um sich aus einem Leben in Armut aus eigener Kraft zu be-

⁷ Die Befunde untermauern die in der Literatur häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen Existenznot und Sozialnot (Krämer 1997) oder primärer, sekundärer und tertiärer Armut (z.B. Stromberger 1977):

⁸ Befragt wurden im Zeitraum von Dezember 2007 bis Jänner 2008 500 Personen.

freien? Zu diesen Aktivierungsressourcen zählen insbesondere Bildung, Gesundheit und der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit. Eine Armutslage kann ohne diese Ressourcen nur schwer überwunden werden. Das System der Transferzahlungen (und der Besteuerung) wird dann zu einer Armutsfalle, wenn die Möglichkeiten fehlen, sich aus eigener Kraft finanziell besser zu stellen.

Rund ein Fünftel der Jugendlichen unterschreitet im Lesen, Schreiben und Rechnen ein akzeptables Mindestniveau und liefert somit einen triftigen Grund, gezielt Maßnahmen zu setzen. Die Investition in Bildung ist daher wesentlicher Bestandteil einer Aktivierungspolitik. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungslaufbahn mit Erfüllung der Schulpflicht endet. Werden keine weiterführenden Bildungsabschlüsse erzielt, ist dies häufig das direkte Ticket in finanzielle Engpässe und deprivierte Lebenslagen.

Im Fall von Krankheit und Behinderung liegt offenbar ein Mangel an Ressourcen vor, der im Hinblick auf Armut zu sozialpolitischem Handeln herausfordert. Dieser Ressourcenmangel mag zwar mit der „Lebensführung in Armut“ oder mit finanzieller Armut zusammenhängen, kann aber nicht primär über finanzielle Transfers ausgeglichen werden. Noch deutlicher wird dies bei chronischen Krankheiten oder dauerhaften Behinderungen. In diesen Fällen ist es aus sozialpolitischer Sicht vor allem notwendig, den Mangel der Ressource „Gesundheit“ durch stärkere Aktivierung in anderen Bereichen zu kompensieren.

Schließlich fehlt es jenen an zentralen Ressourcen, die nicht in der Lage sind, aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Diese Personen haben erhebliche Schwierigkeiten, eine finanzielle Armutsgefährdung aus eigener Anstrengung zu überwinden. Eine aktivierungsorientierte Sozialpolitik hat in diesem Bereich daher die Aufgabe, Barrieren abzubauen und Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter bei der Ausschöpfung ihres vorhandenen Potenzials zu unterstützen. Die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen geht über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus. Im günstigsten Fall regt die Arbeitswelt auch zur Aktivierung in Hinblick auf den Wissenserwerb an. Gegebenfalls steht damit auch die Sicherung des Gesundheitszustandes in Zusammenhang, wie umgekehrt Wissenserwerb und Gesundheit notwendige Voraussetzungen einer längerfristigen Beschäftigungsfähigkeit darstellen.

Aktivierung ist somit der Schlüssel, um aus dem Teufelskreis niedriger Einkommen und deprivierter Lebensführung auszubrechen. Der Bildungsgrad, die Erwerbsbeteiligung oder der Gesundheitszustand können den Unterschied ausmachen, ob auf vorübergehende Phasen der Armutsgefährdung deutlich bessere Lebensabschnitte zu erwarten sind, oder eine Armutslage dauerhaft besteht. Neben dem akuten Mangel an Einkommen, ist das Potenzial für eine zukünftige Situationsverbesserung entscheidend. Jüngere, gesunde, erwerbstätige Menschen oder Studierende haben in der Regel bessere Chancen, als etwa erwerbsunfähige Personen. Die Art und der Grad an notwendiger Intervention gestalten sich je nach vorhandenen „Aktivierungsressourcen“ unterschiedlich.

3. Wirkungszusammenhänge bei der Entstehung von Armutslagen

3.1. Das Wirkungsgefüge von Primär- und Sekundärkontexten

Der von Statistik Austria vorgelegte Indikatorenkatalog (siehe Kapitel 5) definiert Eingliederung anhand von Normen zur gesellschaftlichen Intervention und liefert statistische Kennzahlen, die Rückschlüsse über die soziale Eingliederung ermöglichen. Historisch verwurzelte Unterstützungsnormen gelten besonders dann, wenn der Verzicht auf eine angemessene Lebensweise aus einem Mangel an Geld resultiert. Freilich gilt Unterstützung nicht ausschließlich für finanzielle Notlagen, aber wenn Verzicht freiwillig geübt wird, oder Nachteile durch normdeviantes Verhalten entstanden sind, lassen sich in der Regel keine universellen Unterstützungsnormen beobachten.

Das Einkommen ist nicht nur das Ergebnis (Output), sondern vor allem auch ein Instrument (Kontext) der Eingliederung. Marktprozesse und sozialpolitische Interventionen mittels Steuern, Abgaben und Transferleistungen bewirken – als Output – eine spezifische Verteilung von verfügbarem Einkommen. Auf individueller Ebene erweitert ein höheres Einkommen – als Input – die Möglichkeiten der Lebensführung, während ein sehr geringeres Einkommen Wahlmöglichkeiten verengt. Gleichzeitig wird durch das Angebot öffentlicher Güter (Wohnungen, Infrastruktur usw.) und Dienstleistungen (wie z.B. Bildung, Gesundheitsversorgung usw.) die Lebensführung der Menschen beeinflusst. Auch Preisentwicklung oder Vermögensbesitz, aber auch regionale Disparitäten, milieuspezifische Lebensstile usw. können bestimmend sein. Prinzipiell ist das Einkommen also lediglich einer von mehreren Kontexten für die Entstehung und Veränderung von Armutslagen. Dennoch fokussiert dieses Kapitel besonders auf finanzielle Armutgefährdung als dem ökonomischen Bindeglied zwischen Struktur und Lebensführung. Die dabei entwickelten Verfahren können in weiterführenden (auch soziologischen) Analysen von Wirkungszusammenhängen angewendet werden.

Aufgrund der universellen und kurzfristigen Wirksamkeit für individuelle Versorgungsmöglichkeiten, ist die Verfügbarkeit von Einkommen ein bevorzugtes Instrument der Intervention und kann als primärer Kontext für soziale Eingliederung betrachtet werden. Als im 19. Jahrhundert erstmals Massenumfragen in England durchgeführt wurden, sollte damit der wissenschaftliche Nachweis erbracht werden, dass Armut das Resultat der Verteilung von Ressourcen sei und nicht Ergebnis moralischer Minderwertigkeit. Mit dem Begriff der „primären Armut“ (Rowntree 1901)⁹ wurde der Mangel an Einkommen von liberaler Seite als wichtigste Ursache der Massenverelendung im Industriekapitalismus identifiziert. Finanzielle Mindestsicherung wurde als Voraussetzung für eine individuelle Lebensgestaltung anerkannt und als Norm zur gesellschaftlichen Intervention bestätigt. Im Lichte globaler wirtschaftlicher Veränderungen und der Auflösung traditionaler Bindungen, hat die Bedeutung finanzieller Mittel und der darauf beruhenden Sicherungsinstrumente bis heute weiter zugenommen.

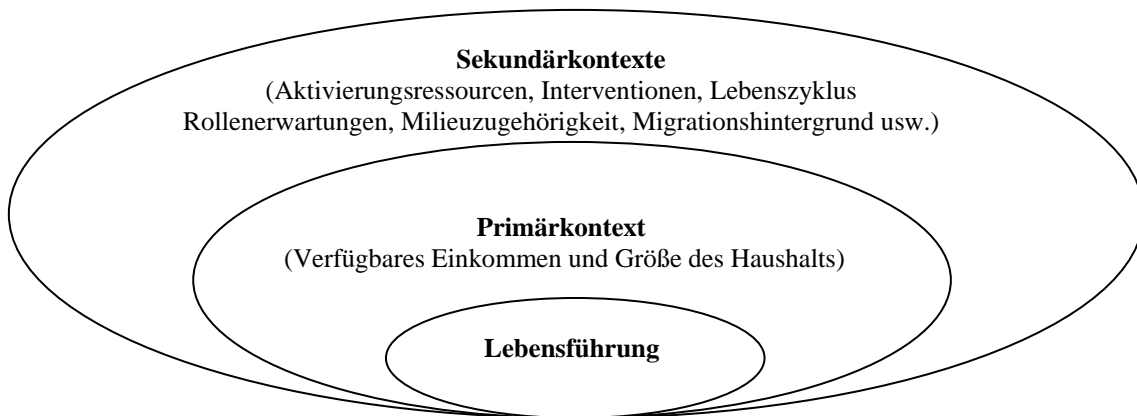
Primärkontexte, wie das verfügbare Einkommen, verändern sich kurzfristig - etwa aufgrund einer Beschäftigungsaufnahme oder plötzlicher Arbeitslosigkeit. Auch durch Geburt, Tod, Zuzug oder Auszug von Haushaltsmitgliedern verändern sich finanzielle Möglichkeiten schlagartig. Derartige Ereignisse werden auch durch sekundäre Kontexte geformt. Die zentrale Fragestellung ist daher, welche Wirkungszusammenhänge zwischen finanzieller Armutgefährdung und anderen Kontexten empirisch nachweisbar sind. Klassisch ist beispielsweise die Strukturierung von Armutslagen im Lebensverlauf, etwa durch Erwerbsmöglichkeiten und Einkommensbedarf. Kinder, Jugendliche und deren Eltern haben meist geringere Möglichkeiten und höhere finanzielle Belastungen als kinderlose Paare im Erwerbsalter. Haushaltsgründung, wachsende

⁹ Rowntree, Seebohm (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.

Berufserfahrung und das spätere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verändern die Situation.

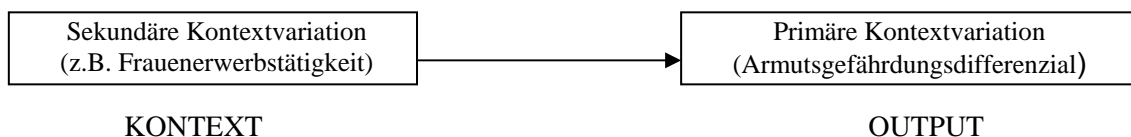
Soziale Eingliederung lässt sich theoretisch durch ein Schalenmodell beschreiben, bei dem die Lebensführung sowohl direkt als auch über den Primärkontext vermittelt in einem Wirkungszusammenhang mit Sekundärkontexten steht. Elemente dieses Modells, also deprivierte Lebensführung, finanzielle Ressourcenpositionen und Aktivierungspotenziale, sind empirisch beobachtbar und werden seit dem Jahr 1995 auch regelmäßig in Panelstichprobenerhebungen gemessen.

Grafik 2: Schalenmodell der sozialen Eingliederung



Für eine partielle Quantifizierung von Wirkungszusammenhängen kann auf ein vereinfachendes Modell rekurriert werden, bei dem Variationen eines oder mehrerer sekundärer Kontexte mit begleitenden Variationen finanzieller Armutsgefährdung untersucht werden.

Grafik 3: Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung



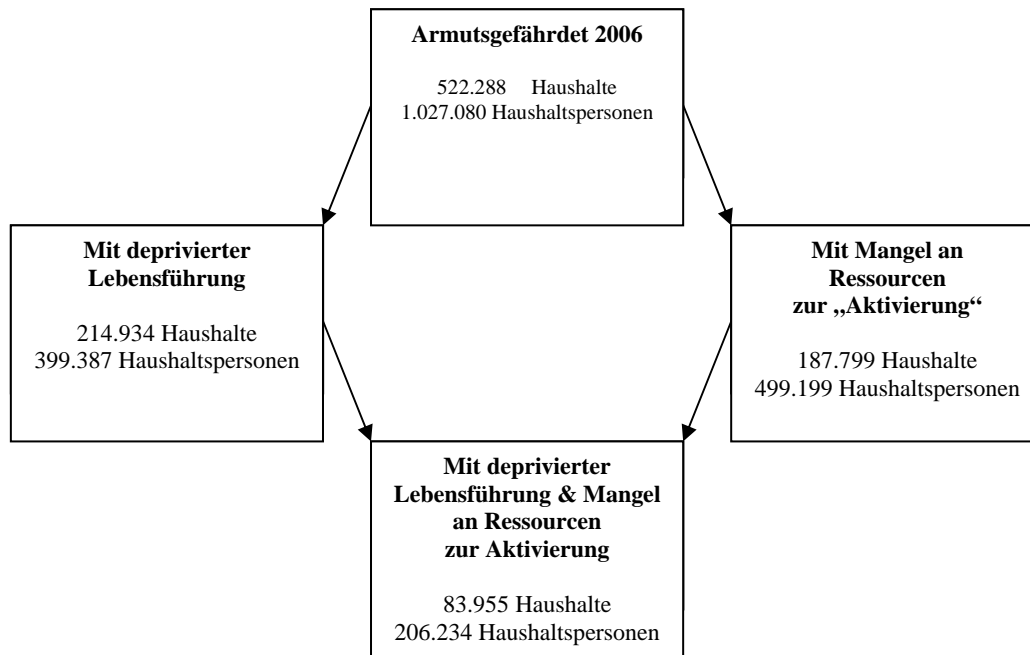
Die Unterscheidung von unmittelbar wirksamen Primärkontexten und längerfristig wirksamen Sekundär- oder Strukturkontexten ist für mögliche Interventionsstrategien wesentlich. Ein Strategieplan für die Periode 2008-2011 muss zwar längerfristige Interventionen (etwa im Bildungswesen) vorsehen, deren volle Wirkung ist jedoch möglicherweise erst in späteren Perioden beobachtbar. Die Unterscheidung der zeitlichen Dimension von Wirkungszusammenhängen verweist auch auf die Notwendigkeit einer differenzierten Methodik zur Untersuchung von Struktureffekten und kurzfristigen Kontextänderungen. Ein Vergleich von Querschnitten in einer Zeitreihe verdeutlicht dabei die langsamer ablaufenden Strukturprozesse. Paneldaten hingegen ermöglichen die Untersuchung der zeitlichen Abfolge von kurzfristigen Veränderungen. Durch ein eigens entwickeltes Bilanzierungsverfahren können primäre Kontexte – also Haushaltsgröße und verfügbares Einkommen – direkt in Zusammenhang mit gleichzeitig stattfindenden Kontextveränderungen und Interventionen interpretiert werden.

3.2. Überschneidungen verschiedener Aspekte der Armut

Deprivierte Lebensführung, finanzielle Armutsgefährdung und mangelnde Aktivierungsressourcen können gleichzeitig auftreten und so Armutslagen zuspitzen und Integrationschancen

beeinträchtigen. Ein gemeinsames Auftreten aller drei Formen von Armut trifft für mehr als 206.000 Personen, d.h. mehr als ein Fünftel (20%) aller Armutsgefährdeten zu. Diese Menschen stehen vor enormen Herausforderungen, die soziale Eingliederung zu bewältigen. Die folgende Grafik gibt die unterschiedlichen Überschneidungen wieder:

Grafik 4: Armutsgefährdung



Q.: EU-SILC 2006.

Ein Mangel an Ressourcen beschreibt das Auftreten mindestens eines der drei Kriterien:

- keine Erwerbsbeteiligung,
- keine Bildungsaktivität bei Personen über 15 Jahren, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, oder
- gravierende gesundheitliche Probleme.

Da grundsätzlich die gesamte Bevölkerung dem Risiko ausgesetzt ist, finanziell arm zu werden, lohnt sich ein Blick auf die Überschneidungen der einzelnen Kriterien in verschiedenen Kombinationen unabhängig von der Armutsgefährdung. Die Aktivierungsressourcen stehen in dem Fall zur Überwindung dieses Zustandes zur Verfügung. Im Jahr 2006 waren ca. 3.461.000 Personen in Haushalten – etwa 42% der Gesamtbevölkerung – von mindestens einem Kriterium mangelnder Aktivierungsressourcen betroffen, davon 1.493.000 direkt Betroffene im Alter von 16 bis 64 Jahren und 1.968.000 indirekt betroffene Haushaltsmitglieder aller Altersgruppen. Betrachtet man das einzelne Auftreten der Kriterien, ergeben sich etwa 1.662.000 Personen (mit maximal Pflichtschulabschluss) ohne formale Bildungsaktivität (682.000 direkt), etwa 2.619.000 Personen ohne Erwerbstätigkeit (1.043.000 direkt) und rund 607.000 Personen in Haushalten mit gesundheitlich beeinträchtigten Menschen (242.000 direkt). Ein großer Teil des Ressourcenmangels leitet sich aus fehlender formaler Bildungsaktivität ab. Fehlende Erwerbstätigkeit in Verbindung mit fehlender Bildungsaktivität im Haushalt kommt bei 923.000 Personen vor (davon 339.000 direkt betroffen), während Bildung und Gesundheit nur für rund 193.000 Personen (73.000 direkt) gleichzeitig besteht. Einen Mangel an Gesundheit und Erwerbstätigkeit findet man bei etwa 381.000 Haushaltspersonen (154.000 direkt). Das gleichzeitige Auftreten aller drei Merkmale lässt sich bei etwa 143.000 Personen – 2% der Gesamtbevölkerung –

feststellen, davon 56.000 direkt Betroffene. Für diese Haushalte ist die Ausgangsposition im Falle eines Abrutschens in die finanzielle Armutsgefährdung erheblich schlechter als für andere. Folglich sind diese Menschen auf verstärkte Unterstützung durch die Sozialpolitik angewiesen.

3.3. Veränderungen im Zeitverlauf

Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995 bis 2006

Die Armutsgefährdungsquote zeigt in den letzten 12 Jahren eine wechselhafte Entwicklung. Während von 1996 bis 1998 etwas höhere Werte um 14% vorherrschten, wurden im Folgezeitraum bis 2001 jeweils 1-2 Prozentpunkte weniger gemessen. Nach einem Anstieg (mit dem Beginn der EU-SILC Erhebungen in Österreich 2003) stabilisierte sich der Wert bei 12,6% in den letzten beiden Berichtsjahren.

Übersicht 3: Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006

	Armutsgefährdung	Deprivation	Mangel an Aktivierungsressourcen
1995/1996	14,0	16,3	51,6
1997/1998	13,5	14,0	51,9
1999/00	11,7	13,9	53,1
2001/03	12,6	14,0	51,0
2003/04	13,1	15,9	58,1
2005/06	12,6	14,9	42,7

Q: ECHP/EU-SILC. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens.

Deprivation hat, ähnlich wie die Armutsgefährdung, nach einer spürbaren Abnahme seit 2003 wieder leicht zugenommen bei Werten um 15%. Mangel an Aktivierungsressourcen (Erwerbstätigkeit, Bildungsaktivität und Gesundheit) einer Haushaltsperson betrifft hier den gesamten Haushalt, da alle Mitglieder direkt oder indirekt betroffen sind. In diesem Sinne ist die Quote des Ressourcenmangels zu verstehen. Diese Interpretation sichert außerdem die Konsistenz mit den vorangegangenen beiden Konzepten. Verglichen mit finanzieller Armut und Deprivation ist Ressourcenmangel ein relativ verbreitetes Phänomen mit zuletzt rund 43% betroffener Personen in der Gesamtbevölkerung. Hier ist der Anteil längerfristig seit 1995 um knapp 10 Prozentpunkte gesunken.

Armutsgefährdung für Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person

Eine Auswertung der Positionsveränderungen für die Armutsgefährdung unterschiedlicher Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person wurde ebenfalls durchgeführt. Ergebnisse dazu sind in Tabelle 4 dokumentiert. Hauptverdiener sind jene Personen, die am meisten zum Haushaltseinkommen beitragen. Insofern eignen sich deren persönliche Merkmale zur Charakterisierung armutsgefährdeter Haushalte.

Besonders betroffen scheinen hier alleinlebende Frauen mit oder ohne Pension, Alleinerziehende ohne Pension, Personen mit Pflichtschulabschluss, sowie Arbeitslose und Migranten bzw. Migrantinnen zu sein. Bei den Pflichtschulabschlüssen scheint die Situation seit 1995 (bzw. dem gleitenden Dreijahresdurchschnitt 95/96/97) nahezu unverändert: Migranten bzw. Migrantinnen erlebten bis 2000 einen Rückgang der Armutsgefährdung, seit 2003 hat sich die Quote wieder auf zuletzt 25% erhöht. Ähnliches gilt für Alleinerziehende, deren Position sich seit 2000 wieder verschlechtert hat. Im verstärkten Ausmaß sind Arbeitslose vom Abstieg in die finanzielle Armutsgefährdung betroffen. Erwerbstätigkeit verhält sich hier mit Anteilen um 12% konstant. Universitätsabschlüsse sind mehr noch als 1995 Garant für geringe Armutsgefährdung

(zuletzt 7%), womit Bildungsaspiration noch bedeutender als Element der Armutsprävention wird. Gesundheitliche Probleme tragen heute öfter als früher zur Armutsgefährdung bei.

Übersicht 4: Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)

Haushaltsgruppen	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01	00/01/03	01/03/04	03/04/05	04/05/06
Alleinlebende Männer mit Pension	13	9	9	8	11	12	13	11	9
Alleinlebende Frauen mit Pension	35	36	36	35	35	31	28	25	25
MPH mit Pension	19	19	18	17	16	15	14	11	11
Alleinlebende Männer ohne Pension	21	20	19	16	15	17	18	19	19
Alleinlebende Frauen ohne Pension	22	21	19	19	17	18	21	23	23
MPH ohne Kinder	5	5	6	6	6	7	8	9	8
Alleinerziehend ohne Pension	30	28	27	25	24	26	27	28	26
MPH +1 Kind	10	10	8	7	5	6	7	9	9
MPH +2 Kinder	10	11	10	11	10	11	11	11	11
MPH +3 oder mehr Kinder	23	20	17	17	18	18	20	20	20
Bildungsstand									
Pflichtschule	19	20	20	20	20	19	19	19	20
Lehrabschluss	9	9	8	7	7	8	9	9	9
Matura	11	10	9	9	8	9	10	10	10
Universität	10	11	10	9	8	8	9	8	7
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person									
Arbeitslos	17	17	15	14	12	15	17	22	21
Erwerbsaktiv	13	13	12	12	11	11	12	12	12
MigrantIn	22	21	19	18	17	19	22	25	24
Gesundheitliche Probleme	16	13	14	15	13	16	16	20	18
Erwerbstätige Frau im HH	13	13	12	12	11	11	11	11	11

Q.: ECHP (1995-2001), EU-SILC (2003-2006). Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. - Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Werte sind Dreijahres-Durchschnitte. - Im Jahr 2002 fand keine Erhebung statt.

3.4. Eingliederungsbilanzen und Kontextveränderungen

Aufbau eines Bilanzierungssystems anhand von Übertritten

Die gegenwärtige Berichterstattung von EU-SILC orientiert sich an den Entwicklungen von Bestandsgrößen („stocks“). Diese liefern sinnvolle Informationen zur absoluten Armutsgefährdung, geben aber nur ungenau Auskunft, wie eine solche zustande gekommen ist und welche Fluktuation innerhalb dieser Gruppe vorherrscht. Für einzelne Personenkreise bzw. Haushaltsgruppen liegen durchaus relevante Veränderungen vor. Der Effekt der Stichprobenrotation, sowie strukturelle Veränderungen der ausgewiesenen Gruppen, bleiben jedoch unsichtbar. Man könnte also bei Familien mit Kindern bis drei Jahre von einem sozialpolitischen Erfolg sprechen, der Bestand ging hier zurück. Aus dem Befund geht jedoch nicht hervor, ob dies daran liegt, dass z.B. die Geburtenrate zurückgegangen ist oder vermehrt Paare aus höheren Einkommenschichten Kinder bekommen. Zudem hat dies wenig mit politischer Intervention oder Eigeninitiative zu tun, falls etwa der Zustrom an zugewanderten Personen in einem Jahr zu spürbaren Veränderungen der Struktur aller Zuwanderer in Bezug auf soziale Eingliederung führt. Konkret lag die Armutsgefährdungsquote der erstmals in 2006 befragten Migranten oder Migrantinnen bei 22% und damit unter dem Wert des Gesamtbestands dieser Gruppe (24%). Eine weitere Form der Strukturveränderung sind Neugeburten in Familienhaushalten. Hier lag im Jahr 2006 beispielsweise die Armutsgefährdungsquote der Neugeborenen bei 17% und damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (13%).

Direkte Schlussfolgerungen aus solchen Bestandsveränderungen könnten nicht zuletzt wegen der Strukturveränderungen irreführend sein. Eine korrekte Messung sollte sich daher weniger auf die Bestände von kontinuierlich ausgetauschten und deshalb mit Stichprobenfehlern behafteten Stichproben (wie EU-SILC) konzentrieren, als vielmehr Längsschnittvergleiche von

Stichprobenpersonen vornehmen. So lässt sich feststellen, ob maßgeschneiderte politische Interventionen tatsächlich den betroffenen Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Veränderungen bei diesen Personen werden anhand von Übertritten bzgl. eines definierten Zustandes gemessen.

Der Aufbau eines solchen Bilanzierungssystems sieht wie folgt aus: Grundsätzlich lässt EU-SILC Längsschnittuntersuchungen von bis zu vier Jahren zu, da die gezogenen Haushalte der Stichprobe vier Jahre hintereinander befragt werden. Durch die sogenannte Viertelrotation kommt jedes Jahr ein Viertel der Gesamtstichprobe neu hinzu, während gleichzeitig ein anderes, älteres herausrotiert. Dieses Verfahren mindert methodische Probleme (wie Stichprobenausfälle), hat jedoch auch zur Folge, dass immer nur ein Viertel der Stichprobe über vier Jahre beobachtet werden kann. Bilanzierungen finden in der Regel auf Jahr-zu-Jahr Basis statt. In diesem Fall stehen dafür drei Viertel der Stichprobe zur Verfügung; das andere Viertel wird ausgetauscht. Es können also Positionsveränderungen von einem Jahr auf das andere beobachtet werden. In unserem Fall interessieren uns Übertritte aus der bzw. in die Armutsgefährdung als primäres Bilanzierungsmerkmal. Zudem können sich freilich auch Kontexte der Armutsgefährdung ändern.

Übertritte von Haushalten in Bezug auf Armutsgefährdung

Obwohl Tabelle 5 insgesamt einen positiven Saldo von Zugängen und Abgängen der Armutsgefährdung abbildet, mussten Ausbildungsferne, Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern, sowie Familien mit Kindern unter vier Jahren Verschlechterungen hinnehmen. Deutliche Einkommensverluste sind ein häufiger Grund für den finanziellen Abstieg der Haushalte in den Bereich der Armutsgefährdung. Im Mittel (Median) betrifft der Einkommensverlust nahezu EUR 10.200,-. Diese Größenordnung (+/- 20%) ergibt sich für Haushalte unterschiedlichster Zusammensetzung. Die betroffenen Haushalte sind zu einer weitreichenden Neuorientierung ihrer Lebensführung herausgefordert.

Übersicht 5: Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte (1.000)			Übertrittswahrscheinlichkeit		absolute Einkommensveränderung in EUR (Median)		standardisierte Einkommensveränderung in EUR (Median)	
	Zugänge	Abgänge	Saldo	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge
Alle	391	430	39	6	47	-10.200	7.914	-4.917	4.503
Ausbildungsferne	130	109	-21	11	37	-8.913	5.458	-4.351	3.632
MigrantInnen	84	84	-1	14	53	-7.644	6.934	-3.429	4.030
Menschen mit Behinderungen	35	39	4	8	35	-8.913	6.234	-5.221	4.551
Haushaltsgruppen									
Alleinerziehende	49	31	-18	20	52	-7.868	8.374	-4.750	5.234
Familien mit 3 und mehr Kindern	66	54	-12	12	48	-11.038	9.631	-3.185	3.092
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	64	42	-22	8	40	-7.644	9.394	-4.259	4.815
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	129	187	57	7	55	-9.277	7.967	-3.429	3.516

Q.: EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

Haushaltsgrößenänderungen und Einkommensveränderungen

Die Komposition und die Größe eines Haushaltes sind wesentlich für deren Bedarfslage. Hierbei kommt es häufig zu Veränderungen der Lebenssituation, beispielsweise der Teilung des

Haushaltes oder der Geburt eines Kindes. Solche Veränderungen können den Unterschied ausmachen, ob ein Haushalt armutsgefährdet ist oder nicht. Mit anderen Worten: Trotz Aktivierung und staatlicher Intervention kann ein Haushalt aufgrund der geänderten Bedarfslage immer noch in die Armutsgefährdung geraten.

Eine erfolgreiche Aktivierung im Erwerbsleben stellt die wichtigste Möglichkeit dar, der Armutsgefährdung zu begegnen. Knapp 325.000 Personen leben in Haushalten, denen es gelungen ist, allein durch eine Steigerung ihres Erwerbseinkommens den Bereich der Armutsgefährdung zu verlassen. Das wurde im Schnitt (Median) durch eine Steigerung des Einkommens von 9.600 Euro ermöglicht und entspricht einem Anteil von 76% aller jener Personen, die aus Armutsgefährdung herauskamen und einem Anteil von 32% aller Personen, deren Erwerbseinkommen zwischen 2005 und 2006 gestiegen ist (siehe Tabelle 6). Den Aufstiegsmöglichkeiten stehen erhebliche Abstiegsrisiken gegenüber. So leben mehr als 329.000 Personen in Haushalten, die mit Verlusten von im Mittel (Median) rund EUR 11.000,- konfrontiert gewesen sind, wodurch sie in den Bereich der Armutsgefährdung gelangten (entspricht 84% aller Neuzugänge). Unter Haushalten mit Migrationshintergrund ist die Zahl der Abgänge (73.000 Personen) aus der Armutsgefährdung deutlich höher als die Zugänge (63.000 Personen):

Übersicht 6: Übertritte der Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Zugänge in Verbindung mit gesunkenen Einkommen				Abgänge in Verbindung mit gestiegenen Einkommen			
	in 1.000	Anteil in %	Übertritts- wahrsch.	Δ Median- Einkommen	in 1.000	Anteil in %	Übertritts- wahrsch.	Δ Median- Einkommen
Alle	329	84	10	-11.038	325	76	32	9.581
Ausbildungsferne	108	83	15	-10.722	62	56	38	7.063
MigrantInnen	63	75	20	-13.549	73	87	34	6.934
Menschen mit Behinderungen	32	92	11	-8.913	14	35	37	9.581
Haushaltsgruppen								
Alleinerziehende	36	73	33	-9.070	22	71	40	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	51	77	23	-11.038	48	89	29	10.996
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	49	77	13	-8.390	36	84	40	11.652
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	115	89	17	-10.590	171	91	31	7.967

Q.: EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe. Es werden nur Einkommensänderungen von mindestens 5% im Vergleich zum Vorjahr gezählt.

Beschäftigungsaufnahme von Frauen

Die stetig zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht die Chance von Haushalten ihr verfügbares Einkommen aus Beschäftigung zu steigern. Dies sollte auch für armutsgefährdete Haushalte gelten. Tatsächlich gehen innerhalb eines Jahres rund 90.000 Personen aus dem Bereich der Armutsgefährdung ab, weil ein weibliches Mitglied des Haushaltes eine Beschäftigung aufnimmt oder intensiviert. Dies entspricht 21% der gesamten Abgänge aus der Armutsgefährdung. Der individuelle Zuwachs am Beschäftigungseinkommen beträgt in diesem Zusammenhang im Mittel rund EUR 4.400,-.

Übersicht 7: Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungsauf- oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte			absolute Einkommensver- änderung in EUR (Median)	
	in 1.000	Anteil in %	Übertritts- wahrsch.	der Frau	des Haushaltes
Alle	90	21	55	4.367	9.070
Ausbildungsferne	11	10	41	9.000	9.978
MigrantInnen	8	9	57	3.876	18.055
Menschen mit Behinderungen	5	12	91	.	.
Haushaltsgruppen					
Alleinerziehende	12	39	69	7.000	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	10	19	36	9.800	18.766
Familien mit Kindern unter 4 J.	18	41	49	3.876	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	44	23	59	4.530	9.070

Q.: EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

Übertritte und Aktivierungsressourcen

Die Überwindung von Armutsgefährdung steht in engem Zusammenhang mit „Ressourcen zur Aktivierung“, d.h. – wie oben erläutert – dem individuellen Potenzial zur Erzielung von (Erwerbs-)Einkommen. Dies sind in diesem Zusammenhang die Erwerbsaktivität, die Bildungsaktivität und der Gesundheitszustand. Diese Merkmale beeinflussen den Wirkungsgrad sozialpolitischer Maßnahmen und können sie im Einzelfall auch konterkarieren. Ein mangelhafter Gesundheitszustand beispielsweise kann viele Aktivierungsinstrumente der öffentlichen Hand ungeeignet machen. Auch hier kommt es im Zeitverlauf, wie bei der Armutsgefährdung, zu Übertritten. Tabelle 8 fasst die drei Faktoren der Aktivierung zusammen und zwar für den Fall einer Verringerung eines Ressourcenmangels. Immerhin 26% aller Zugänge in die Armutsgefährdung kamen trotz Verbesserung der Ressourcenlage zustande. Bei den Abgängen standen 46% in Zusammenhang mit verbessertem Aktivierungspotenzial, wobei hier überdurchschnittliche Anteile für zugewanderte Personen und Familien mit Kindern bis 16 Jahre vorliegen.

Greift man nur den Aspekt der Aufnahme einer Beschäftigung als Verbesserung der Ressourcenlage heraus, liegt der Anteil bei den Abgängen höher als bei den Zugängen. Dennoch gibt es 15% der Übertritte in die Armut trotz Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Hierbei ist zu beachten, dass die Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit „mindestens einem Monat im Jahr in Beschäftigung“ relativ niedrig angesetzt wurde. Wichtigstes Ergebnis ist, dass die Beschäftigungsaufnahme einer (zusätzlichen) Person im Haushalt nur in jedem vierten Fall (25%) einen Abgang aus der Armut begünstigt, was die Vermutung nahelegt, dass entweder das Erwerbseinkommen bereits Erwerbstätiger im Haushalt oder das Transfereinkommen wesentlich häufiger einen Unterschied bei der Armutsgefährdung ausmachen.

Übersicht 8: Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte (1.000)			Anteil in %		absolute Einkommensver- änderung in EUR (Median)	
	Zugänge	Abgänge	Saldo	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge
Alle	100	199	99	26	46	-9.277	9.070
Ausbildungsferne	28	49	21	21	44	-7.832	6.045
MigrantInnen	19	47	29	22	56	-4.890	4.838
Menschen mit Behinderungen	8	7	0	22	19	-7.832	14.173
Haushaltsgruppen							
Alleinerziehende	15	14	0	30	47	-10.590	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	14	16	2	21	29	-4.890	11.953
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	22	2	32	52	-10.746	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	37	99	62	29	53	-9.277	7.967

Q.: EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Aktivierung bedeutet entweder die Aufnahme einer Beschäftigung oder der Abschluss einer Bildungsmaßnahme oder die Verbesserung des Gesundheitszustandes.

Etwas klarer verhält es sich bei Haushalten, in denen mindestens eine Person im Vorjahr einen Bildungsabschluss absolviert hat. Bei nur 6% aller Zugänge waren solche Haushalte inkludiert; demgegenüber stehen 22% aller Abgänge. Der Zusammenhang scheint hier recht eindeutig, besonders für zugewanderte Personen, für die 28% aller Abgänge mit einem Abschluss in Zusammenhang stehen. Eine Verbesserung des Gesundheitszustands steht in anscheinend weniger klarem Zusammenhang mit Übertritten in Hinblick auf Armutsgefährdung. Es zeigen sich zwar keine großen Differenzen bei der Übertrittswahrscheinlichkeit, jedoch wird eine Tendenz zur Begünstigung von Abgängen durch Verbesserung des Gesundheitszustandes sichtbar.

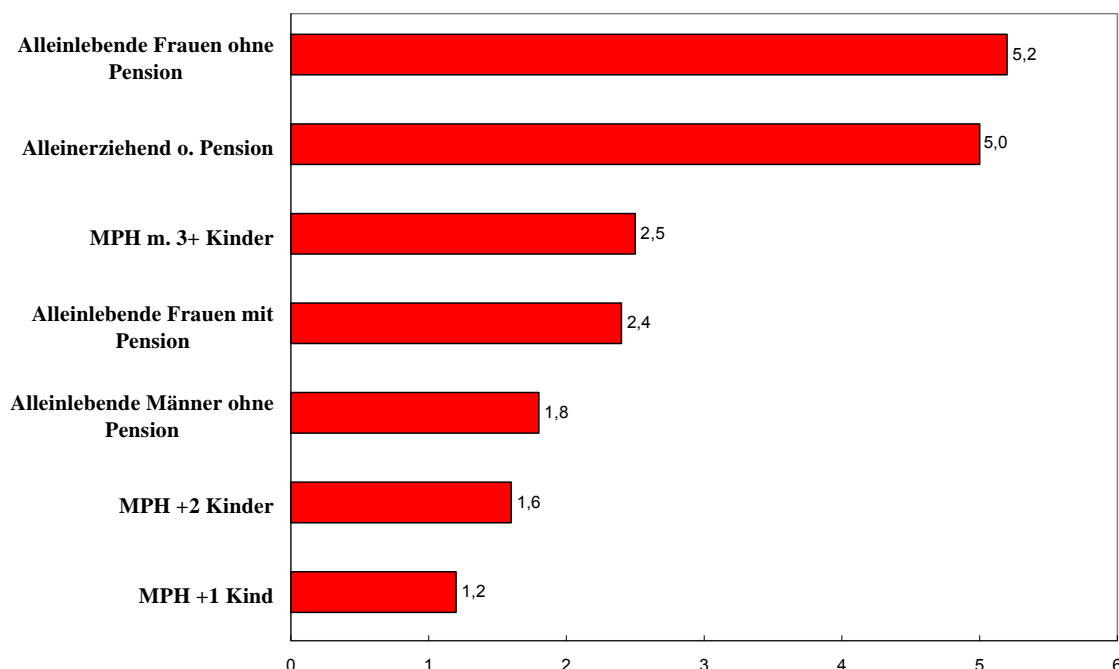
4. Was wäre wenn? – Modellrechnungen und Simulationen

4.1. Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung

Haushalte oder Personen lassen sich in der Regel verschiedenen Kontexten gleichzeitig zuordnen. Die folgende (multivariate) Modellrechnung dient der Abschätzung von Effekten bestimmter Kontexte. Zur Quantifizierung, wie stark bestimmte Merkmale das Risiko der Armutsgefährdung erhöhen, werden kontextspezifische Multiplikatoren der Armutsgefährdung berechnet, die sich kombinieren lassen, um beispielsweise aus verschiedenen Merkmalen kumulierte Gefährdungsrisiken abzuschätzen. Die Analyse richtet sich nach der spezifischen Wirksamkeit der Kontexte. Da Armutsgefährdung als Merkmal von Haushalten definiert ist, sind solche Risikomultiplikatoren auf Ebene der Haushalte zu identifizieren. Eine Fragestellung nach der Situation von Kindern wird also entsprechend abgewandelt und bezieht sich nun darauf, um welchen Faktor sich das Gefährdungsrisiko erhöht, wenn ein oder mehrere Kinder im Haushalt leben – und zwar für alle Mitglieder.

Natürlich können auch Merkmale einzelner Haushaltsmitglieder für die Schätzung von Risikomultiplikatoren für bestimmte Haushalte herangezogen werden. Dafür wird die hauptverdienende Person im Haushalt ausgewählt und deren persönliche Merkmale in die Schätzung aufgenommen. Zusätzlich können Eigenschaften anderer Haushaltspersonen durch Aggregation auf Haushaltsebene hinzugenommen werden. Um den zeitlichen Trend zu dokumentieren, wurde die Schätzgleichung jeweils für alle verfügbaren Jahre seit 1995 durchgeführt. In Abbildung 5 sind die Werte der Balken als Multiplikatoren eines Basisrisikos, in die Armutsgefährdung zu geraten, interpretierbar. Das Basisrisiko wird mittels einer Referenzgruppe definiert, zu welcher sich die anderen Gruppen „relativ“ verhalten.

Grafik 5: Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte (Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder = 1)¹⁰



Q.: EU-SILC 2006

¹⁰ Unterdurchschnittlich gefährdet sind Alleinlebende Männer mit Pension (0,8) und Mehrpersonenhaushalte mit Pensionen (0,9)

Bei Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen ist es üblich, die größte (dominanteste) Gruppe als Referenzgruppe zu wählen. Werte unter Eins bedeuten ein reduziertes Risiko, Werte über Eins erhöhen die Armutsgefährdung um den angegebenen Faktor. Für die meisten Gruppen zeigen sich in Tabelle 9 signifikante Abweichungen von der Durchschnittsentwicklung. Beispielsweise sind laut Odd-Ratios „Alleinlebende Frauen in Pension“ um das 2,4-fache stärker dem Armutsrisiko ausgesetzt als Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder, die hier die Referenzgruppe darstellen. Besonders stark scheint die Gefährdung für „Alleinlebende Frauen ohne Pension“ und Alleinerziehende zu sein; die Odds liegen bei 5,21 respektive 5. Die Referenzgruppe kann sich gegenüber allen anderen als Gruppe mit dem geringsten Gefährdungsrisiko behaupten. Beim Bildungsstand wird mit einem „Lehrabschluss“ verglichen. Für hauptverdienende Personen mit Matura ergibt sich im Wesentlichen kein Unterschied. Recht deutlich zeigt sich das erhöhte Risiko für Hauptverdienende mit Pflichtschulabschluss. Im Gegensatz dazu, haben Akademiker und Akademikerinnen nur ein halb so hohes Armutsgefährdungsrisiko wie Hauptverdienende mit Lehrabschluss.

Übersicht 9: Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006

Haushaltstypen (vs. MPH ohne Kinder)	ECHP		EU-SILC			
	1995	2001	2003	2004	2005	2006
Alleinlebende Männer mit Pension	9,28 ***	2,32	0,55 *	0,17 ***	0,61	0,82
Alleinlebende Frauen mit Pension	4,78 ***	7,14 ***	0,90	0,75	1,02	2,40 ***
MPH mit Pension	3,10 ***	4,22 ***	0,45 ***	0,34 ***	0,43 ***	0,94
Alleinlebende Männer ohne Pension	11,83 ***	6,55 **	1,19	1,20	1,30	1,83 ***
Alleinlebende Frauen ohne Pension	5,08 ***	5,99 ***	2,63 ***	3,32 ***	3,12 ***	5,21 ***
Alleinerziehend ohne Pension	4,65 ***	5,79 ***	6,36 ***	2,77 ***	4,46 ***	5,00 ***
MPH +1 Kind	1,35	1,15	1,09	1,07	1,52 *	1,22
MPH +2 Kinder	1,28	2,47 ***	2,38 ***	1,11	1,93 ***	1,60 ***
MPH +3 oder mehr Kinder	3,95 ***	6,55 ***	3,19 ***	2,55 ***	3,66 ***	2,46 ***
Bildungsstand der hauptverdienenden Person (vs. Lehrabschluss)						
Pflichtschule	2,61 ***	2,89 ***	2,62 ***	1,88 ***	2,56 ***	2,56 ***
Matura	1,30	0,79	0,97	0,81	0,84	0,98
Universität	1,27	0,74	0,56 **	0,79	0,56 ***	0,50 ***
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person						
Arbeitslos	2,39 ***	1,83 *	2,86 ***	1,99 ***	3,07 ***	2,88 ***
Erwerbsaktiv	2,24	0,83	0,44 ***	0,31 ***	0,38 ***	0,73 **
MigrantIn	2,18 ***	1,78 **	1,68 ***	2,33 ***	2,04 ***	1,91 ***
Gesundheitliche Probleme	1,52 ***	1,56 ***	1,15	0,91	1,12	1,05
Erwerbstätige Frau im HH	3,14	2,26	0,40 ***	0,45 ***	0,44 ***	0,35 ***
Konstante	0,01 ***	0,02 ***	0,20 ***	0,30 ***	0,18 ***	0,10 ***
Beurteilungskriterien						
Beobachtungen	3.356	2.528	4.620	4.521	5.144	6.028
Log-Likelihood	-1.334	-905	-1.608	-1.568	-1.670	-2.038
Pseudo-R ²	0,11	0,14	0,14	0,14	0,15	0,15

Q.: ECHP (1995-2001), EU-SILC (2003-2006). Die Koeffizienten sind angegeben als Odds-Ratios. Die Symbole "*", "**", "***" und "****" indizieren Signifikanz auf 5%-, 1%- bzw. 0,5%-Niveau. Im Jahr 2002 fand keine Erhebung statt. Die gestrichelte Linie weist auf den Zeitreihenbruch durch die Umstellung von ECHP auf EU-SILC hin.

Die weiteren Merkmale sind dichotom und haben jeweils die Gegengruppe (also jene, auf welche die gegebene Eigenschaft nicht zutrifft) als Referenzkategorie. Arbeitslosigkeit offenbart sich als bedeutendes Armutsrisiko mit einem Multiplikator von 2,88. Im Gegenzug reduziert eine Erwerbstätigkeit der hauptverdienenden Person das Risiko signifikant. Der überproportionale Anteil von zugewanderten Personen bei den Armutsgefährdeten bestätigt sich auch hier

noch einmal. Gesundheitliche Probleme führen weiters nicht unbedingt zu verstärkter Armutsgefährdung. Sehr deutlich zeigt sich der positive Effekt einer erwerbstätigen Frau im Haushalt, wobei sie hier als Hauptverdienende oder zweite erwerbstätige Person auftreten kann. Das Risiko sinkt hier auf 35% relativ zur Gegengruppe (keine erwerbstätige Frau im Haushalt) herab.

Die Modellgleichung wurde ebenfalls für zurückliegende Erhebungsjahre berechnet. Bei näherer Betrachtung zeigen sich Verringerungen des Armutsrisikos für alle Pensionshaushaltstypen, insbesondere „Alleinlebende Pensionistinnen“, wobei es ab 2005 einen neuerlichen Anstieg gab. Ähnliches gilt für „Alleinlebende Männer ohne Pension“. „Alleinlebende Frauen“ und Alleinerziehende haben ihre Position trotz einiger Variation über die Jahre nicht verbessern können und sind auch im Längsschnitt am meisten vom Armutsrisiko betroffen. Die anderen Haushaltstypen mit Kindern haben relativ stabile Werte über die Zeit. Bei Familien mit drei und mehr Kindern zeichnet sich eine leichte Verbesserung seit 2003 ab. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich für keinen Haushaltstyp die Lage signifikant verschlechtert hat. Beim Bildungsstand zeigt sich, dass Haushalte, in denen die hauptverdienende Person einen akademischen Abschluss besitzt, immer weniger dem Armutsrisiko ausgesetzt sind oder anders ausgedrückt: Der Abstand des Risikos zwischen „Lehrabschlüssen“ und „Universität“ hat sich in den letzten 12 Jahren sichtbar vergrößert. Bei den weiteren Merkmalen fällt auf, dass erwerbstätige Frauen im Haushalt heute einen wesentlich größeren Beitrag zur Senkung des Armutsrisikos leisten als noch vor wenigen Jahren. Zudem verschärft Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vermehrt das Problem der Armutsgefährdung. Für Migranten und Migrantinnen zeichnet sich ein leicht negativer Trend in Richtung eines höheren Armutsrisikos ab.

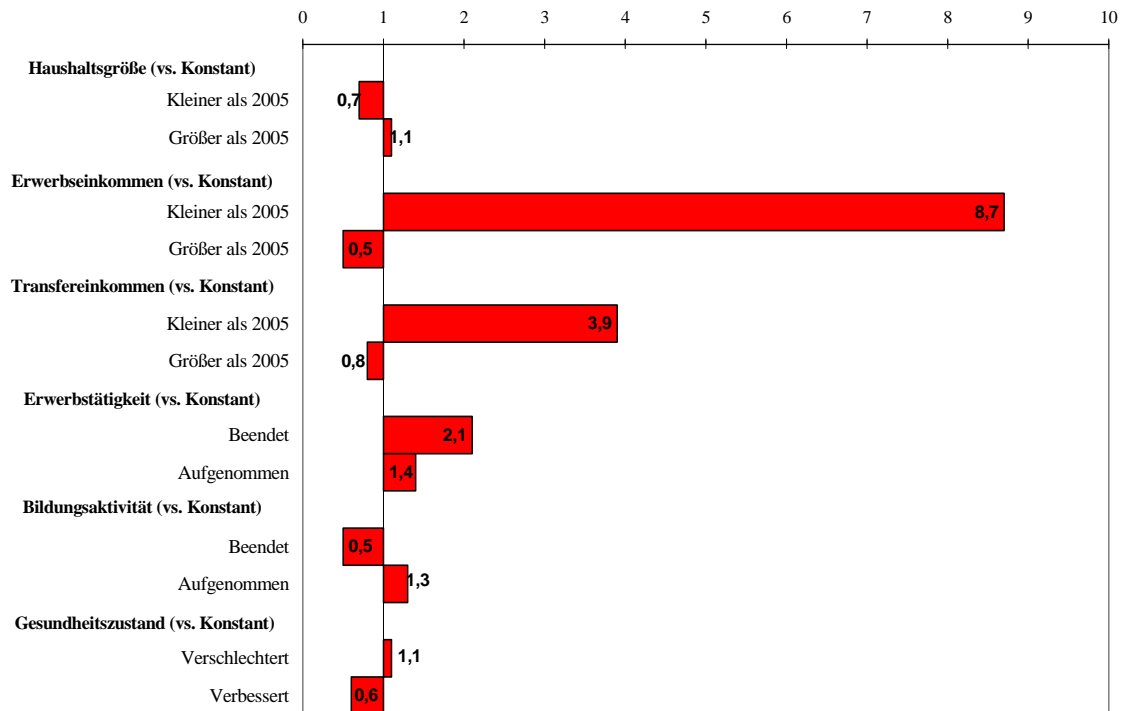
4.2. Multivariate Analyse von Übertritten und Kontextveränderungen.

Mit der Analyse von Übertritten in oder aus der Armutsgefährdung wurde ein neues Instrument der Armutsmessung demonstriert. Im folgenden Abschnitt sollen Übertritte und Kontextveränderungen in einem multivariaten Ansatz betrachtet werden. Wie im vorangegangenen Abschnitt wurde als methodischer Zugang auch hier die logistische Regression gewählt. In diesem Fall jeweils für die Wahrscheinlichkeit in die Armutsgefährdung zu geraten bzw. aus ihr heraus zu kommen. Als abhängige Variable werden jene Kontextveränderungen verwendet, die schon bei den Bilanzierungstabellen dargestellt wurden. Es wurden jeweils drei Modellvarianten geschätzt, um die Sensitivität der Koeffizienten zu testen.

Zunächst zu den Zugängen: Hier zeigt sich in der ersten Variante, die alle Variablen enthält, eine besondere Bedeutung gesunkenen Erwerbseinkommens bei den Zugängen in die Armutsgefährdung, welche mit dem Faktor 8,7 (gegenüber unverändertem Einkommen) mehr als doppelt so hoch ist wie bei gesunkenem Transfereinkommen (3,9). Es sei hier auch erwähnt, dass Einkommensänderungen freilich eng mit der Armutsgefährdung korrelieren, da diese sich auf das Einkommen direkt bezieht. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, welche der beiden Einkommenskomponenten mehr Einfluss hat. Zudem reduziert ein verkleinerter Haushalt – also etwa der Auszug eines Kindes – das Risiko der Armutsgefährdung signifikant.

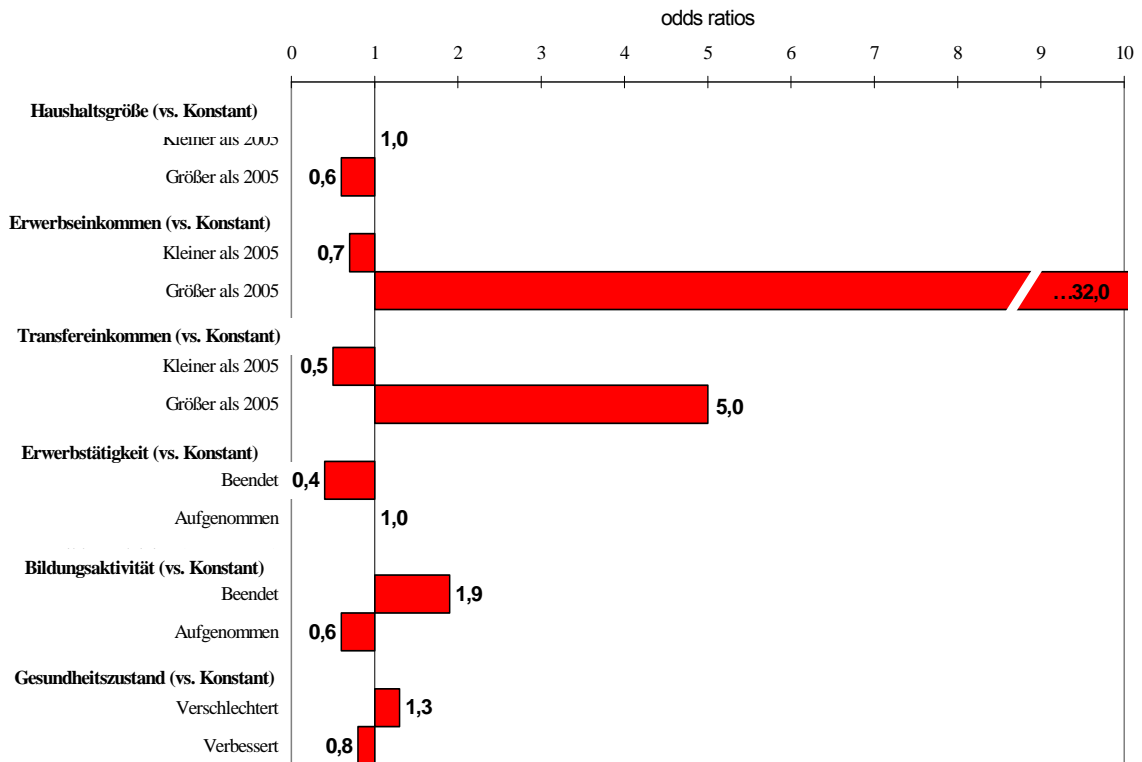
Der Verlust der Erwerbstätigkeit hat starken Einfluss auf das Zugangsrisiko. Der Abschluss eines Bildungsgangs und die Verbesserung des Gesundheitszustandes wirken dem Risiko entgegen. In den beiden Modellvarianten kommt es bei der Haushaltsgrößenverkleinerung zu einer Umkehr der Vorzeichen: Plötzlich steigt das Risiko deutlich für die Variante ohne monetäre Größen. Als Erklärung kommt der Wegfall der Einkommensvariablen in diesem Modell in Frage, welche den Abgang eines verdienenden Mitglieds der Familie bisher erklärten. Der Einfluss des Gesundheitszustandes ist nun nicht mehr signifikant.

Grafik 6: Odds-Ratios der Zugangswahrscheinlichkeit aus der Armutsgefährdung



Q.: EU-SILC 2006

Grafik 7: Odds-Ratios der Abgangswahrscheinlichkeit aus der Armutsgefährdung



Q.: EU-SILC 2006.

Auch für die Abgangswahrscheinlichkeit wurden drei Varianten geschätzt (siehe Abbildung 7). In keiner nimmt die Haushaltsgröße eine signifikante Position ein. Mit dem Faktor 32 nimmt das Erwerbseinkommen gegenüber konstantem Erwerbseinkommen die maßgebliche Rolle beim Austritt aus der Armutgefährdung ein. Damit wird ein Austritt ohne verbessertes Erwerbseinkommen sehr unwahrscheinlich. Für Transfereinkommen fällt dies nicht in derselben Dimension, aber doch deutlich aus: Ein reduzierter Bezug von Sozialleistungen halbiert die Wahrscheinlichkeit aus der Armut auszutreten, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit fünfmal höher gegenüber konstantem Bezug, wenn sich das Transfereinkommen erhöht. Der Abschluss einer Bildungsmaßnahme trägt ebenfalls signifikant zur Verbesserung der Armutslage bei, der Gesundheitszustand korreliert hingegen scheinbar nicht sehr stark mit dem Abgang aus der Armutgefährdung. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist hier offensichtlich keine bestimmende Variable.

4.3. Sensitivitätsrechnungen zur Wirkung genereller Trends

Ein Verfahren, mit dem Struktureffekte differenziert abgeschätzt werden können, besteht darin, die Beobachtungsbasis durch Gewichtungsfaktoren simultan an eine vorgegebene Struktur anzupassen. Dafür steht derselbe Kalibrierungsalgorithmus zur Verfügung, mit dem der Datenbestand aus EU-SILC 2006 an externe Randverteilungen von Haushalten und Personen angepasst wurde (zur Gewichtung vgl. Statistik Austria 2008). Wenn nun anstatt der Eckzahlen aus dem Jahr 2006 die Strukturdaten des Jahres 1995 verwendet werden, lassen sich Effekte von Kontextveränderungen abschätzen. Konkret kann die Stichprobe des Jahres 2006 so gewichtet werden, dass sie in bestimmten Merkmalen dieselbe Verteilung aufweist, wie die (gewichtete) Stichprobe aus dem Jahr 1995 (z.B. Bundesländer, Haushaltsgröße bei Haushalten).

Die Strukturveränderungen gegenüber dem Jahr 1995 lassen sich so zusammenfassen: Anteile von Haushalten in Wien und von Einpersonenhaushalten sowie der Eigentümeranteil sind gestiegen. Auf Personenebene zugenommen, hat der Anteil der Personen über 35 Jahre und Personen mit weiterführendem Schulabschluss. Gestiegen ist auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen und der zugewanderten Personen sowie der arbeitslosen Personen. Tabelle 10 zeigt, dass die empirische Gefährdungsschwelle aus dem Jahr 2006 um 44 Euro höher liegt, als jene mit der simulierten Struktur des Jahres 1995. Trotzdem wurden um 74.000 Personen weniger unter dieser Gefährdungsschwelle beobachtet. Die simulierte Armutgefährdungsquote wäre mit 13,5% um 0,9% höher als in EU-SILC 2006. Die simulierte Quote nähert sich an den für das Erhebungsjahr 1995 empirisch beobachteten Wert von 13,8% an. Dies zeigt, dass Strukturveränderungen jedenfalls zur tendenziellen Verringerung der Armutgefährdeten in den letzten 12 Jahren beigetragen haben.

Eine ähnliche Simulation ist auch zur Prognose der Wirkung zukünftiger Kontextveränderungen bis zum Jahr 2020 möglich (mit Haushalts- und Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria). Für die Veränderung des Anteils der erwerbstätigen Frauen wurden Prognosen zur Frauenerwerbsquote herangezogen. Die Entwicklung der Bildungs- und Migrationsanteile wurde auf Basis der jährlichen Veränderung 1995-2006 extrapoliert, Arbeitslosigkeit wurde unverändert angenommen. Diese Prognose signalisiert – bei unveränderten Risikomultiplikatoren – eine geringfügige Zunahme der Armutgefährdungsquote auf 13,0% innerhalb der nächsten 14 Jahre. Während sich Struktureffekte in der Vergangenheit insgesamt günstig auswirkten, würden zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung künftig deutlich mehr Interventionen erfordern, um ein Ansteigen der Armutgefährdung zu verhindern.

Übersicht 10: Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020

	SILC 2006	geschätzter Strukturveränderungseffekt			
		1995	2006-1995	2020	2020-2006
Medianlebensstandard	17.869	16.983	+886	17.271	-598
Armutsgefährdungsschwelle	893	849	+44	864	-30
Armutsgefährdungsquote	12,6	13,5	-,9	13,0	+,4
Armutsgefährdete*)	1.027.080	1.101.111	-74.031	1.063.520	+36.440

Q.: Statistik Austria EU-SILC, Strukturanpassungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, Statistik Austria Haushalts-, Bevölkerungs- und Erwerbstätigenprognosen.

Während Tabelle 10 das simulierte Gesamtsaldo der verschiedenen Strukturveränderungen seit 1995 wiedergibt, zeigt Tabelle 11 partielle Struktureffekte. Beispielsweise schlägt sich die Zunahme der Anzahl der Personen mit Pflichtschulabschluss um 630.000 Personen mit einem Anstieg der Schwelle um 30 Euro und einer Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Personen um rund 36.000 nieder. Ähnlich hoch ist der Effekt, der von der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit ausgeht. Nach dieser Modellrechnung korrespondiert die Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen um 194.000 mit einer Verringerung der Zahl an Armutsgefährdeten um rund 35.000 Personen. Der Struktureffekt von wachsender Arbeitslosigkeit und Migrationsanteil ist demgegenüber niedriger und bewirkt eine Zunahme der Armutsgefährdung um etwa 6.000 Personen. Der stärkste Struktureffekt geht in dieser Modellrechnung von demographischen Veränderungen aus. Die Verringerung der Haushaltsgröße sowie die demographische Alterung und damit insbesondere die Verringerung der Kinderzahl, haben laut Modellrechnung die Zahl der Armutsgefährdeten um mehr als 80.000 Personen verringert.

Übersicht 11: Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006

	Strukturveränderung	Effekt auf Armutsgefährdung		
		Schwelle	Quote	Anzahl
Personen mit weiterführendem Schulabschluss	+630.997	+30	-,4	-36.440
Erwerbstätige Frauen	+194.259	+14	-,4	-35.339
Erwachsene mit Migrationshintergrund	+172.720	-3	+,1	+6.529
Bezug von Arbeitslosengeld/ Notstandshilfe (mind. 2 Monate)	+90.257	-2	+,1	+6.089
Einpersonenhaushalte	+199.708	+8	-,9	-81.160
Haushalte in Wien	-30.692			
Eigentumshaushalte	+52.834			
Männer: <15	-71.451			
16-34	-194.959			
35-64	+215.465			
65 +	+95.176			
Frauen: <15	-69.356			
16-34	-165.536			
35-64	+210.098			
65 +	-19.436			

Q.: Statistik Austria EU-SILC, Strukturanpassungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, ECHP 1995

Die beobachteten Veränderungen zeigen ein plausibles Bild struktureller Effekte. Im Vergleich zu der mit Transferleistungen erzielten Umverteilung ist deren Wirkung aber bescheiden.

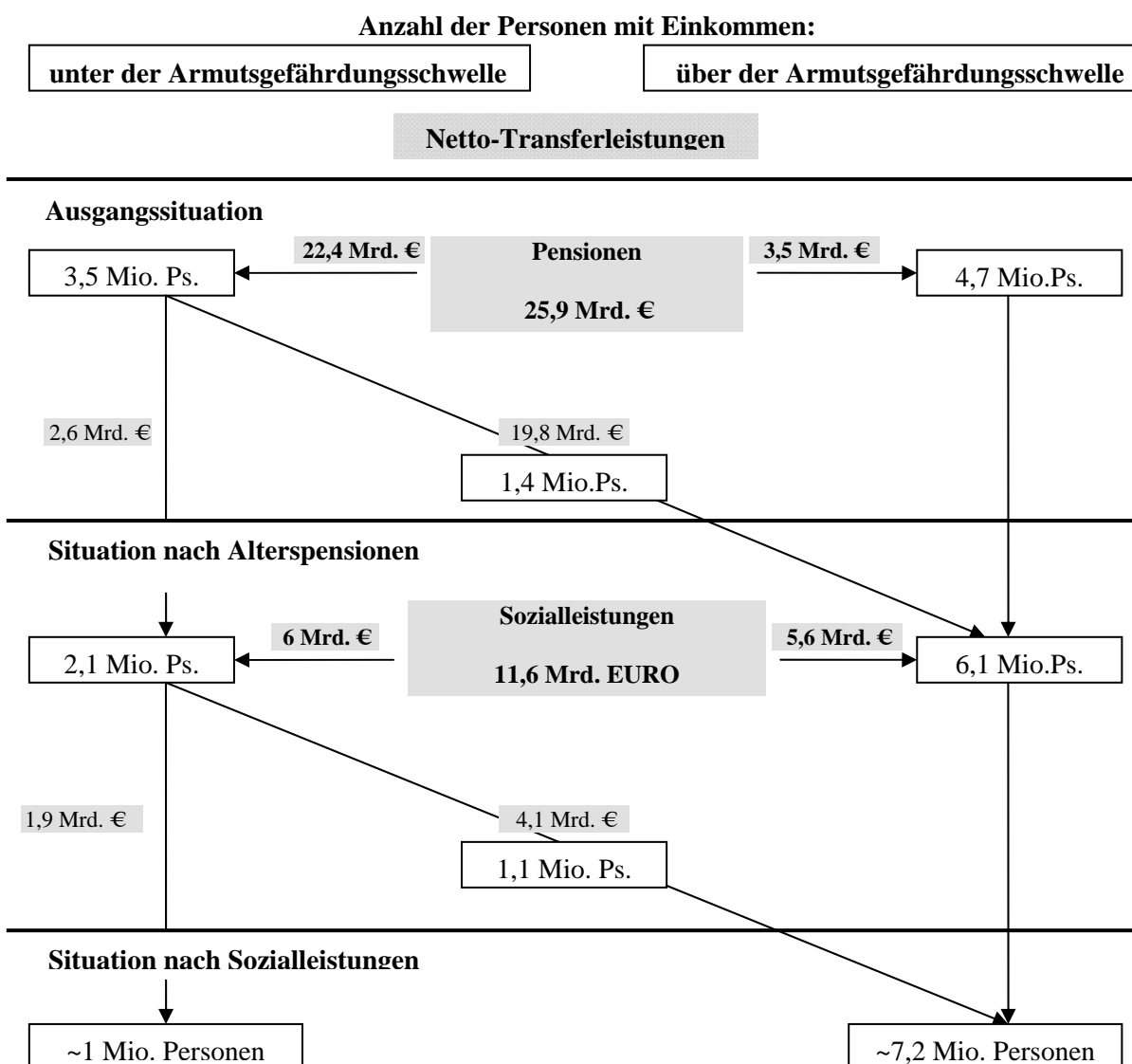
4.4. Effekte wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Aufgrund des ungleichen Zuganges zur Erwerbstätigkeit (Kinder, Jugendliche, Senioren) und der ungleichen Entlohnung des Arbeitseinsatzes (Lohn-Gehaltspyramide), können viele Menschen aus eigener Kraft kein ausreichendes Einkommen erzielen. Lässt man Sozialleistungen

(inklusive Pensionszahlungen) unberücksichtigt, so liegen die Einkommen von 3,5 Millionen Menschen oder 42,7% der Gesamtbevölkerung unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Die Hochrechnung aus EU-SILC 2006 ergibt ein Volumen von insgesamt 37,5 Milliarden Euro an Sozial- und Pensionsleistungen, die pro Jahr netto für Personen in privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Grafik 8 macht die Verteilung dieser Summe auf die österreichische Bevölkerung in Hinblick auf Gefährdungslagen nachvollziehbar.

Grafik 8: Bilanzierung für das Bezugsjahr 2005



Q: EU-SILC 2006

Die Gesamtsumme der Nettopensionen die im Pensionsalter bezogen werden beträgt 25,9 Milliarden Euro. Davon werden 3,5 Milliarden Euro an Personen ausbezahlt, deren Einkommen bereits ohne Pensionsleistungen über der Gefährdungsgrenze lag. Der größte Teil der Pensionen, nämlich 22,4 Milliarden Euro, kommt Personen zugute, deren Einkommen sonst unter der Gefährdungsgrenze liegen würde. Mit einer Summe von 19,8 Milliarden Euro gelingt es dabei 1,4 Millionen Personen ein Pensionseinkommen über der Gefährdungsgrenze zu sichern. Somit bleiben nach Berücksichtigung von Pensionsleistungen noch 2,1 Millionen Menschen (25,6%), deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Zu dieser Gruppe zählen auch Menschen mit einer Mindestpension in Höhe der Ausgleichszulage. Diese Bevölkerungsgruppe

erhält insgesamt rund 2,6 Milliarden Euro an Pensionszahlungen. Ihr Einkommen bleibt aber dennoch unter der Gefährdungsschwelle.¹¹ Insgesamt liegt die Zahl der Personen deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt nach Berücksichtigung der Pensionszahlungen bei 6,1 Millionen.

Die in EU-SILC 2006 berechnete Netto-Gesamtsumme der verbleibenden Sozialleistungen sowie der Pensionen, die vor dem gesetzlichen Pensionsalter bezogen und Personen in Privathaushalten zugute kommen, beträgt 11,6 Milliarden Euro. Davon fließen 5,6 Milliarden Euro an Personen, die bereits aufgrund einer Pension die Armutsgefährdungsschwelle überschritten haben (0,5 Milliarden Euro), oder von vornherein ein ausreichendes Einkommen erzielen konnten (5,1 Milliarden Euro). Weitere 4,1 Milliarden Euro an Sozialleistungen stehen für Menschen zur Verfügung, deren Einkommen einschließlich allfälliger Pensionen nicht ausreicht, um die Gefährdungsschwelle zu überwinden. Insgesamt 1 Million Menschen werden durch diese Sozialleistungen über die Gefährdungsschwelle gehoben. Die verbleibenden 1,9 Milliarden Euro kommen Personen zugute, die unter der Gefährdungsschwelle leben.

Demnach kommen insgesamt drei Viertel (28,4 Milliarden Euro) der Pensionen und Sozialleistungen jenen Menschen zugute, die ohne diese Transferleistungen kein ausreichendes Einkommen erzielen. Mit einer Summe von 23,9 Milliarden Euro gelingt es dabei 2,5 Millionen Menschen ein Einkommen über der Gefährdungsschwelle zu ermöglichen. Jene Bevölkerungsgruppe, die trotz Transferleistungen armutsgefährdet bleibt, erhält 4,5 Milliarden Euro. Nicht eingerechnet sind dabei Transferleistungen an Personen, die in Privathaushalten leben und Gesundheits- bzw. andere Sachleistungen und Infrastrukturangebote. Mit 9,1 Milliarden Euro profitieren aber auch sehr viele Menschen, die Transferleistungen nicht benötigen würden, um ein Einkommen über der Gefährdungsschwelle zu erzielen.

Was diese Größenordnungen vor allem verdeutlichen ist, dass kein „Input“ sozialpolitischer Interventionen an die Pensions- und Sozialleistungen herankommt, wenn es um eine systematische Verringerung des Kreises armutsgefährdeter Personen geht. Um die Armutsücke tatsächlich zu schließen, wären allerdings auch qualitativ andere Transferleistungen erforderlich, als heute insbesondere durch beitragsgebundene Versicherungsleistungen gegeben sind. Gleichzeitig sind breite Bevölkerungsschichten unmittelbar von solchen Leistungen abhängig. Reformen, die auf einen effizienteren Mitteleinsatz abzielen, sind daher nur zielführend, wenn gleichzeitig eine grundlegende Absicherung gewährleistet bleibt.

Mit Transfers und Aktivierungsmaßnahmen sind die sozialpolitischen Interventionen zur Erweiterung von Möglichkeiten nicht erschöpft. Ob niedriges Einkommen und persönliche Einschränkungen zu einer akuten Mangellage führen, hängt nämlich unmittelbar von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen ab. Beispielsweise schaffen behindertengerechte Einrichtungen die Möglichkeit, sich trotz physischer Beeinträchtigung im sozialen Gefüge barrierefrei zu bewegen. Soziale Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung fußt häufig in der Unmöglichkeit, am normalen gesellschaftlichen Leben und an den Marktprozessen teilzuhaben. Die Herstellung einer verbesserten Infrastruktur ist in vielen Fällen der erste sozialpolitische Ansatzpunkt, um zielgruppenspezifische Benachteiligungen im privaten und öffentlichen Raum zu beseitigen. Raveaud und Salais (2001, 61) sprechen sich darüber hinaus für eine öffentliche Politik aus, die sicherstellt, dass der technische Wandel bestimmte Personengruppen nicht bedroht, sondern allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommt. Als Beispiel nennen sie den Zugang zum Internet, der weder durch Geldzuwendungen, noch durch die Lieferung eines Computers, sondern ausschließlich durch gefördertes Training und Schulungen bereitgestellt werden kann.

¹¹ Nicht alle Menschen, deren Einkommen unter der Gefährdungsschwelle liegt, erhalten Pensionen. Es wird lediglich verdeutlicht, dass aus der Gruppe der Armutsgefährdeten durch Pensionszahlungen 1,4 Menschen die Armutsgefährdung überwinden können.

Das Volumen sämtlicher Sozialleistungen und Sozialschutzsysteme betrug in Österreich im Jahr 2005 rund 70 Milliarden Euro (ESSOS 2007). Die Sozialquote macht damit rund 29% des BIP aus. Transferleistungen zählen in den europäischen Sozialstaaten zu den wichtigsten Maßnahmen zur Armutsreduktion aus einkommensbasierter Sicht. Eine aktivierungsbasierte Sozialpolitik fragt aber auch, inwiefern der Mangel an Aktivierungsressourcen durch das sozialpolitische Arrangement bereits im Vorfeld vermieden werden kann. Arbeitslosigkeit, Behinderung und Krankheit, niedriges Einkommen etc. haben je nach Konzeption des Wohlfahrtsstaats unterschiedlichen Einfluss auf das persönliche Potenzial.

5. Nationale Indikatoren für Österreich

5.1. Grundlagen der Indikatorenentwicklung

Was ist ein Indikator?

Indikatoren dienen primär zur Beobachtung sozialer Veränderungen über die Zeit oder der Unterschiede zwischen bestimmten Gruppen. Neben Bestandsgrößen sollen daher insbesondere dynamische Entwicklungen abgebildet werden (stocks und flows). Sie verweisen auf Veränderungen und Unterschiede und ermöglichen somit Aussagen darüber, wie häufig ein Phänomen auftritt. Die vollständige und exakte Messung eines Phänomens ist dadurch in der Regel aber noch nicht gewährleistet. (vgl. Palmer & Rahman, 2002)

Als (Output-)Indikator wird eine statistische Kennzahl verstanden, die einen bestimmten Themenbereich nach konsensueller Auffassung zutreffend beschreibt. Relative Merkmalshäufigkeiten von Individuen oder in einer Gruppe von Individuen im Verhältnis zu einer geeigneten Referenzgruppe liefern den Ausgangspunkt für einen einfachen Indikator. Man unterscheidet allgemeine Indikatoren von speziellen Indikatoren für bestimmte Zielgruppen (z.B. die Erwerbsbevölkerung), wobei auch jene Gruppen anzuführen sind, die aufgrund der Datenlage nicht ausreichend beschrieben werden können (z.B. Asylwerbende). Tiefengliederungen wie z.B. Alter, Geschlecht oder Haushaltszusammensetzung machen spezifische Differenzierungen sichtbar. Diese zusätzlichen Informationen sind selbst aber keine Outputindikatoren, lassen sich aber als Kontextindikatoren interpretieren.

In der Formulierung sozialpolitischer Ziele erweisen sich Indikatoren als wesentlich. Während jedes sozialpolitische Vorhaben daher einen Indikator benötigt, um Fortschritte oder Rückschritte in der Zielerreichung zu eruieren, kann ein Indikator freilich auch ohne Ziel verwendet werden. Im Vergleich zu politischen Zielen sind Indikatoren weniger verbindlich und orientieren sich an relevanten Problembereichen. Ziele sind veränderbar, Indikatoren sollten theoretisch einigermaßen unveränderlich bleiben und zumindest für den Zeitraum des zukünftigen Strategieplans (2008-2011) Gültigkeit besitzen.

Welche Änderungen und Unterschiede werden gemessen?

In erster Linie werden jene Prozesse beobachtet, die soziale Risikolagen und Armut erzeugen, und somit zum Gegenstand intervenierender und präventiver Maßnahmen werden. Die Messung von Ausgrenzungen bezieht sich dabei meist auf Einschränkungen des materiellen Lebensstandards, wie in Kapitel 3 bereits erörtert.

Indikatoren, die Armut abbilden möchten, sollen auf das gehäufte Auftreten der Merkmale für eine Armutslage bei bestimmten Personen oder Gruppe, hinweisen. Die konkreten Merkmale erweisen sich aber als variabel und können daher nicht endgültig festgelegt werden.

Ziel ist die empirische Beobachtung von Veränderungen und Unterschieden bei Lebensbedingungen, die in einem engen Zusammenhang mit den sozialen Unterstützungsnormen in Österreich stehen und nicht bereits durch die gemeinsamen EU-Indikatoren erfasst werden. In einer weiteren Einschränkung werden hauptsächlich Unterstützungsnormen berücksichtigt, die für das Kapitel Eingliederung im nationalen Strategiebericht relevant sind. Strategien zu den Bereichen Pensionen und Gesundheit & Langzeitpflege werden hier ausgeklammert.

Wie kann eine systematische Auswahl von Indikatoren erfolgen?

Die Auswahl von Indikatoren ist aufgrund der Vielfalt an Unterstützungsnormen in einem Sozialstaat zwangsläufig selektiv und exemplarisch. Zunächst sind jene Bereiche zu benennen, in denen sich solche Normen vorrangig zeigen und konsensfähige Kriterien für die Schwerpunkt-

setzung festzulegen.

Anregungen für die zukünftige Weiterentwicklung des Indikatorensystems konnten durch ein exploratives Verfahren gewonnen werden. Der bloßen Reproduktion konventioneller Sichtweisen wurde somit vorgebeugt. Nicht alle relevanten Problembereiche können freilich durch vorhandene Daten adäquat abgebildet werden. Das explorative Verfahren kam daher insbesondere zum Einsatz, um die Bedeutung eines materiellen Mindestlebensstandards für die soziale Eingliederung, konkrete Merkmale der Deprivation zu ermitteln (vgl. Schneidewind 1985) und relevante Problembereiche zu dokumentieren, wie in Kapitel 2 ausführlich dargelegt.

Eine schrittweise Reduktion der Indikatoren erfolgte anhand von vorab festgelegten Kriterien. Die vorgeschlagenen Indikatoren wurden Themenbereichen zugeordnet und mittels Auswahlkriterien begründete Entscheidungen zwischen Alternativen getroffen. Für jeden Bereich wurden maximal 6-7 Teilbereiche (bzw. Indikatoren) ausgewählt. Maßgeblich für diese Entscheidung war die Bewertung durch gesellschaftliche Normen. In einer quantitativen Telefonbefragung wurde die Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe der einzelnen Indikatoren erfragt. Diese Bewertung wurde durch die ExpertInnen in der Gruppendiskussion und im Beirat ergänzt. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen, um Beliebigkeit auszuschließen und Legitimation zu gewinnen.

In welchen Bereichen sind Unterstützungsnormen vorrangig?

Der internationale Diskurs zur sozialen Eingliederung wird maßgeblich von europäischen Institutionen geprägt. Die Gründung dieser Institutionen zur nachhaltigen Friedenssicherung in Europa diente ursprünglich der Schaffung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraumes. Daraus ergibt sich eine Dominanz von Unterstützungsnormen, die auf eine Steigerung der produktiven Teilhabe abzielen. Diese Unterstützungsnormen gehen über die reine Reproduktion von Arbeitskraft hinaus (Sozialhilfe dient beispielsweise der Sicherung des Lebensunterhalts). Ziel solcher Normen ist die Sicherung des materiellen Lebensstandards (Konsummöglichkeiten) und Wohnens.

Neben der Förderung zur Aktivierung und der Vermeidung deprivierter Lebensführung, können auch partizipative Unterstützungsnormen gelten, die auf kulturelle, soziale und politische Teilhabe ausgerichtet sind. Historisch wäre z.B. das allgemeine Wahlrecht eine solche Errungenschaft. Aufgrund der Vielfalt an Lebensstilen kann es jedoch problematisch sein, Mindeststandards in kulturellen und sozialen Aspekten verbindlich zu formulieren, nicht zuletzt weil diese teilweise unter deprivierte Lebensführung oder Aktivierungsressourcen subsumiert werden können.

Es herrscht ein enger Zusammenhang zwischen Aktivierung und deprivierter Lebensführung einerseits und partizipativer Teilhabe andererseits. Daher wurde den erstgenannten Bereichen, d.h. Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Lebensstandard und Wohnen vorläufig Priorität für die Entwicklung von quantifizierbaren Indikatoren in Österreich eingeräumt.

Welche Zielgruppen sind für Unterstützungsnormen maßgeblich?

Auf die Orientierung an expliziten Zielgruppen wurde verzichtet. Stattdessen wurden Kontexte durch Untergliederung nach Alter, Geschlecht und Haushaltszusammensetzung beschrieben. Besonders beachtenswert schienen außerdem spezifische Marktrisiken von Alleinerziehenden, Familien mit 3 oder mehr Kindern, Menschen mit Behinderung, ausbildungsfernen Personen und Personen mit Migrationshintergrund, armutsgefährdeten und deprivierten Personen und Personen in prekären Wohlstandslagen (60-70% des Medianeinkommens).

Auswahlkriterien für Indikatoren

Für die Indikatorenzusammenstellung sind folgende Fragen entscheidend (Atkinson et al. 2001):¹²

Sind die Dimensionen ausgewogen dargestellt?

Sind die Indikatoren konsistent bzw. werden etwa gleichwertige Bereiche abgedeckt?

Sind die Indikatoren transparent und allgemein zugänglich?

Für die Bewertung einzelner Indikatoren sollten außerdem zumindest folgende Voraussetzungen geprüft werden:

Bestehen ein klarer Problembezug und eine allgemein akzeptierte normative Interpretation?

Ist der Indikator robust und statistisch abgesichert?

Ist der Indikator für politische Maßnahmen sensitiv (aber nicht manipulierbar)?

Sind Daten vorhanden, Ergebnisse zeitnah verfügbar und gibt es Aktualisierungen?

Neben diesen allgemeinen Prinzipien lassen sich Kriterien für Indikatoren zum Monitoring von Armut und Ausgrenzung weiter präzisieren (vgl. Palmer, & Rahman 2002):

Es soll ein nachweislicher oder plausibler Zusammenhang zur Verfügbarkeit von Ressourcen und eingeschränkten Wahlentscheidungen bestehen. Beispielsweise ist der Gesundheitszustand für sich genommen ein eher schwacher Indikator, da er von der Ressourcenlage unabhängig sein kann (z.B. Alter, genetische Disposition) oder eng mit bewussten Lebensstilentscheidungen verknüpft ist (z.B. Alkoholkonsum)

Ein guter Indikator ist für sich genommen bedeutsam und weist zugleich auf weitere Problembereiche hin. Beispielsweise deutet Arbeitslosigkeit sowohl auf unmittelbare, als auch auf mittelbare Problemlagen hin.

Indikatoren sind nur dann sinnvoll für die Beobachtung, wenn sie regelmäßig messbar sind. Hierfür sind eine präzise Definition und zuverlässige Datenquellen erforderlich. Die Wiederholbarkeit von Messungen muss auf vergleichbarer Basis gewährleistet sein. Um den Zusammenhang mit Ressourcen nachzuweisen, sind Daten zu bevorzugen, die eine Gliederung des Indikators in Ressourcenpositionen zulassen.

Indikatoren sollen so verständlich sein, dass Fehlinterpretationen möglichst ausgeschlossen werden können. Sie sollten außerdem nicht durch sich wechselhafte administrative Regeln änderbar sein (vgl. Palmer, & Rahman, 2002). Beispielsweise wäre die Zahl der Sozialhilfebeziehenden direkt von den Anspruchsvoraussetzungen abhängig und nicht allein von gegebenen Bedarfslagen.

Darüber hinaus ist für ein Indikatorensystem in Österreich besonders zu betonen, dass,

gemeinsame EU-Indikatoren in wesentlicher Hinsicht ergänzt und die spezifischen nationalen Strategien berücksichtigt werden sollen;

Indikatoren von der Bevölkerung und von ExpertInnen als relevant wahrgenommen werden sollen;

¹² Im Zuge der Neuformulierung gemeinsamer EU-Indikatoren im Jahr 2006 wurden diese Kriterien geringfügig adaptiert, um den Bezug zu den gemeinsamen EU-Zielsetzungen zu verstärken. In der von Atkinson et al. ursprünglich vorgelegten Fassung wurde gefordert, dass die Messung keine zusätzliche Belastungen für Verwaltung, Firmen oder Bürger bringen sollte. Dieser Punkt wurde später so zusammengefasst, dass Indikatoren auf bereits vorhandenen Datenquellen beruhen sollten.

der Zusammenhang mit Lebenszufriedenheit nachweisbar oder plausibel sein soll.

Vorschlag für einen Indikatorenkatalog

Die begrifflichen Festlegungen und Strategien der Indikatorenentwicklung wurden in Form eines umfassenden Indikatorenkataloges empirisch umgesetzt. Der Katalog wurde in Abstimmung mit dem Projektbeirat und gemeinsam mit Fachleuten entwickelt.

Ergebnis der sozialen Eingliederung ist die Sicherung gegen Armut. Umgekehrt weist das Ausmaß von Armut auf mangelhafte Eingliederung hin. Armut ist jedoch nicht endgültig, sondern ausschließlich in Bezug auf soziale Unterstützungsnormen zu definieren. Wie bereits erörtert, sind „Normen für deprivierte Lebensführung“ einerseits und „Ressourcen der Aktivierung“ andererseits zu unterscheiden.

Normen umfassen die Wohnraumversorgung aber auch den finanziell bedingten Lebensstandard. In einem staatlich organisierten Unterstützungsgefüge ist der Mangel an finanziellen Möglichkeiten ein besonderes Kriterium für die Vermeidung unzumutbarer Einschränkungen der Lebensführung. Die Normen zur Aktivierung zielen hingegen auf zentrale Voraussetzungen für Marktaktivitäten. Komplementär kann ein Bereich partizipativer Eingliederung angenommen werden. Dieser umfasst politische Mitbestimmungs- und Organisationschancen, sowie soziale und kulturelle Aspekte. Aufgrund enger Zusammenhänge mit Aktivierung und Deprivation, sowie der eingeschränkten Quantifizierbarkeit, wird soziale Integration hier jedoch ausgeklammert.

Auf Basis ausgewählter Eingliederungsmerkmale kann geprüft werden, welche Datenquellen in Frage kommen. Viele relevante Merkmale werden durch EU-SILC erfasst. Zur Ermittlung möglichst robuster Ergebnisse ist es aber sinnvoll, auch weitere Datenquellen zu prüfen bzw. für die Berechnung einzelner Indikatoren heranzuziehen. Zur Verbesserung der zukünftigen Datenlage sollten auch potentiell relevante Indikatoren unabhängig von der heutigen Datenverfügbarkeit diskutiert werden.

Die geprüften Datenquellen entsprechen insgesamt den strengen Qualitätsstandards der amtlichen Statistik und liefern daher auch insgesamt sehr robuste Ergebnisse. Dennoch ist aufgrund von Stichproben- und Messfehlern meist mit gewissen Schwankungsbreiten zu rechnen. Diese sind in Qualitätsberichten zu den jeweiligen Erhebungen auch ausführlich diskutiert.¹³ Im Folgenden sollen nun die erarbeiteten Indikatoren vorgestellt werden.

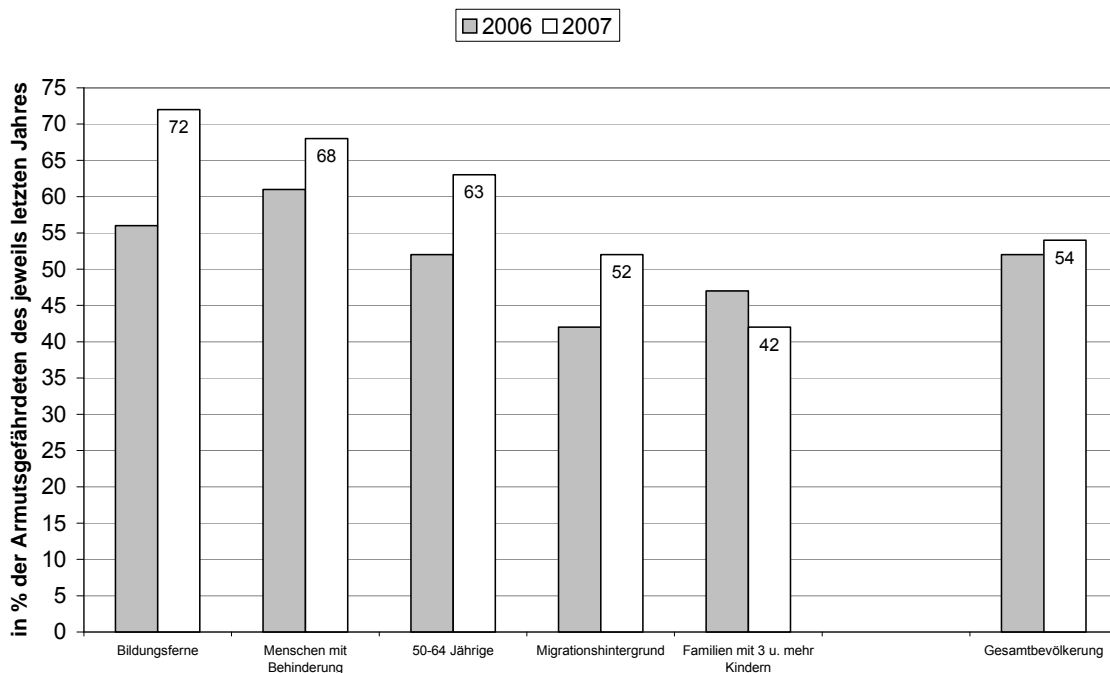
¹³ Laufend aktualisierte Qualitätsberichte sind abrufbar unter:
http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/index.html

5.2. Darstellung der ausgewählten Indikatoren

Indikator L1: Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre)

Definition: Anteil der Personen an den Armutsgefährdeten des aktuellen Jahres, deren Haushaltseinkommen bereits im Vorjahr unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Schwelle wird für jedes Jahr neu berechnet und entspricht 60% des standardisierten (äquivalisierten) Medianeinkommens (siehe Indikator L3).

Grafik 9: Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2006 – 2007

Trend: Von den insgesamt 989.000 armutsgefährdeten Menschen (SILC 2007) waren 535.000 (54%) bereits im Vorjahr gefährdet. Der Anteil der dauerhaft gefährdeten Personen ist damit geringfügig höher als im Jahr 2006. Ein deutlicher Anstieg des Dauergefährdungsanteils ist bei bildungsfernen Personen und in der Altersgruppe der 50 bis 64 jährigen sowie bei Menschen mit Behinderung festzustellen. Menschen mit Migrationshintergrund sowie kinderreiche Haushalte sind zwar besonders stark von Armutsgefährdung betroffen, der Dauergefährdungsanteil liegt hier aber deutlich unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Dauerarmutsgefährdeten mit drei oder mehr Kindern ist etwas zurückgegangen.

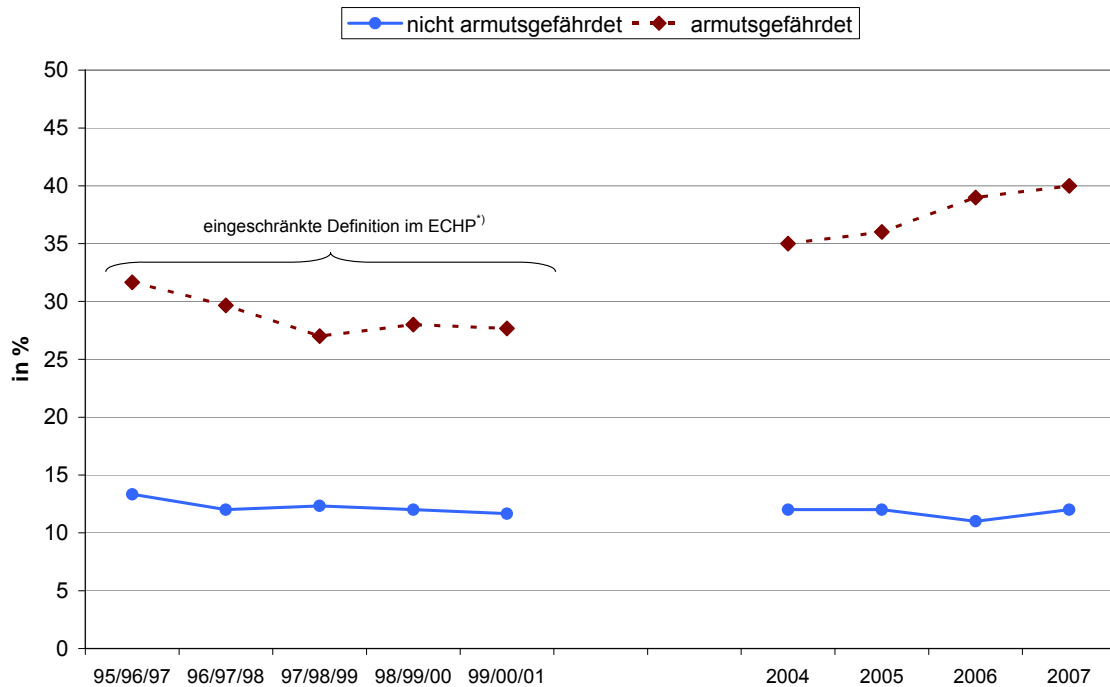
Anmerkungen: Dieser Indikator ergänzt den Leitindikator Armutsgefährdung sowie den längerfristig ausgerichteten EU-Indikator zur Dauerarmutsgefährdung in drei aus vier Jahren. Der EU-Indikator ist bisher noch nicht verfügbar. Die nationale Definition ist besser zur Beobachtung kurzfristiger Veränderungen geeignet und aufgrund einer größeren Stichprobenbasis mit einer geringeren Schwankungsbreite behaftet als der EU-Indikator. Als Komplementärmasse zur Dauergefährdung (2-Jahre) wird der Anteil der Neugefährdung verstanden. Eine alternative Bezeichnung als Neugefährdungsanteil ist daher möglich, um den nationalen Indikator vom EU-Indikator Dauerarmutsgefährdung abzugrenzen.

Indikator L2: Deprivationsquote

Definition: Anteil der Personen, die sich zumindest zwei von folgenden sieben Dingen nicht leisten können:

- 5.2.1.1. bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- 5.2.1.2. die Wohnung angemessen warm zu halten
- 5.2.1.3. Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen
- 5.2.1.4. alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen
- 5.2.1.5. unerwartete Ausgaben von 800 Euro zu bezahlen
- 5.2.1.6. einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen
- 5.2.1.7. notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Haushaltsmitglieder

Grafik 10: Deprivationsquote, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2004 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben: Die Deprivationsquote bezieht sich auf eine eingeschränkte Definition.

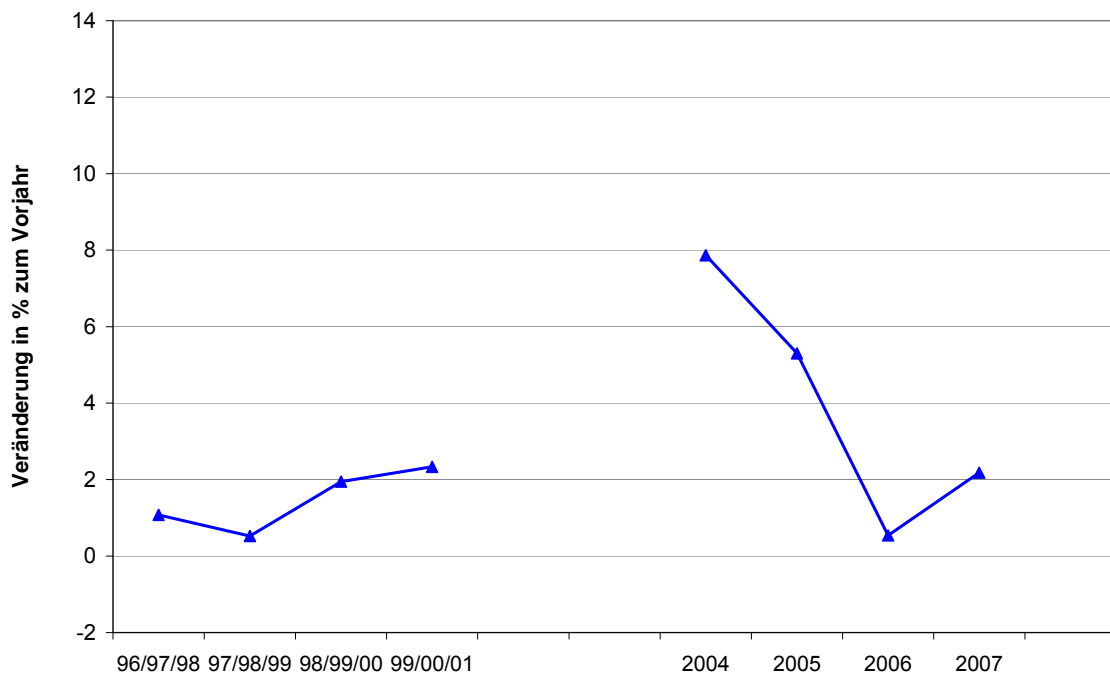
Trend: 2007 waren insgesamt 15% der Gesamtbevölkerung von finanzieller Deprivation betroffen. Im beobachteten Zeitraum blieb die Deprivationsquote für nicht armutsgefährdete Personen relativ konstant (2007: 12%). Für armutsgefährdete Personen stieg die Deprivationsquote hingegen von 35% im Jahr 2004 auf 40% im Jahr 2007.

Anmerkungen: Finanzielle Deprivation beruht auf der Einschätzung der Befragten über die insgesamt verfügbaren Ressourcen. Neben dem laufenden Einkommen können daher auch familiäre Unterstützung, öffentliche Dienstleistungen und verringerte Lebenskosten bei Wohnungseigentum, aber auch besondere Belastungen (z.B. Überschuldung, gesundheitliche Probleme, Sucht etc.) in die Bewertung einfließen. Im Gegensatz zum Einkommen werden so auch die wahrgenommenen Lebenskosten bzw. Preissteigerungen von denen Personen mit geringem Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind, berücksichtigt.

Indikator L3: Standardisiertes Medianeinkommen

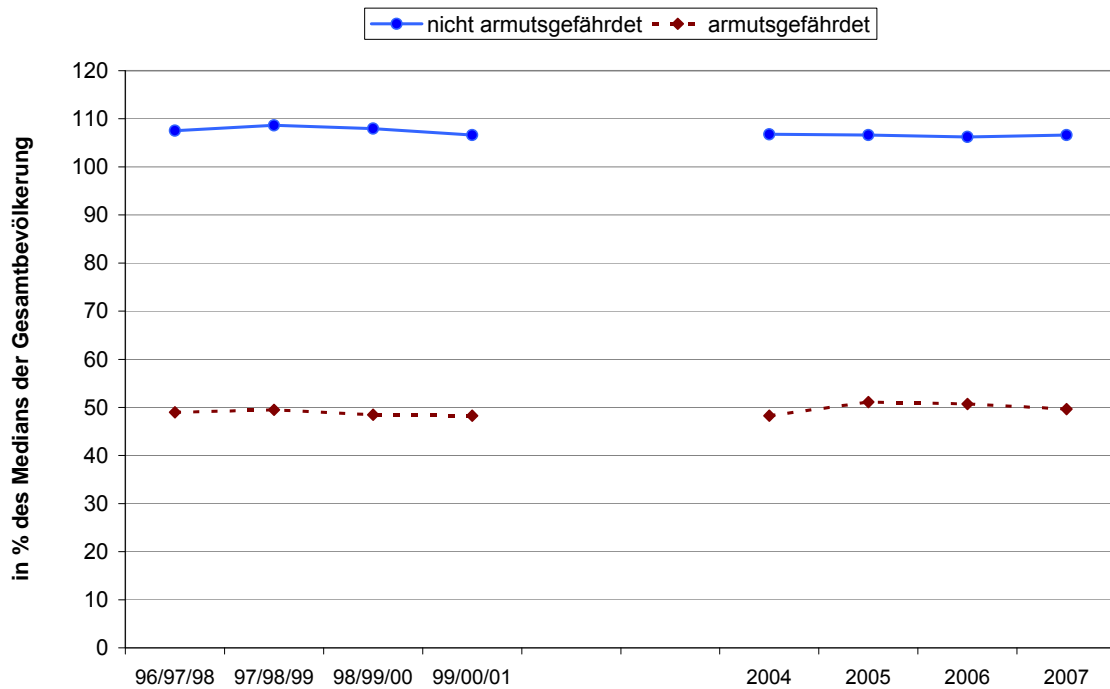
Definition: Medianwert des äquivalisierten Haushaltseinkommens einer Bevölkerungsgruppe in Prozent vom Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung sowie als Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Zur Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) werden die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt über das ganze Jahr summiert und durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird nach der EU-Skala mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet, zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt. Berücksichtigt werden alle Nettoeinkünfte in einem Jahr, d.h. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, öffentliche oder private Transferleistungen. Im Unterschied zur bisherigen, europaweit einheitlichen EU-SILC Berichterstattung werden private Pensionen als Einkommen berücksichtigt, wodurch sich geringfügige Abweichungen ergeben. Der Median wird aus der Verteilung von Personen in Haushalten berechnet: Eine Hälfte der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hat ein Einkommen unter dem Medianwert, die andere Hälfte über dem Medianwert.

Grafik 11: Veränderungsrate des standardisierten Medianeinkommens, Trend 1996-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Grafik 12: Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

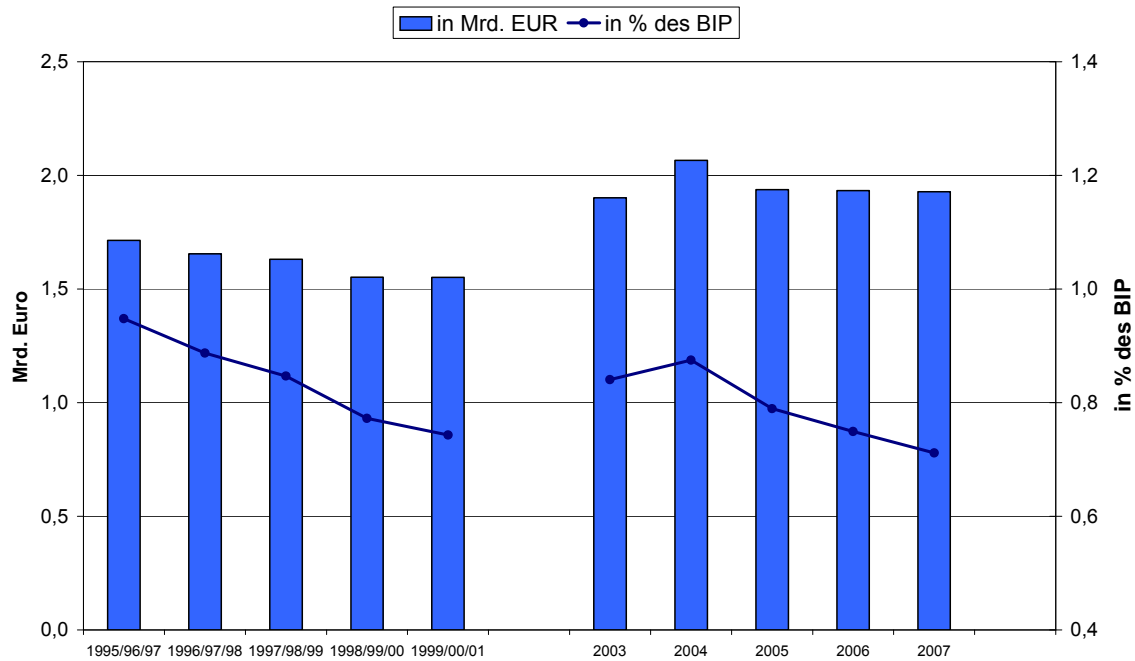
Trend: Im Jahr 2007 lag die Veränderungsrate bei etwa 2%. Im Jahr 2004 und 2005 lag die Steigerungsrate deutlich über der 2-Prozentmarke, wobei dies auch auf eine Verbesserung der Einkommenserfassung zurückzuführen ist. Das Medianeinkommen nicht armutsgefährdeter Personen liegt in den letzten Jahren relativ konstant bei 106% bis 107% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung und ist damit mehr als doppelt so hoch wie das Medianeinkommen armutsgefährdeter Personen. Armutsgefährdete Personen konnten ihre relative Lebensstandardposition allerdings im beobachteten Zeitraum von 48% auf 51% des Medianlebensstandards leicht verbessern.

Anmerkungen: Der Median des standardisierten Haushaltseinkommens spiegelt den mittleren Lebensstandard. Er dient als Richtwert für die Bemessung der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians). Eine differenzierte Betrachtung des Indikators nach Bevölkerungsgruppen gibt ein Bild der sozial unterschiedlichen Einkommenschancen. Im Zeitverlauf lässt sich beurteilen, wie stark sich das mittlere Einkommen für verschiedene Bevölkerungsgruppen verändert und inwieweit sich die Tendenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.

Indikator L4: Einkommenslücke

Definition: Die Einkommenslücke entspricht dem zusätzlichen Einkommen, das in einem Haushalt notwendig wäre, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Die Einkommenslücken aller Haushalte werden für diesen Indikator summiert und als Anteil am BIP ausgewiesen.

Grafik 13: Einkommenslücke, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Die Einkommenslücke lag im Zeitraum in den Jahren 1995 bis 2001 zwischen 1,5 und 1,7 Mrd. Euro. In dem von EU-SILC abgedeckten Berichtszeitraum lag dieser Betrag meist knapp unter 2 Mrd. Euro. Die Armutsgefährdungslücke in % des BIP sank dabei von über 0,9% des BIP auf zuletzt 0,7% des BIP.

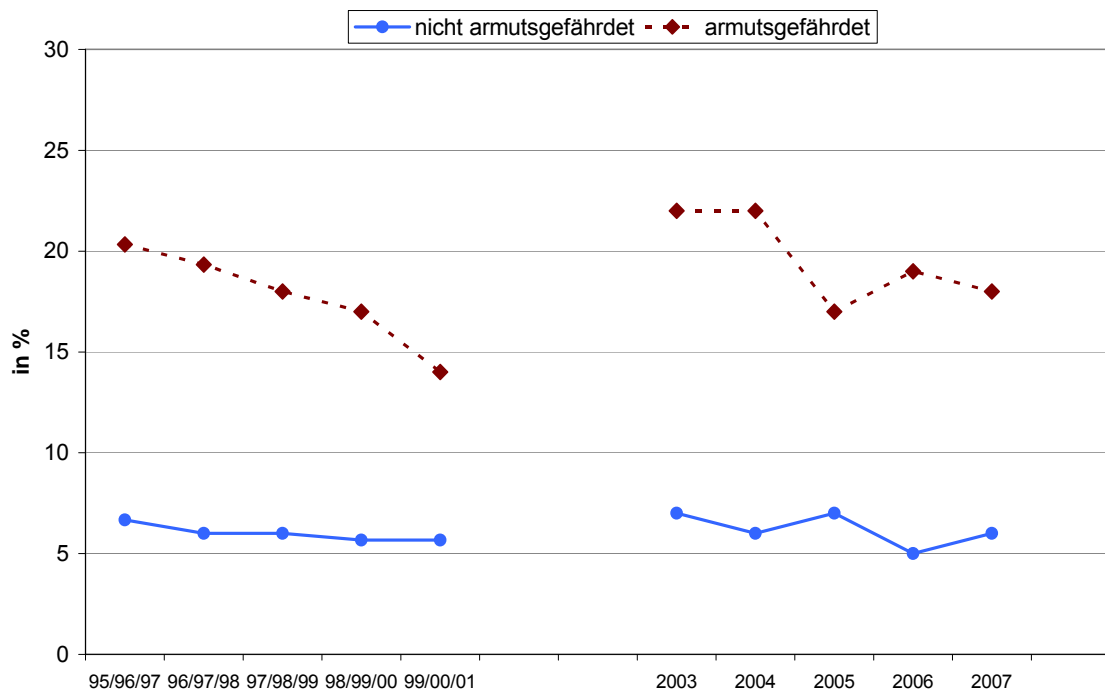
Anmerkungen: Der Indikator ergänzt den EU-Indikator zur Einkommenslücke, der die Einkommenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen beschreibt. Er veranschaulicht den Umverteilungsbedarf im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung anhand einer einfachen Kennzahl. Zugrunde liegt allerdings ein hypothetisches Szenario, bei dem Transferleistungen nur Personen unter der Gefährdungsschwelle zukommen und Personen ihr Verhalten dadurch nicht verändern.

5.3. Nationale Indikatoren zur Wohnraumversorgung in Österreich

Indikator W1: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten

Definition: Anteil der Personen in überbelegten Wohnungen. Einpersonenhaushalte werden nicht berücksichtigt. Als überbelegt gelten Wohnungen mit weniger als 2 Räumen für 2 Personen; weniger als 3 Räumen für 3 oder 4 Personen; weniger als 4 Räumen für 5 oder 6 Personen; weniger als 5 Räumen für 7 oder 8 Personen; weniger als 6 Räumen für mehr als 8 Personen. Wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt oder pro Wohnraum durchschnittlich weniger als 8 m² zur Verfügung stehen, wird in jedem Fall Überbelag angenommen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Grafik 14: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 200-2007



Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

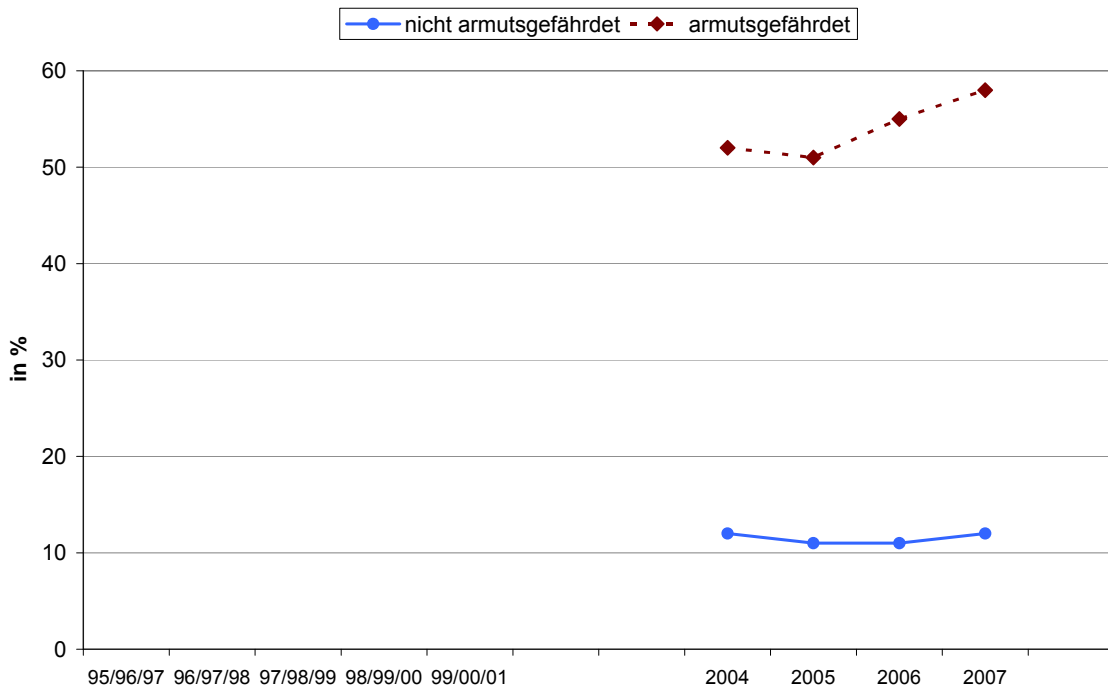
Trend: Insgesamt lebten laut EU-SILC 2007 9% der Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnung. Das sind rund 606.000 Personen. Die Überbelagsquote lag bei Armutsgefährdeten bei 18%, bei nicht armutsgefährdeten Personen bei 6%. Die Überbelagsquote ist leicht rückläufig.

Anmerkungen: Auf Basis des Mikrozensus berechnete Überbelagsquoten sind niedriger, weil dort Küchen ab einer Mindestgröße von 4m² immer als Wohnraum gezählt werden.

Indikator W2: Unzumutbarer Wohnungsaufwand

Definition: Anteil von Personen, deren Wohnungsaufwand mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr beträgt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden vom Wohnungsaufwand und vom Haushaltseinkommen abgezogen. Wohnkosten umfassen alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen), sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum. Ergänzend wird der Anteil jener Personen berechnet, deren Wohnaufwand bereits ohne Berücksichtigung von Energie- (Heizung, Strom) und Instandhaltungskosten über diesem Schwellenwert liegt.

Grafik 15: Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2004-2007. Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten, abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Trend: 2007 waren 17% der Gesamtbevölkerung bzw. rund 1,4 Millionen Menschen stark durch den Wohnungsaufwand belastet. Ohne Berücksichtigung von Energie und Instandhaltungskosten lag diese Quote bei rund 9% bzw. 664.000 Personen. Steigende Energiekosten und Mietpreise treffen Haushalte mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich stark. Unter den armutsgefährdeten Personen stieg die Betroffenheit von unzumutbarem Wohnaufwand seit 2004 von etwa 51% auf 58% im Jahr 2007 an. Bei nicht armutsgefährdeten Personen blieb diese Quote relativ konstant bei etwa 11% bis 12%.

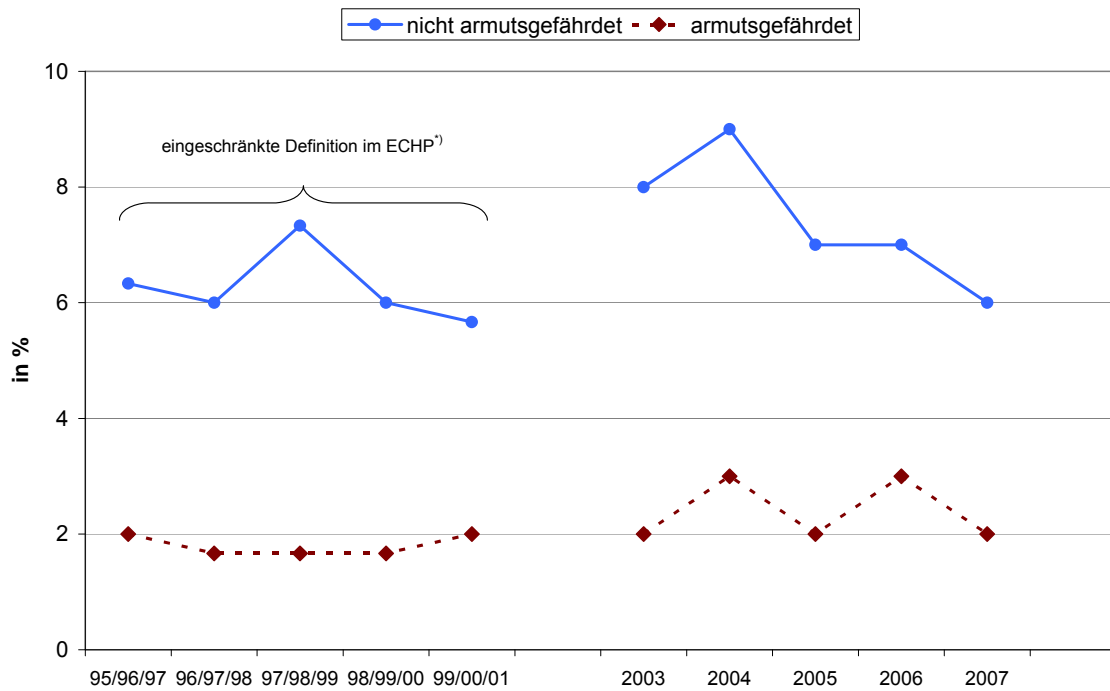
Anmerkungen: Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung von Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen. Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung 2004/2005 getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt. Unterschiede bei Energieverbrauch und -Effizienz oder Tarife können daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt werden.

Indikator W3: Prekäre Wohnqualität

Definition: Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind:

- 5.3.1.1. kein WC oder Badezimmer in der Wohnung
- 5.3.1.2. Feuchtigkeit, Schimmelbildung
- 5.3.1.3. dunkle Wohnräume
- 5.3.1.4. weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden

Grafik 16: Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Die Quoten beim Europäischen Haushaltspanel (1995-2001) beziehen sich auf mindestens zwei aus 3 Wohnproblemen, da die Frage nach der Waschmaschine hier nicht gestellt wurde. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

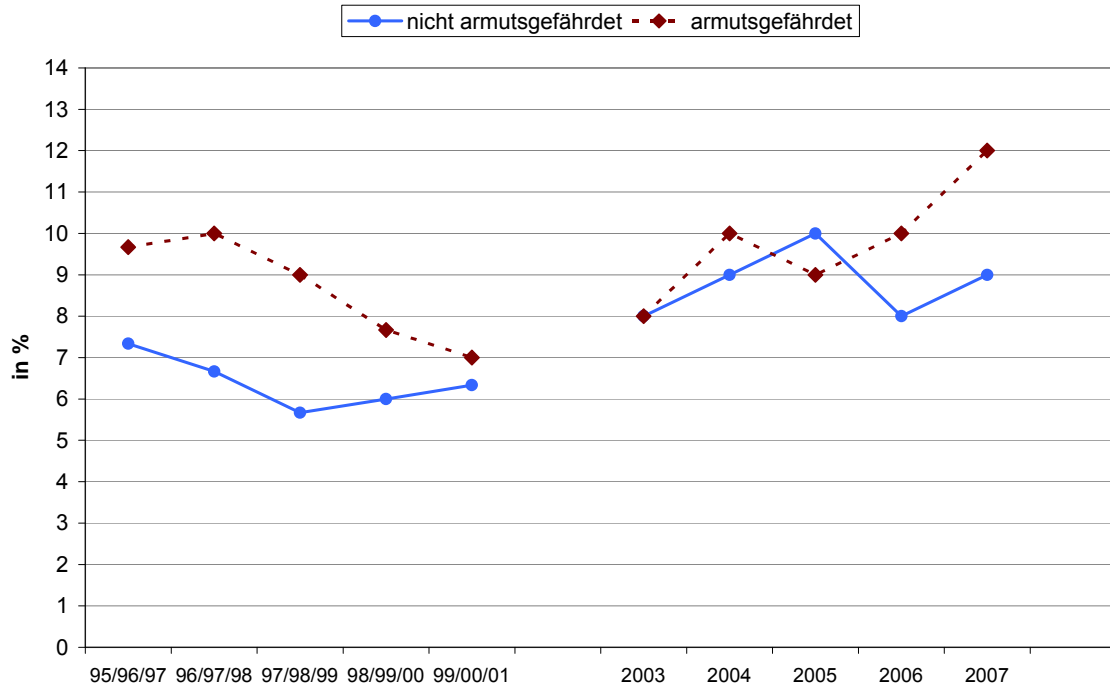
Trend: 2007 lebten rund 3% der Bevölkerung bzw. 223.000 Menschen in einer prekären Wohnsituation. 2% der nicht armutsgefährdeten Personen und 6% der armutsgefährdeten Personen waren betroffen. Während dieser Anteil bei nicht armutsgefährdeten Personen einigermaßen konstant bleibt, zeigt der Indikator seit 2004 einen kontinuierlichen Rückgang der Betroffenheit bei armutsgefährdeten Personen um rund drei Prozentpunkte.

Indikator W4: Belastung durch Wohnumgebung

Definition: Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlen:

- 5.3.1.5. Kriminalität
- 5.3.1.6. Lärm
- 5.3.1.7. Umweltverschmutzung

Grafik 17: Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Insgesamt sahen sich im Jahr 2007 rund 9% der Bevölkerung bzw. 752.000 Menschen mit Problemen in der Wohnumgebung konfrontiert. In den letzten beiden Jahren hat diese Quote vor allem für Armutsgefährdete deutliche zugenommen. Zuletzt waren 12% der armutsgefährdeten und 9% der nicht armutsgefährdeten Personen betroffen. Daten des ECHP für den Zeitraum von 1995 bis 2001 wiesen demgegenüber noch auf einen Rückgang von Wohnumgebungsproblemen für armutsgefährdete Personen hin.

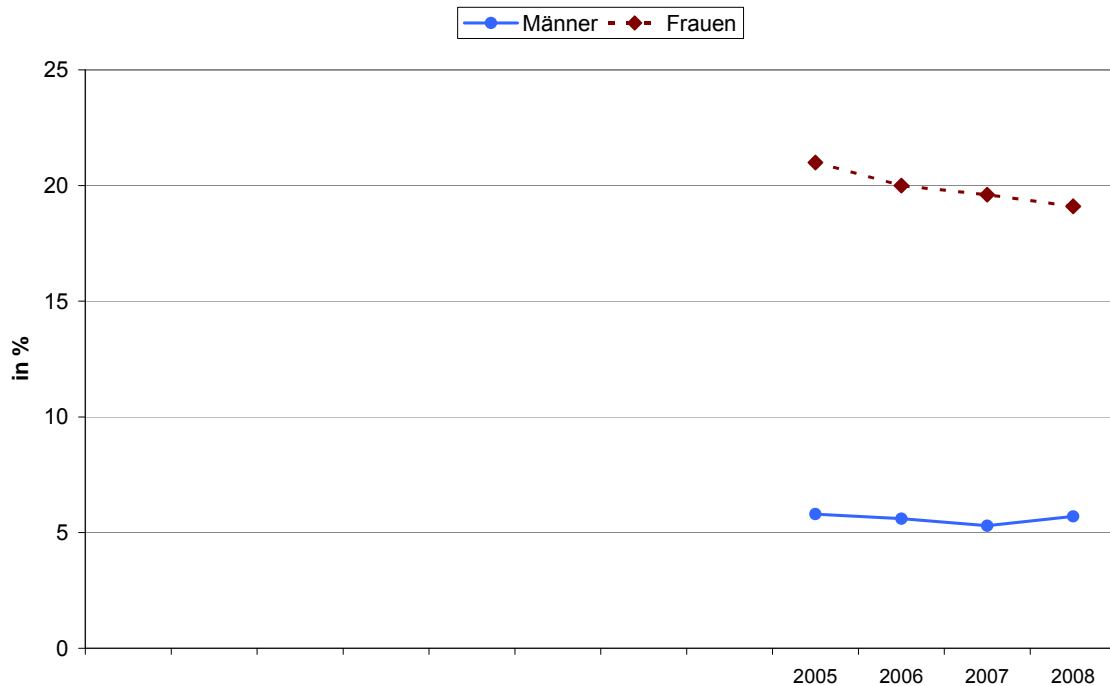
Anmerkungen: Die Berücksichtigung von Problemen in der Wohnumgebung unterstützt das Monitoring der sozialen Eingliederung in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und Segregationstendenzen. Die Datenlage ist aber insbesondere hinsichtlich der Infrastrukturversorgung eher ungünstig.

5.4. Nationale Indikatoren zur Teilnahme am Erwerbsleben

Indikator E1: Arbeitsmarktfernenquote

Definition: Anteil von Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die keine Erwerbspersonen sind. Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige sowie Arbeitlose nach ILO-Definition und Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen.

Grafik 18: Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2004-2008



Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

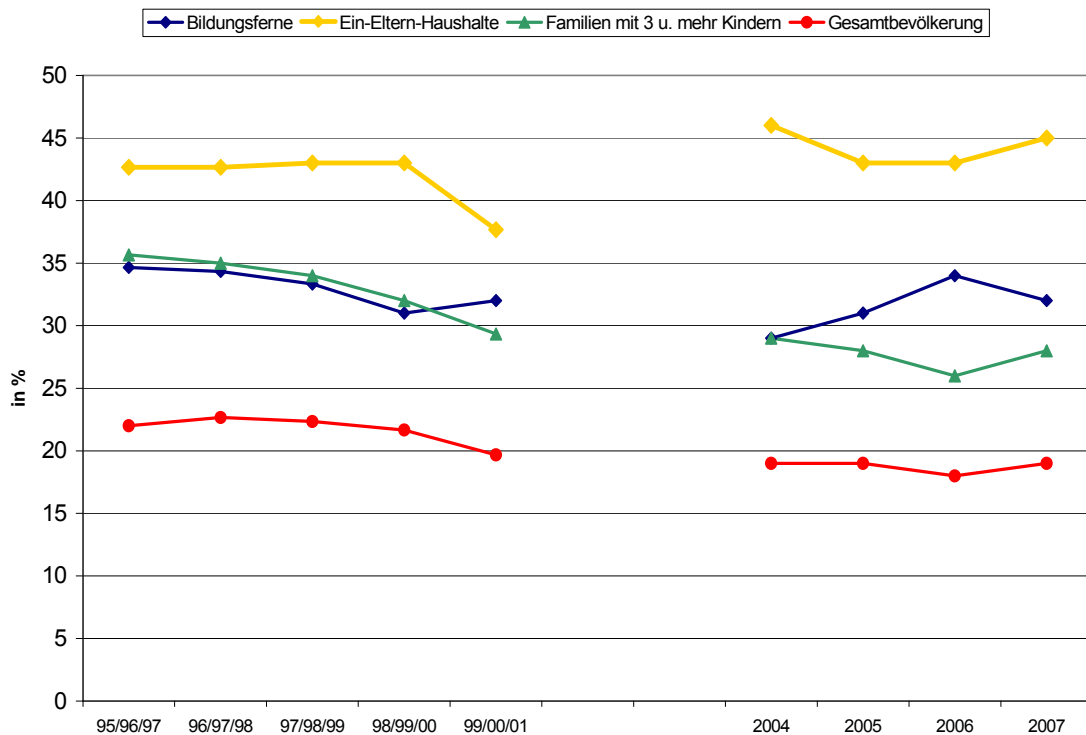
Trend: Insgesamt waren im Jahr 2008 537.000 Personen arbeitsmarktfern, das sind 12,4% der 15-64 Jährigen (ohne PensionistInnen und Personen in Ausbildung). Für Männer lag die Arbeitsmarktfernenquote seit 2005 relativ stabil zwischen 5,3% und 5,8%. Für Frauen hat sich die Arbeitsmarktfernenquote von 21,0% im Jahr 2005 auf 19,1% im Jahr 2008 verringert.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt die beiden EU-Indikatoren Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote. Der Fokus liegt auf jenen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich auch nicht im "Wartezimmer" des Arbeitsmarktes befinden oder durch Pensionseinkommen abgesichert sind.

Indikator E2: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle

Definition: Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, deren Erwerbseinkommen geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Familienleistungen (Kinderbetreuungs- und Wochengeld sowie Familienbeihilfen und Kinderabsetzbetrag) werden zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind Haushalte die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen oder alle 18-64 Jährigen, die in Ausbildung befindlich sind.

Grafik 19: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur Personen in Erwerbshaushalten. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen. Daten für das Jahr 2003 werden nicht dargestellt: Die Abgrenzung (Erwerbshaushalte von Studierendenhaushalten) war nicht möglich.

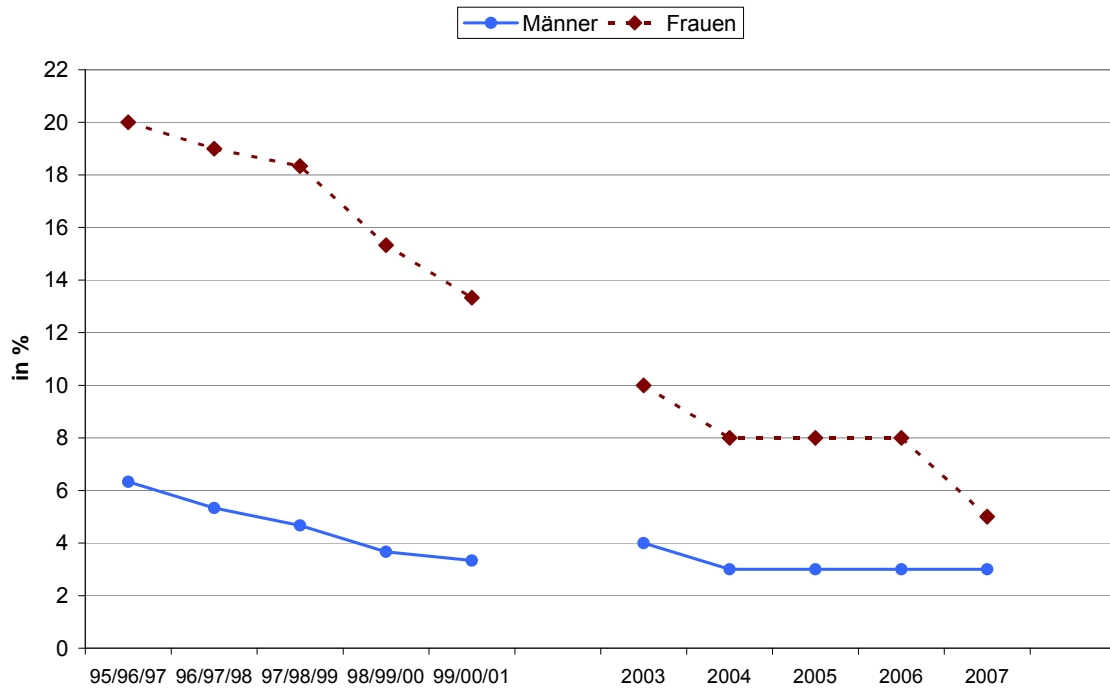
Trend: Der Anteil der Personen in Erwerbshaushalten ohne armutsfestes Erwerbseinkommen blieb relativ konstant (19-20%). Verstärkt hat sich jedoch der Grad der sozialen Differenzierung, wie etwa bei Personen in zwei- oder Mehrkindfamilien (28%) und hat sich etwas an den Bevölkerungsdurchschnitt angenähert. Alleinerziehende mit ihren Kindern (Ein-Eltern-Haushalte) waren hingegen im Jahr 2007 mit einer Quote von 45% deutlicher benachteiligt, als Mitte der 90er Jahre. In den Jahren 2004-2007 hat sich vor allem der Anteil der bildungsfernen Personen (von 29% auf 32%) erhöht, die kein armutsfestes Erwerbseinkommen erzielten.

Anmerkungen: Der Indikator identifiziert Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen bzw. Familienleistungen. Das verfügbare Einkommen einschließlich sozialer Transferleistungen und anderer Einkünfte liegt aber in vielen Fällen über der Armutsgefährdungsschwelle. In einigen Fällen kann das verfügbare Einkommen trotz armutsfester Erwerbseinkommen aufgrund von geleisteten Transferleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen) oder Steuernachzahlungen auch unter der Gefährdungsschwelle liegen.

Indikator E3: Niedrigstundenlohnquote

Definition: Anteil der unselbständig erwerbstätigen Personen, die weniger als 5,77 Euro pro Stunde Normalarbeitszeit verdienen. Der Stundenlohn entspricht einem Monatslohn von 1.000 Euro Brutto monatlich, 14 x pro Jahr und schließt daher Sonderzahlungen und bezahlte Urlaubszeiten ein. Nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden gehen in die Berechnung ein.

Grafik 20: Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normmalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Trend: Im Vergleich zum nominellen, nicht preisbereinigten Stundenlohn, zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme im Beobachtungszeitraum von der vor allem Frauen profitiert haben. Mitte der 1990er Jahre hatten noch 10% der Frauen und 6% der Männer einen Bruttostundenlohn von weniger als 5,77 Euro (rund 80 Schilling). Im Jahr 2007 blieben immerhin noch 65.000 Frauen (5%) und 55.000 Männer (3%) unter diesem Schwellenwert.

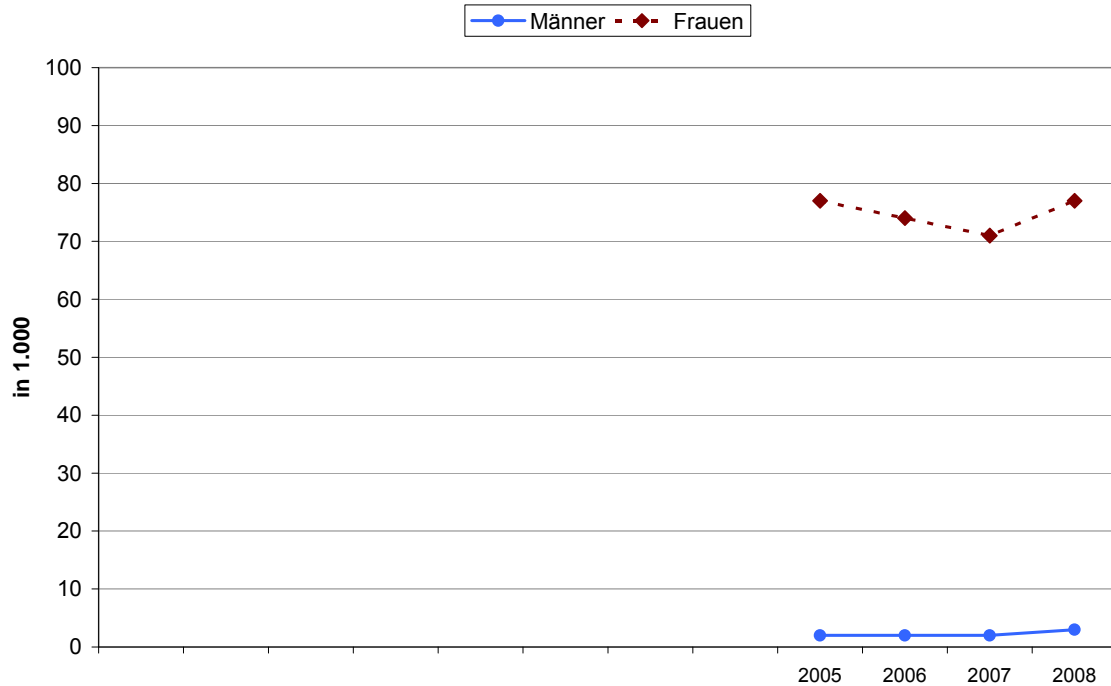
Anmerkungen: In Österreich haben Tarifvereinbarungen der Sozialpartner eine große Bedeutung, weshalb dieser Indikator auf den politisch geforderten Mindestlohn von 1.000 €Brutto für Vollzeitbeschäftigte abgestimmt wird. Nicht alle Beschäftigten fallen aber unter den Kollektivvertrag, insbesondere bei geringfügiger oder befristeter Beschäftigung sowie bei freien DienstnehmerInnen. Differenziertere Schätzungen (z.B. nach Branchen) sind auf Basis der Verdienstrukturhebung¹⁴ bzw. in Zukunft auch auf Basis des Mikrozensus möglich.

¹⁴Siehe: http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=85465&dDocName=036307

Indikator E4: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

Definition: Zahl der 15-64 Jährigen, die nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.

Grafik 21: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008



Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Hochgerechnete Anzahl der 15-64 Jährigen die Frage „Wenn es entsprechende Betreuungseinrichtungen gäbe, würden Sie dann Vollzeit arbeiten“ oder die Frage „Vorausgesetzt, es gäbe entsprechende Betreuungseinrichtungen: Würden Sie dann arbeiten wollen?“ bejaht haben.

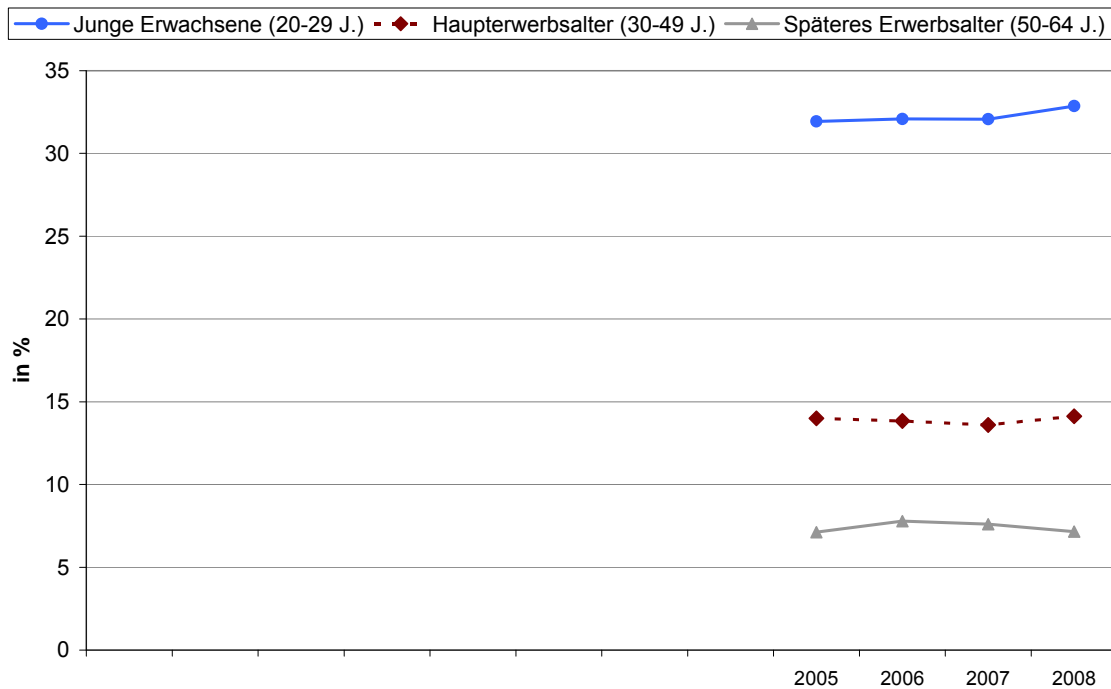
Trend: Einschränkungen der Erwerbstätigkeit aufgrund von fehlenden, angemessenen Betreuungsplätzen für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige betreffen fast ausschließlich Frauen. Von den 79.000 im Jahr 2008 betroffenen Personen waren 77.000 Frauen. Die Zahl blieb in den letzten Jahren fast unverändert.

5.5. Nationale Indikatoren zu den Bildungschancen in Österreich

Indikator B1: Bildungsaktivität

Definition: Anteil der Personen ab 15 Jahren in schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung.

Grafik 22: Bildungsaktivität, Trend 2005-2007



Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Trend: Der Anteil bildungsaktiver Personen lag in den letzten Jahren bei etwa 18% der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Insgesamt waren 2008 rund 1,3 Millionen Menschen über 15 Jahren bildungsaktiv (673.000 Frauen, 596.000 Männer). Die Häufigkeit von Bildungsaktivitäten ist in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen am höchsten (33%). Im Haupterwerbsalter nehmen 14% an Bildungsaktivitäten teil, im späteren Erwerbsalter etwa 7%. Eine Ausweitung der Bildungsaktivität ist im Beobachtungszeitraum nicht feststellbar.

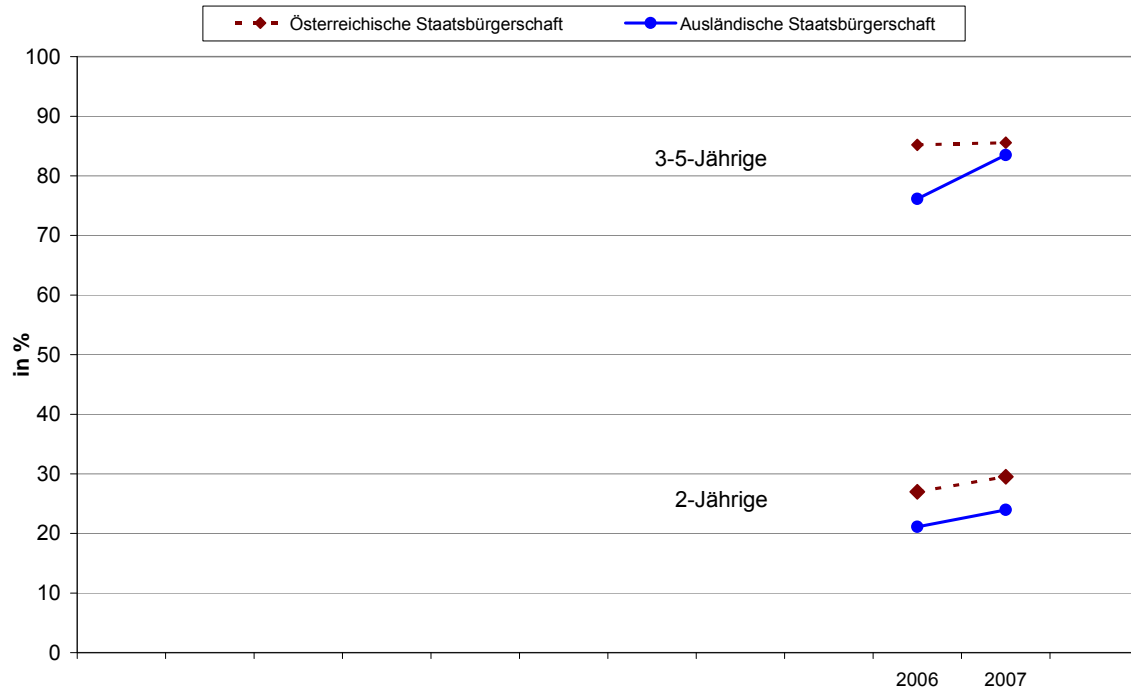
Anmerkungen: Im Unterschied zum EU-Strukturindikator "Lebenslanges Lernen", der sich auf die Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren bezieht, wird hier die "Bildungsaktivität" für alle Personen ab 15 Jahren berücksichtigt. Detailliertere Befunde zur Bildungsaktivität nach dem Ende der gesetzlichen Schulpflicht stehen auch aus dem 2008 erstmals in Österreich durchgeführten Adult Education Survey (AES) zur Verfügung.¹⁵

¹⁵Siehe http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=86056&dDocName=036431

Indikator B2: Vorschulbildungschancen

Definition: Anteil der Kinder bis 5 Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder eine alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Grafik 23: Vorschulbildungschancen, Trend 2005-2007



Q: Statistik Austria, Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres, Kindertagesheimstatistik, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9. des Jahres), 5-Jährige SchülerInnen, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt (2007 567 Kinder). Der Anteilswert für 5-Jährige ist leicht nach unten verzerrt weil 5-Jährige, die bereits die Schule besuchen in die Basis der Berechnung eingehen. *ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

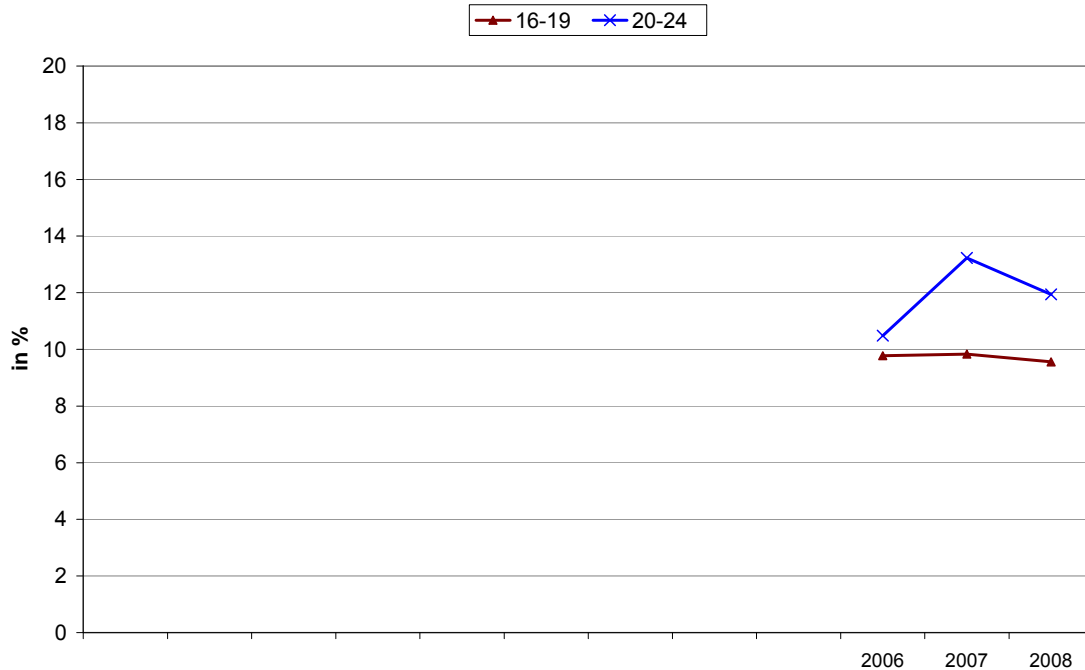
Trend: In der Gruppe der 3-5 Jährigen haben 2007 84,6% bzw. 205.100 Kinder eine Vorschulbildungseinrichtung besucht. Die Vorschulbildungsquote hat sich damit gegenüber dem Jahr 2006 (83,3%) etwas erhöht und Unterschiede nach Staatsbürgerschaft haben sich um 6 % verringert. Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben weiterhin eine geringere Vorschulbildungsquote (83,5%) als Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (86,5%). Die Betreuungsquoten für 2-Jährige liegen mit einem Wert von 26,6% im Jahr 2007 wesentlich niedriger, sind aber ebenfalls höher als noch im Jahr 2006 (24,4%). Bei den 2-jährigen Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegen die Vorschulbildungschancen weiterhin um 5,5% unter jenen der 2-Jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Anmerkungen: Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung begünstigt den individuellen Bildungserfolg. Dies gilt speziell für Kinder mit fremder Muttersprache und kann hier auch besonders zur Entlastung der weiterführenden Bildungseinrichtungen beitragen. Da das Merkmal der Muttersprache in der Kindertagesheimstatistik nicht für alle Kinder erfasst ist, wird der Indikator nach der Staatsbürgerschaft der Kinder ausgewiesen. Die für die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Müttern erforderliche Betreuung von Kindern erfolgt wesentlich auch außerhalb der hier berücksichtigten Bildungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter usw.).

Indikator B3: Bildungsferne Jugendliche

Definition: Anteil der 16 bis 24 Jährigen, die keine Bildungseinrichtung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS, oder Matura) oder höher besuchen oder abgeschlossen haben.

Grafik 24: Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008



Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Nur 16-24-Jährige.

Trend: Insgesamt lag die Quote der Bildungsfernen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2008 bei 10,8%. Das sind rund 100.000 Jugendliche. In der Altersgruppe der 20-24-Jährigen hat die Quote in den letzten Jahren etwas zugenommen und liegt mit 11,8% etwas höher als bei den 16-19 Jährigen (9,6%).

Anmerkung: Dieser Indikator ergänzt den EU-Strukturindikator Bildungsstand der Jugendlichen (20-24 Jährige). Das später erzielte Qualifikationsniveau hängt dabei unmittelbar von der Bildungsbeteiligung unmittelbar nach dem Pflichtschulalter ab, die in diesem Indikator (sowie B1 „Bildungsaktivität“) besonders berücksichtigt wird.

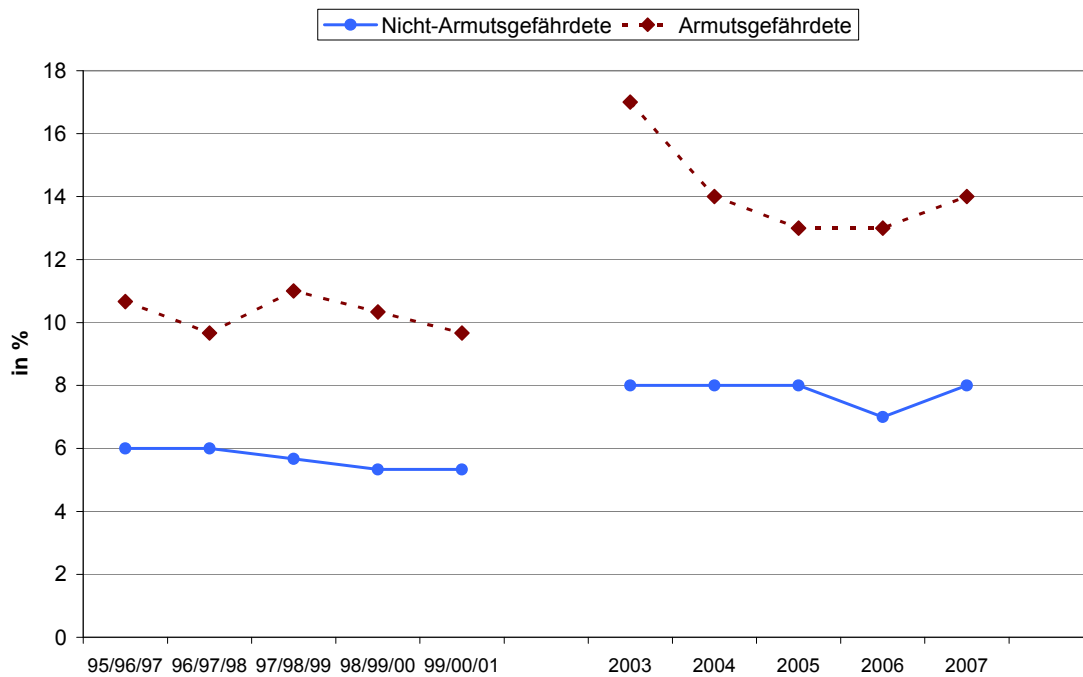
5.6. Nationale Indikatoren zur Gesundheitsversorgung in Österreich

Indikator G1: Gesundheitsprobleme

Definition: Anteil der Personen ab 16 Jahren mit zwei oder mehr der folgenden gesundheitlichen Probleme:

- 5.6.1.1. sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung)
- 5.6.1.2. chronische Krankheit
- 5.6.1.3. starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung (oder Behinderung) seit mindestens einem halben Jahr

Grafik 25: Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007



Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur Personen ab 16 Jahren.

Die Definition von „Behinderung“ ist zwischen ECHP (1995-2001) und SILC (2003-2007) nicht vergleichbar. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

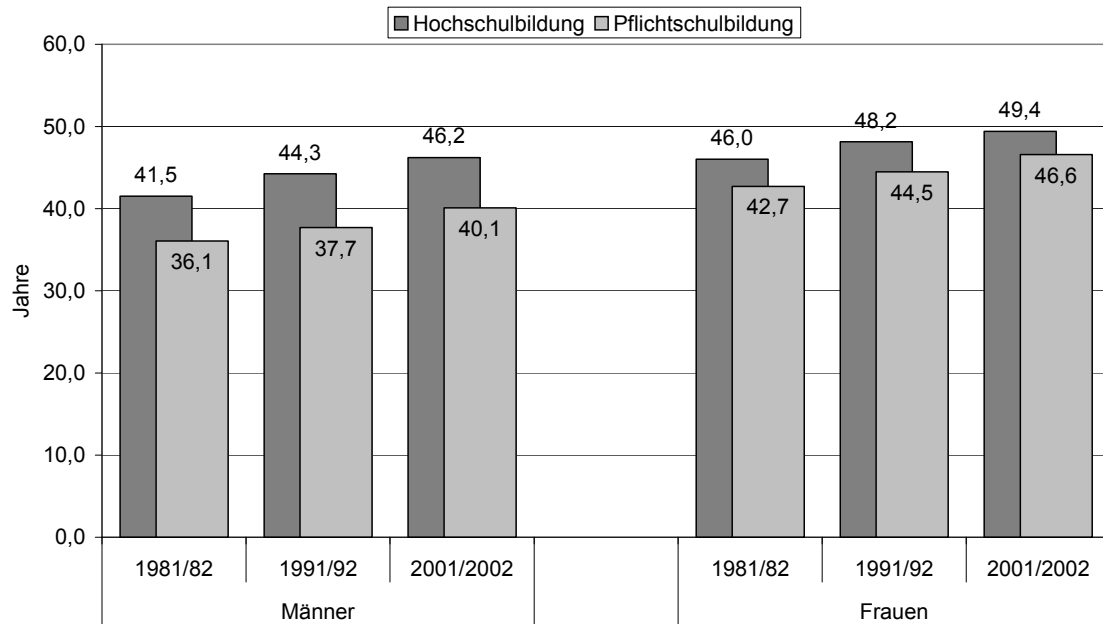
Trend: 2007 waren insgesamt 596.000 Personen bzw. 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren gesundheitlich beeinträchtigt. Armutsgefährdete (2007: 14%) sind im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen als nicht armutsgefährdete Personen (2007: 8%).

Anmerkungen: Aufgrund der unterschiedlichen Definition von „Behinderung“ sind die Daten des ECHP nicht mit jenen aus SILC vergleichbar.

Indikator G2: Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

Definition: Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht, und kann in Zukunft jährlich berechnet werden.

Grafik 26: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2



Q: Statistik Austria, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

Trend: Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist der Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung ist um 6 Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen beträgt der Unterschied 2,8 Jahre.¹⁶

¹⁶ Detaillierte Auswertungen der Statistik Austria sind publiziert in: Statistische Nachrichten 11/2007, S 1010-1022.

6. Literaturverzeichnis

- Atkinson, Antony B. (1989): *Poverty and Social Security*. Harvester Wheatsheaf: New York [u.a.].
- Atkinson T. et al. (2002). *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*, Oxford University Press. New York.
- Atkinson, T./ Marlier, E./ Nolan, B. (2004). 'Indicators and Targets for Social Inclusion in the European Union', *Journal of Common Market Studies*, Vol 42 (1) p47–75
- Callan, T./Nolan, B./Whelan C. T. (1993). Resources, Deprivation and the Measurement of Poverty. *Journal of Social Policy*, 1993, 22, (2), 141-172.
- Deaton, Angus (1980): *The Measurement of Welfare. Theory and Practical Guidelines*. Living Standard Measurement Survey, Working Paper Nr. 7. The World Bank: Washington D.C.
- Grootaert, Christian (1985): *The Conceptual Basis of Measures of Household, Welfare and their Implied Survey Data Requirements*. LSMS Working Paper Nr. 19, The World Bank: Washington, D.C.
- Haddad, Lawrence und Kanbur, Ravi (1990): How Serious is the Neglect of Intra-Household-Inequality? *Economic Journal*, Vol. 100, 866-881.
- Halleröd, Björn; Larsson, Daniel; Gordon, David und Ritakallio, Veli-Matti (2006): Relative Deprivation: a comparative analyses of Britain, Finland and Sweden. *Journal of European Social Policy*, Vol. 16, 4, 328-345.
- Henke, J./ Till, M./ Schrittwieser, K./ Wagner-Pinter, M. (2008). *Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitischer Intervention*. *Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich*. Arbeitspapier 3. Wien.
- Krämer, W. (1997). *Statistische Probleme bei der Armutsmessung*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Nomos-Verlag. Baden-Baden.
- Kernbeiß, G./ Lehner, U./ Wagner-Pinter, M. (2008). *Armut im Lichte des Haushaltspanels*. *Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich*. Arbeitspapier 2. Wien.
- Leu, Robert E. (1999): Messung von Armut – Konzepte der Armutsmessung. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): *Armut verstehen – Armut bekämpfen*, Bundesamt für Statistik: Neuchâtel, 39-62.
- Leu, Robert E.; Burri, Stefan und Priester, Tom (1997): *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. 2. Auflage, Haupt Verlag: Bern.
- Palmer, G./Mohibur R. (2002). *Monitoring Progress on Poverty. A Policy Guide on the Use of Social Indicators*. New Policy Institute
- Piachaud, David (1992): Wie misst man Armut? In: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrg.): *Armut im Wohlfahrtsstaat*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 32, 63-87.
- Ravaillion, Martin (1994): *Poverty, Comparisons, Fundamentals of Pure and Applied Economics*. Harwood Academic: Chur
- Raveaud, G. / Salais, R. (2001). Fighting against Social Exclusion in a European Knowledge-based Society: What Principles of Action? In Mayes, D./ Berghman, J./ Salais, R. (Hrg.): *Social Exclusion and European Policy*. Edward Elgar: Cheltenham.
- Ringens, S. (1988). Direct and Indirect Measures of Poverty. *Journal of Social Policy*, 1988, 17, (3), 351-365.

- Rowntree, B. S. (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.
- Schneidewind, Peter et al. (1985). *Mindestlebensstandard in Österreich*. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 11. Wien: BMSV.
- Sen, Amartya K. (1997d). *Inequality, unemployment and contemporary Europe*. *International Labour Review*, Vol. 136, 2, 155-172.
- Statistik Austria (2005). *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.
- Statistik Austria (2006). *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Ergebnisse aus EU-SILC 2004 in Österreich. Wien.
- Statistik Austria (2007). *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Ergebnisse aus EU-SILC 2005 in Österreich. Wien.
- Statistik Austria (2008). *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 in Österreich. Wien.
- Stromberger, G. (1977). *Die verleugnete Armut*. Österreichische Gesellschaft für Wirtschaftssoziologie. Wien.
- Till, M./ Henke, J./ Schrittwieser K. (2008). *Indikatorenkatalog*. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 4.. Wien.
- Till, M./ Wagner-Pinter, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). *Indikatoren für ein Monitoring des Strategieberichtes zu Sozialschutz und Soziale Eingliederung*. Endbericht. Wien.
- Till, M./ Datler, G. (2009). *Indikatoren 1995-2008*. Armutslagen und Chancen der Eingliederung in Österreich. Wien.
- Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005). *Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003*. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. 207-232.
- Till, M; Till-Tentschert, U. (2007), "Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung ? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen, *Angewandte Sozialforschung* 25/1.
- Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). *Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich*. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Wien.
- Townsend, P. (1979). *Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living*. Berkeley, University of California.

7. Tabellenteil zu den nationalen Indikatoren

Definition der Kontextvariablen

Bildungsferne: Personen ab 16 Jahren, die keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) besuchen und keiner diese Ausbildungen bereits abgeschlossen haben.

Migrationshintergrund: Personen ohne österreichische oder EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft und eingebürgerte Personen mit vormals Nicht-EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft. Die Beschränkung auf EU15 wird in Zeitreihen konsequent angewendet, d.h. die neuen Mitgliedsstaaten werden hier nicht berücksichtigt.

Menschen mit Behinderung: Subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert. Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Ein-Eltern-Haushalte: Alle Personen (Erwachsene und abhängige Kinder/Jugendliche), die in einem Haushalt leben, der aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind oder abhängigen Jugendlichen besteht. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen, als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit 3 u. mehr Kindern: Alle Personen in Haushalten mit zwei (oder mehreren) Erwachsenen und drei (oder mehreren) abhängigen Kindern/Jugendlichen. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen (SILC) bzw. alle unter 15-Jährigen (MZ), als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige (SILC) bzw. 15-26-Jährige (MZ), die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit Kindern unter 4 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen das jüngste Kind unter 4 Jahren alt ist.

Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen mindestens ein Kind zwischen 4 und 16 Jahren lebt.

Armutsgefährdete: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

prekärer Wohlstand: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen zwischen 60% und 70% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Finanzielle Deprivation: Mangelnde Teilhabe am Mindestlebensstandard. Betroffene können sich mindestens zwei der folgenden Merkmale nicht leisten:

- Die Wohnung angemessen warm zu halten,
- Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen,
- Notwendige Arzt oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen,
- Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren,
- Neue Kleidung zu kaufen,
- Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vegetarische Speisen zu essen,
- Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Teilhabemangel: Das Einkommen liegt über der Armutsgefährdungsschwelle, aber finanzielle Deprivation ist feststellbar.

Manifeste Armut: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf.

Langzeitarbeitslose: Personen, die bereits 12 Monate oder länger arbeitslos sind (ILO-Definition).

Indikator L1: Dauerarmutsgefährdungsanteil

Empirisches Profil 2007

Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	finanziell depriviert
Insgesamt	54	72	52	68	44	42	37	40	60
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	40	-	(42)	-	42	(43)	(35)	40	(43)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	52	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	49	(60)	(51)	-	(52)	(45)	(40)	41	(52)
50-64 Jährige	63	(74)	-	(75)	-	-	-	-	(76)
Pensionsalter (65+)	71	77	-	(63)	-	-	-	-	79
Männer	52	67	55	(62)	(46)	(43)	(38)	42	61
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	43	-	(48)	-	(45)	(46)	(38)	43	(44)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	50	-	-	-	-	-	-	(40)	(55)
50-64 Jährige	(62)	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	66	(71)	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	55	74	49	71	43	(41)	(35)	38	59
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	37	-	-	-	(40)	(39)	-	(36)	(41)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(52)	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	49	(64)	(51)	-	(49)	-	-	(42)	(50)
50-64 Jährige	64	(74)	-	-	-	-	-	-	(74)
Pensionsalter (65+)	72	78	-	(63)	-	-	-	-	78

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1996-2007

Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01	2006	2007
Insgesamt	58	63	64	61	52	54
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	53	58	56	54	43	40
Junge Erwachsene (19-29 J.)	53	57	54	54	50	52
30-49 Jährige	54	57	61	54	45	49
50-64 Jährige	60	67	64	60	52	63
Pensionsalter (65+)	70	74	78	76	74	71
Männer	57	63	63	59	51	52
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	56	61	60	56	43	43
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(52)	(62)	(58)	(54)	(60)	-
30-49 Jährige	52	55	61	53	44	50
50-64 Jährige	(65)	(71)	(66)	(62)	(52)	(62)
Pensionsalter (65+)	(67)	(70)	(74)	(71)	(76)	66
Frauen	59	63	64	62	53	55
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	50	54	52	52	44	37
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(55)	(54)	(50)	(53)	(40)	(52)
30-49 Jährige	55	59	61	55	47	49
50-64 Jährige	56	64	62	58	52	64
Pensionsalter (65+)	71	76	80	78	73	72

Q: Statistik Austria EU-SILC 2005 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Die auf Basis des ECHP für den Zeitraum von 1996 bis 2001 berechneten Dauergefährdungsquoten sind aufgrund der Stichprobenstruktur und der Gewichtung nicht direkt mit dem aktuellen, aus SILC berechneten Indikator vergleichbar. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	2006	2007
Gesamtbevölkerung	52	54
Bildungsferne	56	72
Migrationshintergrund	42	52
Menschen mit Behinderung	61	68
Ein-Eltern-Haushalte	(32)	44
Familien mit 3 u. mehr Kindern	47	42
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	43	37
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	50	40
finanziell depriviert	57	60

Q: Statistik Austria EU-SILC 2005-2007, eigene Neugewichtung. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator L2: Deprivationsquote

Empirisches Profil 2007

Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)	Indikatoren											
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	60% bis unter 120% des Medians
Insgesamt	15	27	30	31	32	15	17	16	12	40	24	16
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	16	(32)	33	-	33	15	18	17	13	37	20	16
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	41	31	-	(29)	(23)	21	21	13	44	(33)	19
30-49 Jährige	14	28	26	42	31	13	13	15	11	40	22	16
50-64 Jährige	13	24	35	32	-	-	-	(15)	9	46	(26)	15
Pensionsalter (65+)	16	24	-	27	-	-	-	-	12	38	29	16
Männer	14	30	29	29	30	15	15	15	11	40	23	15
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	16	-	33	-	31	14	16	16	12	38	(17)	15
Junge Erwachsene (19-29 J.)	16	(39)	(32)	-	-	-	(25)	(21)	13	(46)	-	19
30-49 Jährige	13	34	24	(35)	-	(13)	(11)	13	11	37	(21)	15
50-64 Jährige	12	(28)	(33)	(35)	-	-	-	-	8	(46)	-	14
Pensionsalter (65+)	12	24	-	(21)	-	-	-	-	10	(33)	(30)	14
Frauen	16	25	31	33	32	16	18	17	12	41	25	17
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	17	-	33	-	34	16	19	17	14	36	(23)	17
Junge Erwachsene (19-29 J.)	18	(44)	(30)	-	-	-	(19)	(20)	13	(43)	-	19
30-49 Jährige	15	25	29	48	31	(13)	16	16	12	42	(22)	17
50-64 Jährige	14	22	(36)	(30)	-	-	-	-	10	46	(28)	16
Pensionsalter (65+)	19	24	-	30	-	-	-	-	14	40	(28)	17

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01	2004	2005	2006	2007
	Insgesamt	16	14	14	14	13	15	15	14
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	19	17	17	17	16	17	17	16	16
Junge Erwachsene (19-29 J.)	16	15	14	13	13	15	16	15	17
30-49 Jährige	15	13	13	13	12	15	15	13	14
50-64 Jährige	12	11	12	11	11	13	13	13	13
Pensionsalter (65+)	16	15	14	14	15	14	15	15	16
Männer	15	14	13	13	12	14	14	13	14
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	19	17	17	16	15	18	16	16	16
Junge Erwachsene (19-29 J.)	15	15	14	15	14	15	16	16	16
30-49 Jährige	14	13	12	12	11	15	14	12	13
50-64 Jährige	11	10	10	10	9	13	13	12	12
Pensionsalter (65+)	11	11	11	12	12	8	11	11	12
Frauen	17	15	15	15	15	15	16	15	16
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	19	17	18	18	18	15	18	17	17
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	15	14	13	13	16	17	15	18
30-49 Jährige	15	14	14	15	14	15	15	14	15
50-64 Jährige	13	13	13	13	12	12	13	13	14
Pensionsalter (65+)	19	17	16	15	17	17	19	18	19

Q: Statistik Austria EU-SILC 2004 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben, deshalb bezieht sich die Deprivationsquote hier auf eine eingeschränkte Definition in Bezug auf eines von fünf Merkmalen. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für den ECHP-Indikator (1995-2001) mit einer geringeren Fallzahl Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

ARMUTSLAGEN UND CHANCEN FÜR EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)						2004	2005	2006	2007
	95/96	97/96	97/98	97/98	98/99	99/00	99/00	00/01	
Gesamtbevölkerung	16	14	14	14	13	15	15	14	15
Bildungsferne	21	19	18	19	19	22	26	26	27
Migrationshintergrund	29	22	20	18	17	34	28	28	30
Menschen mit Behinderung	25	23	23	22	20	26	26	27	31
Ein-Eltern-Haushalte	29	25	26	27	27	34	31	32	32
Familien mit 3 u. mehr Kindern	25	21	19	17	19	19	18	14	15
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	17	15	14	14	15	18	18	17
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	17	17	17	17	16	16	15	14	16
Nicht-Armutgefährdete	13	12	12	12	12	12	12	11	12
Armutgefährdete	32	30	27	28	28	35	36	39	40
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	28	27	26	23	21	27	26	28	24
60% bis unter 120% des Medians	17	16	16	15	14	16	16	14	16
über 120% des Medians	7	5	5	6	7	4	6	5	4
60% bis unter 180% des Medians	14	13	13	13	12	13	13	12	13
über 180% des Medians	(4)	(3)	(3)	(3)	(4)	(3)	5	(2)	(3)
oberstes Einkommensfünftel	7	5	6	6	7	4	5	3	2
unterstes Einkommensfünftel	31	30	27	26	25	32	32	35	34

Q: Statistik Austria EU-SILC 2004 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben, deshalb bezieht sich die Deprivationsquote hier auf eine eingeschränkte Definition in Bezug auf eines von fünf Merkmalen. Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für den ECHP-Indikator (1995-2001) mit einer geringeren Fallzahl Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Indikator L3: Standardisiertes Medianeinkommen

Empirisches Profil 2007

Medianeinkommen in % vom Median der Bevölkerung													
	Gesamtbevölkerung	Bildungsfeme	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	100	83	77	89	75	81	86	94	107	50	65	85	49
Kinder (<19 Jahre)	91	88	71	-	71	81	84	91	96	49	65	83	48
Junge Erwachsene (19-29 J.)	104	80	81	(92)	76	81	84	96	110	43	66	88	38
30-49 Jährige	105	85	80	89	78	82	91	97	110	48	65	88	48
50-64 Jährige	110	86	80	91	(101)	85	104	104	117	50	66	85	48
Pensionsalter (65+)	94	80	77	88	-	(92)	(91)	95	102	53	65	78	53
Männer	102	84	77	92	76	81	87	96	108	49	65	85	48
Kinder (<19 Jahre)	91	(95)	71	-	73	80	84	92	97	49	65	83	49
Junge Erwachsene (19-29 J.)	108	80	85	(97)	(112)	(81)	84	100	114	43	(65)	92	(45)
30-49 Jährige	106	82	81	94	-	81	92	98	110	47	65	86	46
50-64 Jährige	112	85	80	89	-	(85)	(103)	106	119	51	67	86	(44)
Pensionsalter (65+)	101	82	(77)	95	-	-	-	(88)	105	53	65	77	(53)
Frauen	98	82	75	86	74	81	86	93	105	50	65	85	50
Kinder (<19 Jahre)	90	78	71	-	69	81	85	90	96	48	65	84	46
Junge Erwachsene (19-29 J.)	99	80	75	-	65	80	82	93	107	45	66	82	(36)
30-49 Jährige	103	86	77	86	78	83	91	95	109	49	65	88	48
50-64 Jährige	108	87	80	92	(88)	-	(113)	97	115	50	64	85	51
Pensionsalter (65+)	90	80	(79)	85	-	-	-	100	99	53	65	79	53

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1996-2007

Veränderung des Medianeinkommens in % zum Vorjahr					2004	2005	2006	2007
	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01				
Insgesamt	1,1	0,5	1,9	2,3	7,9	5,3	0,5	2,2
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	0,1	-1,1	1,7	2,3	9,8	4,5	1,1	2,5
Junge Erwachsene (19-29 J.)	0,3	-0,5	1,8	2,8	4,3	9,1	-2,3	2,7
30-49 Jährige	1,1	0,0	0,8	1,6	8,4	4,5	1,1	4,0
50-64 Jährige	0,8	1,5	2,3	2,4	8,6	4,7	3,9	0,0
Pensionsalter (65+)	2,4	0,9	3,7	1,2	7,9	6,8	-1,0	1,2
Männer	0,5	0,6	1,6	2,3	7,8	5,0	0,8	2,6
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-0,1	-0,6	0,8	2,7	9,6	3,7	1,8	2,0
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-0,5	-1,0	3,8	4,2	7,7	8,0	-2,8	3,4
30-49 Jährige	1,7	0,4	0,8	0,8	9,0	4,0	1,5	4,8
50-64 Jährige	0,9	2,0	1,9	2,3	6,4	3,9	3,6	0,8
Pensionsalter (65+)	2,6	1,8	4,7	2,0	7,4	9,4	-2,4	0,7
Frauen	0,9	0,4	2,0	2,4	8,6	4,8	0,4	2,2
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	1,0	-0,7	2,8	1,8	9,8	5,3	-0,3	3,6
Junge Erwachsene (19-29 J.)	0,6	0,4	1,7	2,4	3,3	7,0	0,2	-0,3
30-49 Jährige	0,3	-1,0	0,1	2,3	8,1	5,0	0,4	3,5
50-64 Jährige	1,2	1,6	4,4	2,9	10,4	4,5	4,5	-0,8
Pensionsalter (65+)	1,7	0,9	4,5	1,5	8,8	6,2	-1,4	2,4

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Medianeinkommen in % vom Median der Bevölkerung					2004	2005	2006	2007
	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01				
Gesamtbevölkerung	100	100	100	100	100	100	100	100
Bildungsferne	89	88	87	86	89	86	83	83
Migrationshintergrund	84	92	96	80	79	80	77	77
Menschen mit Behinderung	89	93	82	85	93	95	93	89
Ein-Eltern-Haushalte	81	78	76	77	77	81	76	75
Familien mit 3 u. mehr Kindern	81	79	89	79	82	81	85	81
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	92	94	96	89	88	88	87	86
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	92	90	91	92	96	94	94	94
Nicht-Armutgefährdete	108	109	108	107	107	107	106	107
Armutgefährdete	49	49	48	48	48	51	51	50
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	65	66	66	66	65	65	66	65
60% bis unter 120% des Medians	90	90	90	90	91	90	90	90
über 120% des Medians	155	148	151	146	149	151	150	153
60% bis unter 180% des Medians	102	103	103	103	102	102	102	102
über 180% des Medians	215	210	209	212	218	221	217	217
oberstes Einkommensfünftel	183	174	172	169	173	174	170	175
unterstes Einkommensfünftel	54	54	55	55	55	57	56	56

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Indikator L4: Einkommenslücke

Trend 1995-2007

Einkommenslücke	in Mrd. EUR	in % vom BIP
1995/96/97	1,71	0,95
1996/97/98	1,65	0,89
1997/98/99	1,63	0,85
1998/99/00	1,55	0,77
1999/00/01	1,55	0,74
2003	1,90	0,84
2004	2,07	0,87
2005	1,94	0,79
2006	1,93	0,75
2007	1,93	0,71

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Indikator W1: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten

Empirisches Profil 2008

Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	9	15	39	7	8	23	15	11	6	27	18	10	37
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	13	-	44	-	(9)	23	15	12	9	33	24	14	45
Junge Erwachsene (19-29 J.)	11	37	44	-	-	(30)	23	(14)	8	(35)	(29)	(11)	(45)
30-49 Jährige	9	20	36	(12)	-	22	13	10	6	30	19	(10)	(40)
50-64 Jährige	5	11	(25)	-	-	-	-	(10)	4	(15)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(3)	(5)	-	-	-	-	-	-	(3)	-	-	-	-
Männer	9	20	41	(7)	-	25	16	11	7	29	19	11	40
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	14	-	46	-	-	27	16	12	10	34	(25)	(15)	(46)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	11	(43)	(46)	-	-	-	(24)	-	(7)	(43)	-	-	-
30-49 Jährige	9	(25)	38	-	-	25	14	11	7	(32)	(23)	(11)	(43)
50-64 Jährige	5	-	(27)	-	-	-	-	-	(4)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(4)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	8	12	36	(7)	(7)	21	14	11	6	26	18	10	35
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	12	-	43	-	-	20	14	11	8	32	(24)	(13)	(44)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	11	(32)	(42)	-	-	(37)	(22)	(15)	8	(30)	-	-	-
30-49 Jährige	8	18	34	-	-	(19)	(11)	9	6	28	(16)	-	(38)
50-64 Jährige	(6)	(10)	-	-	-	-	-	-	(4)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(3)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
(in % der Bevölkerung)	8	8	7	7	7	8	9	9	9	9
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	12	11	12	12	11	11	13	12	13	13
Junge Erwachsene (19-29 J.)	11	10	8	6	5	10	11	12	11	11
30-49 Jährige	9	8	8	8	8	8	9	9	9	9
50-64 Jährige	4	4	3	(2)	(1)	5	5	5	5	5
Pensionsalter (65+)	(1)	(1)	(1)	(2)	(1)	(3)	(2)	(2)	(2)	(3)
Männer	8	7	7	7	6	8	9	9	9	9
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	11	11	11	11	10	10	12	12	13	14
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(9)	(8)	(7)	(6)	(5)	(9)	9	11	11	11
30-49 Jährige	10	8	8	8	8	9	9	9	9	9
50-64 Jährige	(3)	(3)	(2)	(2)	(1)	(5)	(6)	(6)	(5)	5
Pensionsalter (65+)	(1)	(1)	(1)	(2)	(2)	-	-	-	-	(4)
Frauen	8	8	7	7	7	8	9	9	8	8
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	13	11	12	12	13	12	13	12	13	12
Junge Erwachsene (19-29 J.)	13	12	10	(7)	(6)	12	13	13	12	11
30-49 Jährige	8	7	8	8	8	7	9	9	9	8
50-64 Jährige	(4)	(4)	(3)	(2)	(1)	(4)	(4)	(5)	(5)	(6)
Pensionsalter (65+)	(1)	(1)	(1)	(1)	(1)	-	-	-	-	(3)

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Gesamtbevölkerung	8	8	7	7	7	8	9	9	9	9
Bildungsferne	9	8	7	7	8	12	11	15	14	15
Migrationshintergrund	36	32	27	25	24	39	42	41	39	39
Menschen mit Behinderung	(8)	(6)	(5)	(3)	(2)	(7)	(7)	(7)	(6)	7
Ein-Eltern-Haushalte	(16)	(15)	(13)	(10)	(7)	-	(7)	(6)	(6)	8
Familien mit 3 u. mehr Kindern	19	17	20	23	23	18	22	21	23	23
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	17	15	13	12	17	16	18	19	15
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	9	9	10	10	9	8	11	9	10	11
Nicht-Armutsgefährdete	7	6	6	6	6	7	7	7	7	6
Armutsgefährdete	20	19	18	17	14	17	22	19	23	27
Teilhabemangel	12	11	14	14	13	14	19	22	15	18
manifeste Armut	9	7	9	11	9	23	21	17	17	10
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	30	22	22	15	20	35	41	29	31	37
60% bis unter 120% des Medians	8	8	8	8	8	9	10	10	10	9
über 120% des Medians	4	2	2	2	2	3	3	3	2	2
60% bis unter 180% des Medians	7	6	6	6	6	7	8	8	7	7
über 180% des Medians	(3)	(1)	(1)	(1)	(1)	(2)	-	-	-	-
oberstes Einkommensfünftel	(4)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	(3)	(1)	(2)
unterstes Einkommensfünftel	18	17	17	16	14	16	20	20	20	23

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W2: Unzumutbarer Wohnungsaufwand

Empirisches Profil 2007

Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	17	19	30	22	48	16	20	15	11	61	31	20	62
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	19	(19)	36	-	61	17	23	19	12	67	36	22	72
Junge Erwachsene (19-29 J.)	21	(24)	29	-	(58)	-	23	(14)	13	69	(37)	(24)	69
30-49 Jährige	18	23	31	34	55	17	21	16	13	71	37	22	73
50-64 Jährige	17	25	37	27	-	-	-	(9)	11	66	37	24	68
Pensionsalter (65+)	17	17	-	20	-	-	-	-	12	46	31	22	52
Männer	17	20	30	21	58	17	20	16	11	62	33	19	64
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	19	-	35	-	62	17	22	19	11	63	40	(22)	68
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	-	(25)	-	-	-	(20)	-	12	62	-	-	(55)
30-49 Jährige	17	(23)	28	(31)	-	(17)	19	14	12	71	(32)	(18)	(73)
50-64 Jährige	15	(23)	(35)	(22)	-	-	-	-	10	60	-	(26)	(63)
Pensionsalter (65+)	13	(15)	-	(15)	-	-	-	-	9	(43)	(23)	-	-
Frauen	20	21	36	27	58	17	23	18	13	66	37	25	70
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	20	-	38	-	60	17	24	19	12	71	32	22	76
Junge Erwachsene (19-29 J.)	24	(24)	(33)	-	(66)	-	(24)	(18)	15	75	(40)	(33)	(80)
30-49 Jährige	19	22	33	(37)	56	(17)	23	18	13	71	42	26	74
50-64 Jährige	20	25	(39)	(31)	-	-	-	-	13	72	(39)	(22)	(72)
Pensionsalter (65+)	20	18	-	22	-	-	-	-	15	47	(37)	(24)	52

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 2004-2007

Unzumutbarer Wohnkostenanteil

(Wohnungsaufwand über ein Viertel
des Einkommens,
in % der Bevölkerung)

	2004	2005	2006	2007
Insgesamt	17	15	16	17
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	16	14	16	18
Junge Erwachsene (19-29 J.)	22	19	19	20
30-49 Jährige	16	16	16	17
50-64 Jährige	14	14	14	16
Pensionsalter (65+)	17	16	15	17
Männer	15	14	15	16
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	14	13	15	17
Junge Erwachsene (19-29 J.)	21	17	18	16
30-49 Jährige	16	15	16	17
50-64 Jährige	11	12	12	14
Pensionsalter (65+)	12	10	10	12
Frauen	18	17	17	19
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	17	14	16	18
Junge Erwachsene (19-29 J.)	24	20	21	23
30-49 Jährige	16	16	17	18
50-64 Jährige	17	17	16	19
Pensionsalter (65+)	19	21	19	20

Q: Statistik Austria EU-SILC 2004 – 2007, eigene Neugewichtung.

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50

Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20

Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)	2004	2005	2006	2007
Gesamtbevölkerung	17	15	16	17
Bildungsferne	19	20	20	19
Migrationshintergrund	30	23	27	30
Menschen mit Behinderung	19	20	19	22
Ein-Eltern-Haushalte	44	39	42	48
Familien mit 3 u. mehr Kindern	15	11	10	16
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	12	17	20
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	12	14	13	15
Nicht-Armutsgefährdete	11	10	10	11
Armutsgefährdete	54	53	58	61
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	30	28	26	31
Teilhabemangel	24	17	17	20
manfeste Armut	53	60	63	62
60% bis unter 120% des Medians	16	14	14	16
über 120% des Medians	3	3	3	5
60% bis unter 180% des Medians	12	11	11	12
über 180% des Medians	-	-	-	(5)
oberstes Einkommensfünftel	(2)	(2)	2	4
unterstes Einkommensfünftel	46	44	46	49

Q: Statistik Austria EU-SILC 2004 – 2007, eigene Neugewichtung.

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen,

Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Empirisches Profil 2007 (ohne Energie und Instandhaltungskosten)

Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand OHNE Energie- und Instandhaltungskosten über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)													
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	9	9	18	11	31	6	11	7	5	37	17	10	42
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	9	-	19	-	34	6	12	8	4	38	16	(7)	44
Junge Erwachsene (19-29 J.)	13	(15)	(18)	-	(35)	-	(15)	(6)	7	53	-	(14)	59
30-49 Jährige	8	10	14	(14)	27	(6)	10	6	5	41	16	(8)	45
50-64 Jährige	9	13	(25)	(15)	-	-	-	-	5	39	(21)	(15)	(46)
Pensionsalter (65+)	7	6	-	(7)	-	-	-	-	5	16	(14)	(10)	(18)
Männer	8	9	16	(11)	27	(7)	10	6	5	34	14	7	39
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	8	-	18	-	30	(7)	11	7	4	35	(17)	-	(42)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	10	-	-	-	-	-	-	-	(6)	(43)	-	-	-
30-49 Jährige	8	(9)	(13)	-	-	-	(9)	(4)	5	41	-	-	(45)
50-64 Jährige	8	(12)	-	-	-	-	-	-	(5)	(34)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(5)	-	-	-	-	-	-	-	(4)	-	-	-	-
Frauen	10	10	20	11	34	(6)	12	7	6	38	18	12	44
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	9	-	(20)	-	37	(6)	12	8	4	41	(15)	-	(46)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	16	-	(22)	-	(45)	-	(16)	-	(8)	60	-	-	(72)
30-49 Jährige	9	(10)	(15)	-	28	-	(11)	7	5	41	(20)	(10)	(44)
50-64 Jährige	10	(13)	-	(17)	-	-	-	-	6	44	(21)	-	(55)
Pensionsalter (65+)	8	7	-	(7)	-	-	-	-	6	(17)	(17)	(13)	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W3: Prekäre Wohnqualität

Empirisches Profil 2007

Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel
Insgesamt	3	5	6	4	(3)	5	(2)	3	2	6	(5)	7
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	3	-	(7)	-	-	(4)	(2)	3	3	(6)	-	(7)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	4	(15)	-	-	-	-	-	-	(3)	-	-	-
30-49 Jährige	3	(4)	(4)	-	-	(5)	-	3	2	(5)	-	(7)
50-64 Jährige	2	(5)	-	-	-	-	-	-	(2)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(2)	(3)	-	(3)	-	-	-	-	(1)	-	-	-
Männer	3	(6)	7	(5)	-	(5)	(3)	3	2	(8)	(5)	(7)
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	3	-	(8)	-	-	-	-	(3)	(3)	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(4)	-	-	-	-	-	-	-	(3)	-	-	-
30-49 Jährige	3	-	-	-	-	-	-	(3)	(3)	-	-	-
50-64 Jährige	(3)	-	-	-	-	-	-	-	(2)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	3	4	(5)	(3)	-	(5)	(2)	3	2	(5)	(4)	(6)
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	(3)	-	-	-	-	-	-	(3)	(2)	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(4)	-	-	-	-	-	-	-	(4)	-	-	-
30-49 Jährige	3	-	-	-	-	-	-	(3)	(2)	-	-	-
50-64 Jährige	(2)	-	-	-	-	-	-	-	(2)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(2)	(3)	-	-	-	-	-	-	(2)	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von we als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Insgesamt	3	2	2	2	2	3	4	3	3	3
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	3	2	3	2	3	3	3	3	4	3
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(3)	(2)	(2)	(2)	(2)	(3)	5	(4)	5	4
30-49 Jährige	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3
50-64 Jährige	2	2	2	1	1	3	4	(3)	3	2
Pensionsalter (65+)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	(3)	(3)	(3)	(3)	(2)
Männer	3	2	2	2	2	3	4	3	4	3
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	3	2	3	2	3	4	(2)	(3)	4	3
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(3)	(2)	(2)	(2)	(2)	(4)	(5)	(4)	(5)	(4)
30-49 Jährige	3	3	3	3	3	4	4	3	4	3
50-64 Jährige	(2)	(2)	(1)	(1)	(1)	(3)	(5)	(3)	(3)	(3)
Pensionsalter (65+)	-	-	-	-	-	-	-	-	(3)	-
Frauen	3	2	2	2	2	3	4	3	3	3
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	(3)	(2)	(3)	(3)	(3)	(2)	(4)	(2)	(3)	(3)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	3	3	1	1	2	-	(5)	(3)	(4)	(4)
30-49 Jährige	(2)	(2)	(3)	(3)	(3)	(3)	4	3	3	3
50-64 Jährige	(3)	(2)	(2)	(1)	(1)	(3)	(4)	(3)	(2)	(2)
Pensionsalter (65+)	(3)	(3)	(2)	(2)	(2)	(3)	(4)	(4)	(4)	(2)

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl und des kleineren Sets an Items werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Gesamtbevölkerung	3	2	2	2	2	3	4	3	3	3
Bildungsferne	4	4	4	3	3	6	6	5	5	5
Migrationshintergrund	11	10	8	6	7	10	11	7	8	6
Menschen mit Behinderung	4	5	5	4	3	6	7	(6)	6	4
Ein-Eltern-Haushalte	(3)	(2)	(3)	(2)	(2)	(5)	-	-	(5)	(3)
Familien mit 3 u. mehr Kindern	(4)	(3)	(2)	(2)	(3)	(2)	(4)	(2)	3	5
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	5	4	3	3	4	4	3	3	3	(2)
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	2	2	3	2	2	3	2	2	3	3
Nicht-Armutsgefährdete	2	2	2	2	2	2	3	2	3	2
Armutsgefährdete	6	6	7	6	6	8	9	7	7	6
Teilhabemangel	(5)	(5)	(5)	(2)	(3)	(5)	(8)	(5)	7	(5)
manifeste Armut	4	5	7	6	8	11	9	8	8	7
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	8	11	12	12	10	18	14	15	12	11
60% bis unter 120% des Medians	3	2	2	2	2	3	4	3	3	3
über 120% des Medians	1	1	1	1	1	1	2	(1)	2	1
60% bis unter 180% des Medians	2	2	2	2	2	3	3	2	3	2
über 180% des Medians	-	-	-	-	-	-	(2)	(2)	-	-
oberstes Einkommensfünftel	(1)	(1)	(1)	(1)	(1)	(1)	2	(1)	(2)	(1)
unterstes Einkommensfünftel	6	5	6	5	5	7	8	7	7	5

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl und des kleineren Sets an Items werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Indikator W4: Belastung durch Wohnumgebung

Empirisches Profil 2007

Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, (in % der Bevölkerung)														
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	Armutgefährdete prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel	manifeste Armut	
Insgesamt	9	9	15	14	16	10	9	10	9	12	12	15	18	
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	9	-	14	-	16	10	9	10	(9)	(12)	12	14	(18)	
Junge Erwachsene (19-29 J.)	8	(16)	(19)	-	-	-	(10)	(9)	-	-	15	(19)	-	
30-49 Jährige	9	9	13	(18)	(16)	10	8	9	(9)	(13)	11	(14)	(21)	
50-64 Jährige	11	13	(19)	21	-	-	-	(11)	-	-	20	(18)	(27)	
Pensionsalter (65+)	8	6	-	9	-	-	-	-	-	-	7	(11)	-	
Männer	9	9	12	13	(16)	9	8	9	(8)	(10)	12	14	15	
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	8	-	(10)	-	(17)	(9)	(8)	9	-	-	13	(15)	(11)	
Junge Erwachsene (19-29 J.)	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-	-	
30-49 Jährige	8	-	(11)	-	-	(10)	(8)	9	-	-	11	-	-	
50-64 Jährige	10	-	-	(20)	-	-	-	(11)	-	-	18	-	-	
Pensionsalter (65+)	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-	-	
Frauen	10	9	17	14	16	11	9	10	9	13	12	16	19	
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	10	-	(18)	-	(16)	11	10	11	-	-	12	(14)	(25)	
Junge Erwachsene (19-29 J.)	9	-	(22)	-	-	-	(9)	-	-	-	18	-	-	
30-49 Jährige	10	(9)	(15)	(20)	(17)	(10)	(9)	10	-	-	10	(17)	-	
50-64 Jährige	11	(13)	-	(23)	-	-	-	-	-	-	21	-	-	
Pensionsalter (65+)	8	6	-	(9)	-	-	-	-	-	-	6	-	-	

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, (in % der Bevölkerung)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Insgesamt	8	7	6	6	6	8	9	10	9	9
Kinder (<19 Jahre)	7	6	5	6	7	7	8	9	8	9
Junge Erwachsene (19-29 J.)	7	6	4	4	4	7	10	9	9	8
30-49 Jährige	8	7	7	7	7	8	9	11	8	9
50-64 Jährige	9	9	7	6	6	9	11	11	10	11
Pensionsalter (65+)	7	7	7	6	6	9	10	8	8	8
Männer	7	6	5	5	6	7	9	9	8	9
Kinder (<19 Jahre)	7	6	5	5	7	7	8	9	8	8
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(6)	(5)	(4)	(4)	(4)	(6)	11	9	8	8
30-49 Jährige	7	7	6	6	7	8	8	10	8	8
50-64 Jährige	9	9	7	6	5	9	11	11	9	10
Pensionsalter (65+)	6	7	6	6	6	9	10	7	8	8
Frauen	8	8	7	7	7	8	10	10	9	10
Kinder (<19 Jahre)	8	7	6	7	8	7	8	8	8	10
Junge Erwachsene (19-29 J.)	8	7	4	4	4	9	9	9	10	9
30-49 Jährige	9	8	8	8	8	8	10	11	9	10
50-64 Jährige	9	9	8	7	7	10	11	11	10	11
Pensionsalter (65+)	8	8	6	6	6	9	10	9	9	8

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, (in % der Bevölkerung)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Gesamtbevölkerung	8	7	6	6	6	8	9	10	9	9
Bildungsferne	6	6	5	4	5	7	8	8	7	9
Migrationshintergrund	8	7	4	6	7	9	10	11	11	15
Menschen mit Behinderung	12	12	11	11	9	13	11	11	10	14
Ein-Eltern-Haushalte	(8)	(8)	(10)	(9)	(9)	(8)	(11)	13	12	16
Familien mit 3 u. mehr Kindern	8	7	3	4	5	8	7	7	8	10
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	8	7	5	7	8	9	7	8	9	9
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	6	5	5	6	7	6	7	9	8	10
Nicht-Armutgefährdete	7	7	6	6	6	8	9	10	8	9
Armutgefährdete	10	10	9	8	7	8	10	9	10	12
Teilhabemangel	7	6	4	4	6	8	11	9	9	12
manifeste Armut	9	8	6	8	7	12	16	11	11	15
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	(11)	(14)	(16)	(14)	(13)	(12)	13	(10)	14	18
60% bis unter 120% des Medians	7	6	5	6	7	8	9	10	8	9
über 120% des Medians	9	8	6	5	5	7	9	10	9	8
60% bis unter 180% des Medians	7	7	6	6	6	8	9	10	8	9
über 180% des Medians	8	7	6	6	6	9	9	11	8	8
oberstes Einkommensfünftel	9	8	7	6	6	8	10	10	10	8
unterstes Einkommensfünftel	8	9	7	6	6	8	10	9	10	12

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Indikator E1: Arbeitsmarktfernenquote

Empirisches Profil 2008

Arbeitsmarktfernenquote (in %)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose
Insgesamt	12,4	27,1	21,2	13,8	20,1	21,4	10,6	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	18,7	28,0	24,2	20,2	(33,7)	41,2	17,3	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	10,2	25,9	23,9	20,1	32,2	29,7	8,7	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	10,2	24,0	18,4	11,0	19,4	17,6	10,5	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	19,1	32,4	26,4	23,1	12,2	18,9	11,0	
Pensionsalter (65+)								
Männer	5,7	16,1	9,8	10,5	5,5	3,9	4,1	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	21,9	29,5	17,8	(21,3)	(40,6)	23,4	20,9	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	4,7	13,8	7,6	(7,9)	11,5	4,4	4,7	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	4,4	13,1	8,0	8,5	4,0	3,4	3,1	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	8,7	19,5	16,4	x	5,9	8,3	5,0	
Pensionsalter (65+)								
Frauen	19,1	34,0	31,6	14,3	35,1	37,0	16,4	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	15,7	26,5	32,3	(19,3)	x	48,6	13,0	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	15,9	38,4	38,4	22,2	47,3	42,4	12,5	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	16,1	30,0	27,8	11,3	34,2	33,6	16,4	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	29,8	39,2	36,1	(28,8)	x	36,0	24,8	
Pensionsalter (65+)								

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008.

Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Trend 2005-2008

Arbeitsmarktfernenquote (in %)	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	13,4	12,8	12,4	12,4
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	17,3	18,8	15,9	18,7
Junge Erwachsene (20-29 J.)	10,2	10,4	10,3	10,2
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	11,0	10,5	10,2	10,2
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	22,9	20,5	19,7	19,1
Pensionsalter (65+)				
Männer	5,8	5,6	5,3	5,7
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	16,2	22,8	18,1	21,9
Junge Erwachsene (20-29 J.)	5,5	5,2	4,8	4,7
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	4,3	4,1	3,9	4,4
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	9,6	8,8	8,4	8,7
Pensionsalter (65+)				
Frauen	21,0	20,0	19,6	19,1
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	18,3	15,0	13,9	15,7
Junge Erwachsene (20-29 J.)	15,0	15,6	16,0	15,9
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	17,7	17,0	16,5	16,1
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	36,3	32,4	31,3	29,8
Pensionsalter (65+)				

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.
Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension.

Arbeitsmarktfernenquote (in %)	2005	2006	2007	2008
Gesamtbevölkerung	13,4	12,8	12,4	12,4
Bildungsferne	27,9	27,8	26,2	27,1
Migrationshintergrund	21,3	20,8	20,3	21,2
Ein-Eltern-Haushalte	14,2	13,6	13,4	13,8
Familien mit 3 u. mehr Kindern	21,5	22,1	20,6	20,1
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	21,1	21,6	21,8	21,4
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	11,4	10,7	10,7	10,6

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.
Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension.

Indikator E2: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle

Empirisches Profil 2007

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	19	32	32	35	45	28	23	20	12	99	51	26	97
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	21	(26)	37	-	50	28	24	21	12	99	51	24	98
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	(36)	28	-	(46)	(27)	25	18	10	100	(52)	(19)	(100)
30-49 Jährige	16	28	28	(26)	39	27	19	17	9	97	47	20	94
50-64 Jährige	22	33	(31)	38	-	-	-	24	18	99	(55)	40	(100)
Pensionsalter (65+)	38	41	-	(49)	-	-	-	(47)	37	-	-	(70)	-
Männer	19	31	30	36	40	27	23	19	12	98	52	25	96
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	21	-	37	-	46	27	25	20	11	99	51	(22)	97
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	(37)	(26)	-	-	-	(25)	-	10	100	(64)	-	(100)
30-49 Jährige	15	(27)	26	(26)	-	28	18	16	9	96	46	(20)	(92)
50-64 Jährige	21	(32)	(30)	(43)	-	-	-	(22)	17	98	(54)	(39)	-
Pensionsalter (65+)	37	(40)	-	-	-	-	-	-	36	-	-	-	-
Frauen	20	33	33	34	48	28	23	21	12	99	50	27	98
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	22	-	36	-	54	29	24	22	12	99	50	(25)	99
Junge Erwachsene (19-29 J.)	17	(35)	(31)	-	(54)	-	26	(23)	9	100	-	-	-
30-49 Jährige	16	28	29	(26)	41	26	20	19	9	98	48	(21)	96
50-64 Jährige	24	33	-	(33)	-	-	-	-	19	(100)	(55)	(40)	-
Pensionsalter (65+)	39	41	-	(50)	-	-	-	(47)	37	-	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50% des Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalte" nicht ausgeschlossen werden). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Insgesamt	22	23	22	22	20	20	19	19	18	19
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	26	26	26	26	23	22	22	21	19	21
Junge Erwachsene (19-29 J.)	19	18	18	18	18	18	17	17	17	17
30-49 Jährige	18	19	19	18	16	17	17	17	15	16
50-64 Jährige	23	24	22	21	20	22	21	22	22	22
Pensionsalter (65+)	42	43	41	40	38	34	30	32	33	38
Männer	21	22	21	21	19	18	18	19	18	19
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	23	25	25	25	22	20	21	22	20	21
Junge Erwachsene (19-29 J.)	18	18	19	17	17	17	15	16	18	17
30-49 Jährige	18	18	18	16	15	16	16	16	14	15
50-64 Jährige	20	20	20	20	20	20	19	20	21	21
Pensionsalter (65+)	52	57	51	47	41	36	31	32	35	37
Frauen	23	24	23	22	20	21	21	20	19	20
Kinder (<19 Jahre)	28	28	28	27	24	23	23	21	19	22
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	20	19	18	19	19	20	18	18	15	17
30-49 Jährige	18	18	19	19	17	17	18	17	16	16
50-64 Jährige	26	28	25	23	20	24	22	25	23	24
Pensionsalter (65+)	35	35	35	36	36	32	30	31	32	39

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50% des Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalte" nicht ausgeschlossen werden). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

ARMUTSLAGEN UND CHANCEN FÜR EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01	2003	2004	2005	2006	2007
Gesamtbevölkerung	22	23	22	22	20	20	19	19	18	19
Bildungsferne	35	34	33	31	32	32	29	31	34	32
Migrationshintergrund	33	33	33	33	27	31	33	31	31	32
Menschen mit Behinderung	36	36	36	41	38	36	36	39	35	35
Ein-Eltern-Haushalte	43	43	43	43	38	40	46	43	43	45
Familien mit 3 u. mehr Kindern	36	35	34	32	29	25	29	28	26	28
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	23	23	23	25	25	27	21	20	20	23
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	27	28	27	24	20	19	21	20	18	20
Nicht-Armutgefährdete	14	15	15	15	13	11	11	10	10	12
Armutgefährdete	100	100	100	100	100	97	98	98	98	99
Teilhabemangel	52	58	61	61	53	40	46	41	40	51
manifeste Armut	29	33	32	25	20	20	27	22	22	26
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	100	100	100	100	100	98	99	99	98	97
60% bis unter 120% des Medians	22	22	23	23	22	17	16	16	16	18
über 120% des Medians	(3)	(3)	(2)	(2)	(1)	(1)	1	2	(1)	3
60% bis unter 180% des Medians	16	16	16	16	15	12	12	11	11	14
über 180% des Medians	(2)	(1)	(0)	(1)	(1)	-	-	-	-	-
oberstes Einkommensfünftel	(2)	(2)	(1)	(1)	(1)	-	-	(1)	-	(1)
unterstes Einkommensfünftel	84	85	84	82	76	75	79	76	74	75

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50 Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalte" nicht ausgeschlossen werden). Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behind" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, V einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHI 2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Indikator E3: Niedrige Stundenlöhne

Empirisches Profil 2007

Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind.12h, ohne Lehrlinge)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	4	(8)	(6)	-	-	(6)	(4)	4	3	(15)	(9)	(5)	-
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	5	-	-	-	-	-	-	-	(5)	-	-	-	-
30-49 Jährige	3	(6)	-	-	-	-	-	(3)	2	(12)	-	-	-
50-64 Jährige	(6)	(14)	-	-	-	-	-	-	(5)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													
Männer	3	-	-	-	-	-	-	(4)	3	(15)	-	-	-
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(5)	-	-	-	-	-	-	-	(4)	-	-	-	-
30-49 Jährige	(2)	-	-	-	-	-	-	-	(2)	-	-	-	-
50-64 Jährige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													
Frauen	5	(10)	-	-	-	-	-	(5)	4	(14)	-	-	-
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(5)	-	-	-	-	-	-	-	(5)	-	-	-	-
30-49 Jährige	4	-	-	-	-	-	-	(4)	(3)	-	-	-	-
50-64 Jährige	(8)	-	-	-	-	-	-	-	(8)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normmalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Insgesamt	12	11	11	9	8	7	5	5	5	4
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	(46)	(44)	(38)	(33)	(32)	(35)	(31)	(22)	(18)	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(16)	(16)	(16)	(13)	(12)	(7)	(6)	(5)	7	5
30-49 Jährige	10	9	8	6	5	5	5	5	4	3
50-64 Jährige	(10)	(10)	(9)	(8)	(7)	(5)	(4)	(5)	5	(6)
Pensionsalter (65+)										
Männer	6	5	5	4	3	4	3	3	3	3
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	(6)	(5)
30-49 Jährige	(4)	(4)	(3)	(2)	(2)	(3)	(3)	(2)	-	(2)
50-64 Jährige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)										
Frauen	20	19	18	15	13	10	8	8	8	5
Kinder und Jugend (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(21)	(22)	(22)	(19)	(18)	(10)	(9)	(8)	(10)	(5)
30-49 Jährige	18	16	15	12	10	8	7	8	7	4
50-64 Jährige	-	-	-	-	-	-	(7)	(8)	(9)	(8)
Pensionsalter (65+)										

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normmalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Gesamtbevölkerung	12	11	11	9	8	7	5	5	5	4
Bildungsferne	22	20	21	18	16	15	10	14	14	(8)
Migrationshintergrund	(18)	(17)	(17)	(17)	(17)	(13)	(10)	(10)	(9)	(6)
Menschen mit Behinderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	-	-	-	-	-	-	-	-	(7)	(6)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(20)	(18)	(15)	(12)	(9)	(9)	(5)	(5)	(4)	(4)
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	13	12	11	9	8	7	5	6	4	4
Nicht-Armutgefährdete	11	10	10	8	7	6	5	4	4	3
Armutgefährdete	(34)	(30)	(24)	(22)	(19)	(13)	(14)	(16)	19	(15)
Teilhabemangel	-	-	-	-	-	-	(14)	-	-	(9)
manifeste Armut	(17)	(17)	(14)	(9)	(10)	(8)	(8)	(7)	(8)	(5)
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
60% bis unter 120% des Medians	15	14	14	12	11	8	6	6	6	5
über 120% des Medians	7	6	5	4	3	4	(3)	(3)	(2)	(2)
60% bis unter 180% des Medians	12	11	11	9	8	7	5	5	4	4
über 180% des Medians	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
oberstes Einkommensfünftel	(5)	(4)	(3)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	-
unterstes Einkommensfünftel	30	28	24	20	19	(12)	14	13	15	11

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normmalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator E4: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

Empirisches Profil 2008

Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose
Insgesamt	79	21	29	11	13	37	37	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	x	x	x	x	x	x	x	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	20	8	9	(3)	x	16	(4)	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	55	12	19	8	12	20	32	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	(3)	x	x	x	x	x	x	
Pensionsalter (65+)								

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Trend 2005-2008

Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	79	76	73	79
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	x	x	x	x
Junge Erwachsene (20-29 J.)	16	18	18	20
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	60	55	53	55
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	x	x	x	(3)
Pensionsalter (65+)				

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Nur Personen im Erwerbsalter (15-64). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	2005	2006	2007	2008
Gesamtbevölkerung	79	76	73	79
Bildungsferne	22	19	18	21
Migrationshintergrund	23	25	25	29
Ein-Eltern-Haushalte	11	10	10	11
Familien mit 3 u. mehr Kindern	14	12	12	13
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	33	34	32	37
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	40	38	36	37

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Nur Personen im Erwerbsalter (15-64). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Indikator B1: Bildungsaktivität
Empirisches Profil 2008

Bildungsaktivität (in %)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose
Insgesamt	18,2	3,1	15,6	33,7	32,4	13,2	29,5	22,6
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	84,3	18,0	76,2	86,7	84,8	82,3	88,9	(43,4)
Junge Erwachsene (20-29 J.)	32,9	8,7	28,5	22,1	34,6	12,7	29,2	19,9
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	14,1	4,8	11,1	14,4	11,3	12,1	12,9	20,4
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	7,2	2,1	4,8	11,2	10,3	2,7	10,4	22,4
Pensionsalter (65+)	2,4	0,7	3,0	x	(2,7)	0,3	x	x
Männer	17,7	3,6	14,4	55,6	30,5	14,5	29,2	21,4
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	82,9	18,2	74,3	85,7	82,2	91,3	86,8	x
Junge Erwachsene (20-29 J.)	30,0	8,2	24,5	(32,2)	30,0	14,5	26,7	(20,5)
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	13,0	4,6	10,0	11,9	10,4	11,7	12,1	19,9
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	6,4	2,0	3,9	x	7,1	4,3	8,9	(19,5)
Pensionsalter (65+)	2,0	0,5	2,3	x	x	1,1	x	x
Frauen	18,7	2,9	16,5	27,9	34,4	12,1	29,8	24,0
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	85,8	17,7	78,3	87,6	87,4	74,0	91,0	x
Junge Erwachsene (20-29 J.)	35,7	9,2	31,9	19,9	40,3	11,7	31,7	(19,2)
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	15,3	4,9	12,1	14,7	12,1	12,6	13,6	21,1
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	7,9	2,1	5,7	(13,1)	16,8	1,3	14,1	(26,2)
Pensionsalter (65+)	2,7	0,7	3,5	x	x	0,1	x	x

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis.

Personen ab 15 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Trend 2005-2008

Bildungsaktivität (in %)	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	18,1	18,2	18,0	18,2
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	84,6	85,3	85,3	84,3
Junge Erwachsene (20-29 J.)	31,9	32,1	32,1	32,9
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	14,0	13,8	13,6	14,1
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	7,1	7,8	7,6	7,2
Pensionsalter (65+)	2,2	2,5	2,2	2,4
Männer	18,0	17,9	17,5	17,7
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	83,0	83,4	83,9	82,9
Junge Erwachsene (20-29 J.)	30,9	30,6	30,2	30,0
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	13,0	12,7	12,0	13,0
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	6,6	6,9	6,8	6,4
Pensionsalter (65+)	1,9	1,9	1,8	2,0
Frauen	18,1	18,6	18,5	18,7
Kinder (<15 Jahre)				
Jugendliche (15-19 J.)	86,4	87,2	86,9	85,8
Junge Erwachsene (20-29 J.)	32,9	33,6	34,0	35,7
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	15,0	15,0	15,2	15,3
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	7,6	8,6	8,3	7,9
Pensionsalter (65+)	2,4	2,8	2,6	2,7

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Personen ab 15 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Bildungsaktivität (in %)	2005	2006	2007	2008
Gesamtbevölkerung	18,1	18,2	18,0	18,2
Bildungsferne	3,1	3,2	3,1	3,1
Migrationshintergrund	15,1	15,3	14,8	15,6
Ein-Eltern-Haushalte	34,7	35,0	36,4	33,7
Familien mit 3 u. mehr Kindern	32,8	33,0	32,6	32,4
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	13,3	13,1	12,6	13,2
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	29,6	29,7	30,0	29,5
Langzeitarbeitslose	18,4	19,9	23,9	22,6

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Personen ab 15 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Indikator B2: Vorschulbildungschancen

Empirisches Profil 2007

	Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren	Kinder in Betreuung	
	absolut	absolut	in %
Insgesamt	478.726	233.089	48,7
0-2-Jährige	236.243	28.020	11,9
0-Jährige	76.395	472	0,6
1-Jährige	79.217	6.070	7,7
2-Jährige	80.631	21.478	26,6
3-5-Jährige	242.483	205.069	84,6
3-Jährige	80.517	56.376	70,0
4-Jährige	81.022	73.971	91,3
5-Jährige	80.944	74.722	92,3
Nach Staatsbürgerschaft *			
Insgesamt	415.136	205.623	49,5
Ö	365.683	182.832	50,0
Ausl	49.453	22.791	46,1
0-2-Jährige	204.954	26.257	12,8
Ö	179.490	23.500	13,1
Ausl	25.464	2.757	10,8
0-Jährige	66.305	435	0,7
Ö	57.853	364	0,6
Ausl	8.452	71	0,8
1-Jährige	68.723	5651	8,2
Ö	60.165	4992	8,3
Ausl	8.558	659	7,7
2-Jährige	69.926	20171	28,8
Ö	61.472	18144	29,5
Ausl	8.454	2027	24,0
3-5-Jährige	210.182	179.366	85,3
Ö	186.193	159.332	85,6
Ausl	23.989	20.034	83,5
3-Jährige	69.834	50217	71,9
Ö	61.904	44846	72,4
Ausl	7.930	5371	67,7
4-Jährige	70.138	64366	91,8
Ö	62.139	57278	92,2
Ausl	7.999	7088	88,6
5-Jährige	70.210	64783	92,3
Ö	62.150	57208	92,0
Ausl	8.060	7575	94,0

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2007, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9.06, Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-Jährige Schüler, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt) gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10.2007).

* ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

Trend 2006-2007

Kinder in Betreuung (in %)	2006	2007
Insgesamt	47,2	48,7
0-2-Jährige	10,8	11,9
0-Jährige	0,6	0,6
1-Jährige	7,0	7,7
2-Jährige	24,4	26,6
3-5-Jährige	83,3	84,6
3-Jährige	68,7	70,0
4-Jährige	89,4	91,3
5-Jährige	91,9	92,3
Nach Staatsbürgerschaft *		
Insgesamt	48,1	49,5
Ö	48,8	50,0
Ausl	42,3	46,1
0-2-Jährige	11,6	12,8
Ö	12,0	13,1
Ausl	9,2	10,8
0-Jährige	0,6	0,7
Ö	0,6	0,6
Ausl	0,8	0,8
1-Jährige	7,5	8,2
Ö	7,7	8,3
Ausl	6,2	7,7
2-Jährige	26,3	28,8
Ö	27,0	29,5
Ausl	21,1	24,0
3-5-Jährige	84,2	85,3
Ö	85,2	85,6
Ausl	76,1	83,5
3-Jährige	70,9	71,9
Ö	72,0	72,4
Ausl	61,8	67,7
4-Jährige	89,9	91,8
Ö	91,0	92,2
Ausl	80,9	88,6
5-Jährige	91,8	92,3
Ö	92,6	92,0
Ausl	85,5	94,0

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9. des Jahres, Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-Jährige Schüler, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt (2007 567 Kinder)) gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres).

* ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

Indikator B3: Bildungsferne Jugendliche

Empirisches Profil 2008

Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)									
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose	Haushalte ohne Erwerbstätige
16-19 Jährige									
Insgesamt	9,6	100,0	26,7	14,3	7,4	29,6	7,9	x	35,0
Männer	9,9	100,0	29,3	15,4	9,6	31,4	8,3	x	(40,7)
Frauen	9,3	100,0	24,1	13,5	5,2	28,1	7,3	x	(29,7)
20-24 Jährige									
Insgesamt	11,8	100,0	28,0	31,1	6,8	34,8	12,4	(62,6)	16,0
Männer	11,9	100,0	25,7	(14,3)	4,5	26,0	11,3	x	16,7
Frauen	11,6	100,0	30,2	37,2	9,4	38,4	13,9	x	15,4
16-24 Jährige									
Insgesamt	10,8	100,0	27,6	20,1	7,3	33,4	9,1	70,7	20,4
Männer	11,0	100,0	27,0	15,2	8,3	27,9	9,2	(72,8)	22,3
Frauen	10,6	100,0	28,1	23,1	6,2	36,2	8,9	x	18,6

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008, Jahresergebnisse.

Nur 16-24-Jährige. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Trend 2006-2008

Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)			
	2006	2007	2008
16-19 Jährige			
Insgesamt	9,8	9,8	9,6
Männer	10,7	10,2	9,9
Frauen	8,8	9,4	9,3
20-24 Jährige			
Insgesamt	10,7	12,5	11,8
Männer	10,5	13,2	11,9
Frauen	11,0	11,8	11,6
16-24 Jährige			
Insgesamt	10,3	11,4	10,8
Männer	10,6	11,9	11,0
Frauen	10,1	10,8	10,6

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Nur 16-24-Jährige.

**Anteil der Jugendlichen mit keinem
Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II
oder höher**

(in % der 16-24 Jährigen)

	2006	2007	2008
Gesamtbevölkerung	10,3	11,4	10,8
Bildungsferne	100,0	100,0	100,0
Migrationshintergrund	28,7	30,3	27,6
Ein-Eltern-Haushalte	20,3	17,5	20,1
Familien mit 3 u. mehr Kindern	8,3	7,6	7,3
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	31,0	31,0	33,4
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	9,4	9,7	9,1
Langzeitarbeitslose	66,8	66,7	70,7

Q: Statistik Austria, Mikrozensus, Jahresergebnisse.
Nur 16-24-Jährige.

Indikator G1: Gesundheitsprobleme

Empirisches Profil 2007

Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel
Insgesamt	9	19	8	85	4	3	3	4	8	14	13	19
Kinder (16-18 Jahre)	1	(2)	-	69	-	-	-	(1)	1	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	2	5	-	82	-	-	(3)	(1)	2	(3)	-	(2)
30-49 Jährige	4	10	6	82	(5)	3	2	4	4	9	5	13
50-64 Jährige	11	17	20	88	-	(10)	11	11	10	23	17	26
Pensionsalter (65+)	22	29	16	85	-	16	16	24	22	22	28	42
Männer	8	18	6	85	-	3	3	4	7	14	11	15
Kinder (15-18 Jahre)	(2)	(4)	-	(89)	-	-	-	-	(2)	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	3	(7)	-	85	-	-	(8)	-	3	-	-	-
30-49 Jährige	4	12	(3)	76	-	2	1	3	3	8	(2)	9
50-64 Jährige	12	23	22	89	-	-	9	13	10	27	17	31
Pensionsalter (65+)	18	27	8	87	-	()	(15)	11	17	21	25	33
Frauen	10	19	9	85	4	3	2	5	9	14	14	22
Kinder (15-18 Jahre)	(0)	-	-	(31)	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	1	(2)	-	75	-	-	-	-	1	-	-	-
30-49 Jährige	5	10	8	87	(5)	3	(2)	4	4	10	7	17
50-64 Jährige	11	14	18	86	-	(8)	(16)	9	10	20	17	22
Pensionsalter (65+)	25	29	23	84	-	(27)	(17)	31	25	22	31	47

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Nur Personen ab 16 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Trend 1995-2007

Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Insgesamt	6	6	6	6	6	10	9	8	8	9
Kinder (16-19 Jahre)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	(2)
30-49 Jährige	3	3	3	3	3	5	4	4	4	4
50-64 Jährige	9	8	7	6	5	13	12	10	9	11
Pensionsalter (65+)	18	18	18	17	17	26	24	23	20	22
Männer	6	5	5	5	5	9	8	7	7	8
Kinder (16-19 Jahre)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	(3)
30-49 Jährige	3	3	2	2	2	4	4	3	4	4
50-64 Jährige	10	9	8	7	6	14	14	11	10	12
Pensionsalter (65+)	17	16	16	16	16	24	18	20	17	18
Frauen	7	7	7	7	7	10	10	9	8	10
Kinder (16-19 Jahre)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	2	3	3	4	4	5	5	4	3	5
50-64 Jährige	8	8	7	6	5	12	10	9	8	11
Pensionsalter (65+)	19	19	19	18	18	26	28	24	23	25

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Nur Personen ab 16 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)						2003	2004	2005	2006	2007
	95/96/97	96/97/98	97/98/99	98/99/00	99/00/01					
Gesamtbevölkerung	6	6	6	6	6	10	9	8	8	9
Bildungsferne	12	12	11	11	11	19	15	16	16	19
Migrationshintergrund	(7)	(6)	(5)	(4)	(4)	(6)	7	(6)	6	8
Menschen mit Behinderung	100	100	100	100	100	81	84	76	80	85
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	(4)	(3)	(3)	(3)	(3)	(3)	(4)	(3)	(3)	(3)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(3)	(3)	(2)	(1)	(2)	(3)	(4)	(3)	(3)	(3)
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	3	3	3	3	4	4	4	4	3	4
Nicht-Armutsgefährdete	6	6	6	5	5	8	8	8	7	8
Armutsgefährdete	11	10	11	10	10	17	14	13	13	14
Teilhabemangel	9	10	10	10	9	13	13	11	9	13
manifeste Armut	11	9	8	8	7	17	16	14	13	19
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	22	24	25	21	17	28	(16)	16	19	21
60% bis unter 120% des Medians	7	7	7	7	7	10	10	9	8	9
über 120% des Medians	5	4	4	4	3	7	7	6	6	6
60% bis unter 180% des Medians	6	6	6	5	5	9	8	8	7	8
über 180% des Medians	4	4	3	4	3	6	8	7	5	5
oberstes Einkommensfünftel	4	4	4	4	3	6	7	6	5	5
unterstes Einkommensfünftel	10	10	11	10	9	16	13	12	11	13

Q: Statistik Austria EU-SILC 2003 – 2007, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Nur Personen ab 16 Jahren.

Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von "Menschen mit Behinderung" zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator G2: Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

Trend 1981/82-2001/02

	Lebenserwartung in Jahren	Differenz zur Lebenserwartung bei Hochschulbildung			
	Hochschulbildung	Höhere Schule	Mittlere Schule	Lehre	Pflichtschule
Männer					
1981/82	41,5	-1,2	-2,3	-4,4	-5,5
1991/92	44,3	-1,8	-2,7	-5,0	-6,6
2001/2002	46,2	-1,7	-2,4	-4,3	-6,2
Frauen					
1981/82	46,0	-1,0	-1,5	-2,1	-3,3
1991/92	48,2	-0,6	-1,3	-2,4	-3,7
2001/2002	49,4	-0,6	-0,8	-1,6	-2,8

Q: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren. Statistik Austria, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendat

TABELLENTEIL 2 Hochgerechnete Zahl der betroffenen Personen

Indikator L1: Dauerarmutsgefährdungsanteil

Dauerhaft Armutsgefährdete (in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	finanziell depriviert
Insgesamt	535	219	121	84	54	51	66	114	217
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	96	-	(33)	-	29	(29)	(30)	58	(32)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	58	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	128	(40)	(41)	-	(19)	(19)	(22)	48	(48)
50-64 Jährige	92	(41)	-	(25)	-	-	-	-	(47)
Pensionsalter (65+)	160	113	-	(40)	-	-	-	-	65
Männer	213	55	61	(28)	(16)	(27)	(32)	55	87
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	54	-	(22)	-	(14)	(18)	(16)	32	(17)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	56	-	-	-	-	-	-	(18)	(20)
50-64 Jährige	(44)	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	39	(19)	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	322	164	59	57	38	(24)	(34)	59	129
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	43	-	-	-	(15)	(12)	-	(25)	(15)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(37)	-	-	-	-	-	-	-	-
30-49 Jährige	73	(30)	(26)	-	(17)	-	-	(30)	(28)
50-64 Jährige	48	(29)	-	-	-	-	-	-	(25)
Pensionsalter (65+)	122	94	-	(30)	-	-	-	-	50

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator L2: Deprivationsquote

Finanzielle Deprivation (in 1.000)										
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete
Insgesamt	1.234	386	303	216	107	113	186	384	836	398
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	297	(18)	105	-	61	63	94	182	201	96
Junge Erwachsene (19-29 J.)	175	48	49	-	(10)	(11)	35	31	117	59
30-49 Jährige	355	97	98	54	34	32	52	143	259	96
50-64 Jährige	192	84	45	62	-	-	-	(19)	118	74
Pensionsalter (65+)	215	138	-	91	-	-	-	-	142	73
Männer	553	139	150	85	33	54	84	172	384	169
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	149	-	57	-	28	29	44	90	99	50
Junge Erwachsene (19-29 J.)	85	(22)	(26)	-	-	-	(15)	(15)	59	(26)
30-49 Jährige	166	42	42	(22)	-	(16)	(23)	56	126	40
50-64 Jährige	86	(32)	(23)	(33)	-	-	-	-	52	(35)
Pensionsalter (65+)	67	33	-	(25)	-	-	-	-	49	(18)
Frauen	681	247	153	132	74	58	102	212	452	229
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	148	-	48	-	33	35	51	93	103	45
Junge Erwachsene (19-29 J.)	91	(25)	(23)	-	-	-	(20)	(16)	58	(33)
30-49 Jährige	189	56	56	33	31	(16)	29	87	132	56
50-64 Jährige	106	52	(22)	(29)	-	-	-	-	66	40
Pensionsalter (65+)	148	105	-	67	-	-	-	-	92	55

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator L3: Standardisiertes Medianeinkommen

Medianeinkommen in EUR	Gesamtbewölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohnstand (60- 70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	18243	15148	13966	16233	13612	14833	15732	17233	19449	9054	11900	15467	8860
Kinder (<19 Jahre)	16526	16125	13029	-	12960	14696	15377	16567	17581	8860	11883	15188	8792
Junge Erwachsene (19-29 J.)	18926	14680	14833	(16826)	13835	14696	15286	17560	20122	7912	12057	16079	6848
30-49 Jährige	19110	15529	14586	16298	14292	14918	16643	17630	20000	8750	11907	16067	8699
50-64 Jährige	20027	15630	14680	16572	(18452)	15492	19020	19052	21330	9058	12027	15556	8840
Pensionsalter (65+)	17179	14562	14091	16019	-	(16789)	(16660)	17336	18687	9615	11841	14201	9615
Männer	18695	15309	14129	16864	13835	14833	15787	17471	19670	8860	11907	15553	8792
Kinder (<19 Jahre)	16615	(17336)	12952	-	13355	14666	15284	16789	17719	8964	11790	15098	8860
Junge Erwachsene (19-29 J.)	19623	14680	15440	(17735)	(20475)	(14833)	15414	18169	20767	7773	(11942)	16765	(8295)
30-49 Jährige	19405	14891	14833	17110	-	14833	16795	17834	20070	8557	11890	15731	8372
50-64 Jährige	20411	15467	14680	16233	-	(15492)	(18822)	19324	21725	9267	12173	15630	(7986)
Pensionsalter (65+)	18382	14950	(14034)	17296	-	-	-	(16018)	19110	9615	11841	14021	(9581)
Frauen	17859	15041	13615	15602	13453	14833	15731	16976	19236	9184	11886	15431	9166
Kinder (<19 Jahre)	16441	14167	13043	-	12555	14833	15529	16461	17449	8778	11900	15333	8372
Junge Erwachsene (19-29 J.)	18002	14680	13605	-	11894	14666	14950	16976	19516	8235	12057	15000	(6600)
30-49 Jährige	18851	15630	14088	15657	14214	15052	16540	17380	19906	8860	11917	16125	8750
50-64 Jährige	19651	15933	14680	16846	(16121)	-	(20660)	17731	20926	9039	11721	15556	9282
Pensionsalter (65+)	16480	14532	(14389)	15416	-	-	-	18236	18111	9590	11831	14456	9633

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W1: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten

Überbelag (in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	606	166	365	34	26	170	172	263	405	201	93	72	105
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	230	-	142	-	(17)	98	82	128	146	84	43	28	43
Junge Erwachsene (19-29 J.)	95	39	62	-	-	(15)	38	(21)	61	(34)	(13)	(11)	(19)
30-49 Jährige	187	64	123	(12)	-	52	51	97	127	60	29	(21)	(31)
50-64 Jährige	64	34	(28)	-	-	-	-	(13)	49	(15)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(30)	(17)	-	-	-	-	-	-	(22)	-	-	-	-
Männer	314	78	196	(15)	-	91	89	133	214	100	47	37	53
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	127	-	79	-	-	56	44	69	83	44	(22)	(15)	(23)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	47	(21)	(32)	-	-	-	(14)	-	(29)	(18)	-	-	-
30-49 Jährige	92	(27)	60	-	-	30	29	45	64	(27)	(16)	(11)	(13)
50-64 Jährige	30	-	(16)	-	-	-	-	-	(24)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(19)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	292	88	169	(19)	(17)	79	83	130	191	102	46	35	51
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	103	-	63	-	-	42	38	58	63	40	(21)	(13)	(20)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	48	(18)	(29)	-	-	(11)	(24)	(12)	32	(16)	-	-	-
30-49 Jährige	95	37	62	-	-	(22)	(21)	51	63	32	(13)	-	(18)
50-64 Jährige	(34)	(19)	-	-	-	-	-	-	(25)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(12)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W2: Unzumutbarer Wohnungsaufwand

Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)													
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	1.432	283	304	153	162	117	231	362	829	603	189	164	248
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	318	-	106	-	92	67	113	185	157	162	54	33	63
Junge Erwachsene (19-29 J.)	203	(25)	43	-	(17)	-	37	(16)	111	91	(18)	(25)	40
30-49 Jährige	438	70	108	41	50	39	80	146	272	166	55	50	68
50-64 Jährige	246	77	38	41	-	-	-	(12)	149	97	(27)	(27)	41
Pensionsalter (65+)	227	100	-	65	-	-	-	-	140	87	36	29	36
Männer	627	84	140	55	52	56	104	164	379	248	81	66	99
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	158	-	54	-	45	33	53	95	81	77	32	(17)	31
Junge Erwachsene (19-29 J.)	84	-	(18)	-	-	-	(12)	-	50	34	-	-	(14)
30-49 Jährige	213	(28)	49	(18)	-	(20)	39	56	139	74	(23)	(22)	(29)
50-64 Jährige	102	(22)	(18)	(16)	-	-	-	-	62	40	-	(13)	(16)
Pensionsalter (65+)	69	(21)	-	(17)	-	-	-	-	47	(23)	(10)	-	-
Frauen	806	198	165	98	110	60	127	198	450	355	107	98	149
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	161	-	52	-	47	35	60	90	76	85	(22)	(16)	32
Junge Erwachsene (19-29 J.)	118	(13)	(25)	-	(15)	-	(25)	(12)	61	57	-	(17)	(26)
30-49 Jährige	225	43	60	(23)	46	(19)	41	90	134	91	32	29	39
50-64 Jährige	144	55	(20)	(25)	-	-	-	-	86	58	(18)	(14)	(25)
Pensionsalter (65+)	158	79	-	48	-	-	-	-	94	64	(25)	(21)	27

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

ARMUTSLAGEN UND CHANCEN FÜR EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand OHNE Energie- und Instandhaltungskosten über ein Viertel des Einkommens, in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohnstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	664	118	153	59	88	42	111	134	342	322	85	69	145
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	138	-	50	-	52	24	55	70	53	85	(24)	(11)	37
Junge Erwachsene (19-29 J.)	125	(16)	(27)	-	(10)	-	(25)	-	58	67	-	-	(34)
30-49 Jährige	195	30	46	(15)	25	(14)	31	50	105	89	(23)	(15)	38
50-64 Jährige	121	36	(24)	(18)	-	-	-	-	68	53	(14)	(14)	(25)
Pensionsalter (65+)	85	31	-	(21)	-	-	-	-	56	28	(14)	(13)	(11)
Männer	289	35	70	(25)	25	(21)	50	58	159	130	35	(22)	56
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	69	-	(27)	-	23	(13)	27	36	29	41	(13)	-	(19)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	50	-	-	-	-	-	-	-	(27)	(24)	-	-	-
30-49 Jährige	92	(11)	(21)	-	-	-	(15)	(17)	53	39	-	-	(15)
50-64 Jährige	52	-	-	-	-	-	-	-	(31)	(20)	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(25)	-	-	-	-	-	-	-	(19)	-	-	-	-
Frauen	375	82	83	34	63	(21)	61	76	183	192	50	46	90
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	69	-	(23)	-	29	(11)	(27)	34	25	44	(11)	-	(18)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	75	-	(16)	-	-	-	(17)	-	(32)	43	-	-	(23)
30-49 Jährige	103	(19)	(26)	-	23	-	(16)	33	52	51	(15)	-	(23)
50-64 Jährige	70	(26)	-	(11)	-	-	-	-	37	33	-	-	(18)
Pensionsalter (65+)	59	(24)	-	(14)	-	-	-	-	38	(21)	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Wohnkosten abzüglich Energie- (Heizung, Strom) und Instandhaltungskosten sowie allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung 2004/2005 getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W3: Prekäre Wohnqualität

Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohnstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	223	70	59	29	(11)	36	(27)	71	163	60	(27)	55	45
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	55	-	(22)	-	-	(18)	(13)	34	40	(15)	-	(15)	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	40	(18)	-	-	-	-	-	-	(28)	-	-	-	-
30-49 Jährige	67	(15)	(14)	-	-	(11)	-	26	55	(12)	-	(19)	-
50-64 Jährige	36	(18)	-	-	-	-	-	-	(23)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(24)	(15)	-	(10)	-	-	-	-	(16)	-	-	-	-
Männer	115	(30)	34	(15)	-	(18)	(15)	34	83	(32)	(13)	(26)	(25)
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	32	-	(14)	-	-	-	-	(17)	(23)	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(21)	-	-	-	-	-	-	-	(12)	-	-	-	-
30-49 Jährige	34	-	-	-	-	-	-	(11)	(30)	-	-	-	-
50-64 Jährige	(21)	-	-	-	-	-	-	-	(13)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	107	40	(25)	(14)	-	(18)	(12)	38	80	(28)	(14)	(28)	(20)
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	(23)	-	-	-	-	-	-	(16)	(17)	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(20)	-	-	-	-	-	-	-	(16)	-	-	-	-
30-49 Jährige	34	-	-	-	-	-	-	(14)	(26)	-	-	-	-
50-64 Jährige	(15)	-	-	-	-	-	-	-	(10)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)	(16)	(12)	-	-	-	-	-	-	(10)	-	-	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator W4: Belastung durch Wohnumgebung

Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, (in 1.000)													
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht-Armutgefährdete	Armutgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	752	128	149	96	56	74	98	231	637	115	71	123	70
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	168	-	44	-	31	43	48	110	(138)	(30)	22	29	(17)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	87	(18)	(29)	-	-	-	(16)	(13)	-	-	9	(22)	-
30-49 Jährige	226	30	49	(23)	(17)	24	33	91	(194)	(32)	18	(36)	(20)
50-64 Jährige	165	45	(24)	41	-	-	-	(15)	-	-	15	(21)	(20)
Pensionsalter (65+)	106	34	-	30	-	-	-	-	-	-	8	(15)	-
Männer	342	42	64	39	(18)	34	46	104	(297)	(44)	32	52	25
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	79	-	(18)	-	(15)	(19)	(22)	53	-	-	11	(15)	(6)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-
30-49 Jährige	100	-	(19)	-	-	(12)	(17)	36	-	-	9	-	-
50-64 Jährige	78	-	-	(19)	-	-	-	(10)	-	-	5	-	-
Pensionsalter (65+)	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-
Frauen	410	86	85	58	38	40	52	127	340	71	39	71	44
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	89	-	(26)	-	(15)	24	26	57	-	-	11	(14)	(11)
Junge Erwachsene (19-29 J.)	47	-	(16)	-	-	-	(10)	-	-	-	5	-	-
30-49 Jährige	126	(19)	(30)	(14)	(16)	(11)	(16)	55	-	-	9	(22)	-
50-64 Jährige	87	(31)	-	(22)	-	-	-	-	-	-	10	-	-
Pensionsalter (65+)	60	28	-	(20)	-	-	-	-	-	-	4	-	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator E1: Arbeitsmarktfernenquote

Arbeitsmarktferne Personen in 1.000	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose
Insgesamt	537	199	177	19	54	109	126	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	15	10	4	1	(2)	2	6	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	82	31	40	5	5	44	8	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	252	85	90	11	45	61	101	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	188	74	42	2	2	2	11	
Pensionsalter (65+)								
Männer	125	46	39	2	7	9	23	
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	9	5	2	(1)	(1)	0	4	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	19	8	6	(0)	1	2	2	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	55	16	19	1	4	6	13	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	43	15	13	x	1	1	3	
Pensionsalter (65+)								
Frauen	412	153	138	17	47	100	103	0
Kinder (<15 Jahre)								
Jugendliche (15-19 J.)	6	5	3	(1)	x	2	2	
Junge Erwachsene (20-29 J.)	62	22	34	5	5	42	6	
Haupterwerbsalter (30-49 J.)	198	68	71	10	40	55	87	
späteres Erwerbsalter (50-64 J.)	145	58	29	(1)	x	1	8	
Pensionsalter (65+)								

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008.

Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Indikator E2: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Gefährdungsschwelle

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	finanziell depriviert
Insgesamt	1.333	278	332	111	172	209	287	518	392
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	430	(16)	131	-	102	119	144	255	139
Junge Erwachsene (19-29 J.)	189	41	50	-	(19)	(13)	49	29	60
30-49 Jährige	402	97	107	35	47	66	82	184	121
50-64 Jährige	233	76	(32)	44	-	-	-	33	53
Pensionsalter (65+)	79	49	-	(23)	-	-	-	(17)	(18)
Männer	644	97	166	54	52	102	135	234	180
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	220	-	71	-	46	59	73	128	67
Junge Erwachsene (19-29 J.)	90	(19)	(22)	-	-	-	(16)	-	(29)
30-49 Jährige	184	31	49	(15)	-	34	39	72	51
50-64 Jährige	118	(28)	(17)	(27)	-	-	-	(19)	(25)
Pensionsalter (65+)	33	(13)	-	-	-	-	-	-	-
Frauen	689	181	166	58	120	107	152	284	212
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	210	-	60	-	56	60	71	127	72
Junge Erwachsene (19-29 J.)	99	(22)	(27)	-	(16)	(10)	33	(19)	(31)
30-49 Jährige	218	66	58	(20)	44	32	43	111	70
50-64 Jährige	115	48	(15)	(18)	-	-	-	(14)	28
Pensionsalter (65+)	46	36	-	(16)	-	-	-	(13)	-

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator E3: Niedrige Stundenlöhne

Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, ohne Lehrlinge, ohne HH mit überwiegend Pensionseinkommen, ohne "Studierendenhaushalte)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% Median)	Teilhabemangel	manifeste Armut
Insgesamt	120	(29)	(22)	-	-	(9)	(11)	39	95	(25)	(13)	(15)	-
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	33	-	-	-	-	-	-	-	(27)	-	-	-	-
30-49 Jährige	50	(12)	-	-	-	-	-	(24)	38	(12)	-	-	-
50-64 Jährige	(29)	(12)	-	-	-	-	-	-	(24)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													
Männer	55	-	-	-	-	-	-	(17)	41	(15)	-	-	-
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(19)	-	-	-	-	-	-	-	(15)	-	-	-	-
30-49 Jährige	(23)	-	-	-	-	-	-	-	(15)	-	-	-	-
50-64 Jährige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													
Frauen	65	(18)	-	-	-	-	-	(22)	55	(10)	-	-	-
Kinder und Jugendl. (bis 19 J.)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	(14)	-	-	-	-	-	-	-	(12)	-	-	-	-
30-49 Jährige	27	-	-	-	-	-	-	(14)	(23)	-	-	-	-
50-64 Jährige	(19)	-	-	-	-	-	-	-	(17)	-	-	-	-
Pensionsalter (65+)													

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007. Nur unselbständig Erwerbstätige, ohne Lehrlinge, ohne Personen in Haushalten mit überwiegend Pensionseinkommen, ohne "Studierendenhaushalte" (=Haushalte, die nur aus Personen bestehen, die mehr als 6 Monate des jeweiligen Referenzjahrs als Haupttätigkeit "in Ausbildung" angegeben haben).
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Indikator B1: Bildungsaktivität

Bildungsaktivität (in 1.000)	Gesamtbewölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose	Haushalte ohne Erwerbstätige
Insgesamt	1.269	46	182	64	201	81	450	9	119
Kinder (<15 Jahre)									
Jugendliche (15-19 J.)	420	6	49	41	122	17	275	(1)	14
Junge Erwachsene (20-29 J.)	347	10	61	7	38	20	37	1	43
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	361	17	56	15	35	43	126	4	19
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	106	8	11	1	5	0	11	2	16
Pensionsalter (65+)	33	4	5	x	(0)	0	x	x	26
Männer	596	18	78	22	95	39	214	5	48
Kinder (<15 Jahre)									
Jugendliche (15-19 J.)	212	3	24	19	60	9	138	x	7
Junge Erwachsene (20-29 J.)	160	5	24	(2)	18	8	17	(1)	19
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	166	6	24	1	15	22	52	2	10
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	46	3	4	x	2	0	7	(1)	4
Pensionsalter (65+)	11	1	1	x	x	0	x	x	8
Frauen	673	29	104	42	105	41	236	4	71
Kinder (<15 Jahre)									
Jugendliche (15-19 J.)	209	3	25	22	62	8	137	x	7
Junge Erwachsene (20-29 J.)	188	5	37	5	20	12	20	(1)	24
Haupterwerbssalter (30-49 J.)	195	11	32	14	20	21	74	2	9
späteres Erwerbssalter (50-64 J.)	60	5	7	(1)	3	0	5	(1)	12
Pensionsalter (65+)	22	3	3	x	x	0	x	x	19

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis.

Personen ab 15 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Indikator B3: Bildungsferne Jugendliche

Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II oder höher (in 1.000)									
	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahre	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Langzeitarbeitslose	Haushalte ohne Erwerbstätige
16-19 Jährige									
Insgesamt	38	31	14	4	5	4	17	x	4
Männer	20	16	8	2	3	2	9	x	(2)
Frauen	18	15	6	2	2	2	8	x	(2)
20-24 Jährige									
Insgesamt	61	57	26	5	1	15	10	(2)	6
Männer	31	30	12	(1)	1	3	5	x	3
Frauen	30	28	15	4	1	12	5	x	3
16-24 Jährige									
Insgesamt	99	88	40	9	7	19	27	5	10
Männer	51	45	19	3	4	5	14	(3)	5
Frauen	48	43	21	7	3	14	12	x	5

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 2008, Jahresergebnisse.

Nur 16-24-Jährige. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

Indikator G1: Gesundheitsprobleme

Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in 1.000)	Gesamtbevölkerung	Bildungsferne	Migrationshintergrund	Menschen mit Behinderung	Ein-Eltern-Haushalte	Familien mit 3 u. mehr Kindern	Familien mit Kindern unter 4 Jahren	Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	Nicht- Armutsgefährdete	Armutsgefährdete	prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	Teilhabemangel
Insgesamt	596	271	57	587	7	12	17	66	489	107	59	128
Kinder (16-18 Jahre)	4	(1)	-	4	-	-	-	(2)	3	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	18	5	-	18	-	-	(5)	(2)	14	(4)	-	(2)
30-49 Jährige	109	36	21	107	(5)	6	7	35	87	22	8	34
50-64 Jährige	169	60	26	168	-	(2)	2	15	131	38	13	31
Pensionsalter (65+)	296	168	6	290	-	1	2	11	254	42	35	60
Männer	251	84	23	251	-	6	9	28	208	43	22	47
Kinder (15-18 Jahre)	(4)	(1)	-	(4)	-	-	-	-	(3)	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	14	(4)	-	14	-	-	(5)	-	12	-	-	-
30-49 Jährige	48	14	(5)	48	-	3	3	13	39	9	(2)	11
50-64 Jährige	86	26	15	86	-	-	1	11	65	20	5	16
Pensionsalter (65+)	100	38	1	100	-	()	(1)	2	89	11	12	16
Frauen	345	187	34	337	6	6	8	37	281	64	37	81
Kinder (15-18 Jahre)	(1)	-	-	(1)	-	-	-	-	-	-	-	-
Junge Erwachsene (19-29 J.)	5	(1)	-	5	-	-	-	-	2	-	-	-
30-49 Jährige	61	22	16	59	(5)	3	(4)	22	48	13	6	23
50-64 Jährige	83	34	11	82	-	(1)	(1)	4	65	17	8	15
Pensionsalter (65+)	196	130	5	190	-	(1)	(1)	10	166	30	23	43

Q: Statistik Austria EU-SILC 2007.

Nur Personen ab 16 Jahren.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.